KEAM
Kommunale Energie aus der Mitte

BREITBAND NORDHESSEN

EAM

NWM

Werra-Meißner-Kreis

NVV

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr 2018

Geo-Naturpark Frau-Holle-Land
Werratal-Meißner-Kaufunger Wald

WirtschaftsFörderungs Gesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH

WFG

vhs

Jugend, Freizeit
Einrichtungen des Werra-Meißner-Kreises

GesundheitsHolding Werra-Meißner
Für Ihre Gesundheit
stark im Verbund

Klinikum Werra-Meißner
Akademisches Lehrkrankenhaus der
Georg-August-Universität Göttingen

I Inhaltsverzeichnis

I Inhaltsverzeichnis 2

II Vorwort 4

III Allgemeines 6

III.I Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes 6
III.II Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung 7
III.III Beteiligungsbegriff 9
III.IV Rechts- und Organisationsformen 10
III.V Kennzahlen und Erläuterungen 11

1 Gesellschaften des privaten Rechts mit maßgeblicher Beteiligung 13

1.1 Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH 13
1.2 Klinikum Werra-Meißner GmbH 23
1.3 GHS Werra-Meißner Gesundheitsservice GmbH 34
1.4 Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner mbH 40
1.5 PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge GmbH 47
1.6 EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH 54
1.7 Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH 58
1.8 Breitband Nordhessen GmbH 67
1.9 Nahverkehr Werra-Meißner Kommunale Organisationsgesellschaft mbH 79
1.10 Werratal Tourismus Marketing GmbH 87

2 Eigenbetriebe 94

2.1 Eigenbetrieb „Volkshochschule, Jugend, Freizeit Werra-Meißner" 94

3 Zweckverbände 104

3.1 Zweckverband Geo-Naturpark Frau-Holle-Land 104
3.2 Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Nord 111
3.3 Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Sontra - Herleshausen - Nentershausen 113
3.4 Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis 115
3.5 ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (KGRZ) 120

4 Stiftungen 122

4.1 Naturparkstiftung des Werra-Meißner-Kreises 122
4.2 Sozial- und Familienstiftung des Werra-Meißner-Kreises 123

5 Sonstige Beteiligungen 124

5.1 NVV Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH 124
5.2 Regionalmanagement Nordhessen GmbH 127
5.3 KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH 130
5.3 Hessische Landgesellschaft mbH 133
5.4 Sparkasse Werra-Meißner 136

6 Gewährte Bürgschaften des Werra-Meißner-Kreises 139

6.1 EAM GmbH & Co. KG 139
6.2 Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH 139
6.3 Klinikum Werra-Meißner GmbH 140
6.4 Regionalbahn Kassel GmbH 143

Anlagen:

1 Grafische Übersicht der mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises

2 Übersicht der mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises für den Bereich der Gesundheitsversorgung

II Vorwort

Der Werra-Meißner-Kreis bedient sich zur Erfüllung seiner sozialen, gesundheitlichen, schulischen und weiteren vielfältigen Aufgaben der „Daseinsvorsorge“ (z.B. auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs und der Abfallbeseitigung) Einrichtungen des privaten und öffentlichen Rechts, an denen der Landkreis als „Gesellschafter“ in unterschiedlicher Höhe unmittelbar und mittelbar beteiligt ist. Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2018 legt die Kreisverwaltung eine fortgeschriebene Momentaufnahme über alle wesentlichen Beteiligungen des Landkreises vor.

Der Beteiligungsbericht soll sowohl den Mitgliedern der Kreisgremien als auch den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises einen umfassenden Überblick über die Beteiligungen des Kreises bieten. Unter dem Aspekt einer verstetigten Transparenz der kreiseigenen Beteiligungen und zur Verbesserung der Steuerung sowie Kontrolle der wirtschaftlichen Betätigung erfüllt der vorliegende Bericht in vollem Umfang die gesetzlichen Verpflichtungen nach § 123a Hessische Gemeindeordnung.

Am 18. Juni 2018 beteiligte sich der Werra-Meißner-Kreis an der KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH. Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Energie (Strom und Gas) an kommunale Gesellschafter im Netzgebiet der EAM zur Versorgung der Liegenschaften der kommunalen Gesellschafter.

Der vorliegende Beteiligungsbericht stellt unter Berücksichtigung der Kontinuität der Vorjahre entscheidungsrelevante Daten zur Verfügung. Hierzu gehören insbesondere Informationen über:

- den zu erfüllenden öffentlichen Zweck (Gegenstand des Unternehmens),
- die organisatorische Struktur der Unternehmen,
- die Besetzung der Organe durch den Werra-Meißner-Kreis,
- die wirtschaftliche Lage der einzelnen Beteiligungen (Vermögens- und Ertragslage),
- die haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises,
- die Entwicklung der Beteiligung anhand der Lageberichte
- sowie über weitere bestehende Beteiligungen dieser Unternehmen (mittelbare Unternehmen).

Grundlage der wirtschaftlichen und rechtlichen Daten bilden die erstellten und geprüften Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2018. Der vorliegende Bericht wird auf www.werra-meissner-kreis.de unter dem Button – „Hier finden Sie alle Dienstleistungen und Ansprechpartner

des Werra-Meißner-Kreises“ – Beteiligungsmanagement – kostenlos zum Abruf zur Verfügung gestellt.

Sofern sie weiteren Informationsbedarf haben, steht ihnen der Stab Verwaltungsleitung und - steuerung, Fachdienst Beteiligungsmanagement gerne für Auskünfte zur Verfügung.

Eschwege, 17. Oktober 2019

gez. Reuß

Stefan G. Reuß

Landrat

III Allgemeines

III.I Aufbau und Gegenstand des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht für den Werra-Meißner-Kreis dient in erster Linie dazu, den politischen Gremien, den Mitarbeitern in der Kreisverwaltung, aber auch der Öffentlichkeit Informationen über die Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises zu geben.

Eine Zusammenstellung aller Beteiligungen wurde erstmals auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses vom 21.05.2002 im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan 2002 für das Berichtsjahr 2003 vorgenommen.

Nach der Bekanntmachung des Gesetzes zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung vom 31. Januar 2005 (GVOBl. I S. 54) - Kommunalrechtsnovelle 2005 -, zuletzt geändert durch Artikel 1 zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze vom 16. Dezember 2011 (GVBL. I S. 486) wurde mit Wirkung vom 01. April 2005 eine gesetzliche Regelung zur Erstellung eines Beteiligungsberichts und deren Offenlegung eingefügt. Im Rahmen der letzten gesetzlichen Änderung wurde die Vorschrift zur Erstellung des Beteiligungsberichts wie folgt gefasst:

„§ 123 a Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,

2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,

3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,

4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.“

Die Verwaltung ist seit dem Jahr 2005 verpflichtet, einen jährlichen Beteiligungsbericht zu erstellen. Mit diesem Bericht soll nach dem Willen des Landesgesetzgebers die Aufgabenerfüllung der Kreisverwaltung in Privatrechtsform transparenter werden.

Die Erstellung des Beteiligungsberichts erfolgt in analoger Form der vergangenen Berichtsjahre.

Zusätzlich zur Druckversion wird der Beteiligungsbericht als PDF-Datei im Internet unter www.werra-meissner-kreis.de unter dem Button – „Hier finden Sie alle Dienstleistungen und Ansprechpartner des Werra-Meißner-Kreises“ – Beteiligungsmanagement – veröffentlicht.

Der Beteiligungsbericht ist in acht Kapitel gegliedert.

In **Kapitel III** „Allgemeines“ sind neben diesen Ausführungen noch die kommunalrechtlichen Voraussetzungen einer Beteiligung, der Beteiligungsbegriff und die einzelnen Beteiligungsformen erläutert. Daneben wird auf die Darstellung von Kennzahlen und deren Definition bei wesentlichen Beteiligungen eingegangen.

In **Kapitel 1** dieses Berichtes werden die unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen zum 31.12.2018 dargestellt. Hierbei werden die Beteiligungen in einer Rechtsform des Privatrechts mit einer Quote von mindestens 20 % aufgeführt, über die aufgrund der gesetzlichen Vorgaben mindestens berichtet werden muss.

Zu der Darstellung gehören neben den allgemeinen Informationen zu den Gesellschaften auch die wesentlichen Daten aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2018. Zu Vergleichszwecken sind auch die Daten aus den jeweiligen beiden Vorjahren angegeben. Daneben werden die jeweiligen Auswirkungen der Beteiligungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises dargestellt. Zur Verdeutlichung der betriebswirtschaftlichen Situation der jeweiligen Gesellschaft werden Kennzahlen aufgeführt (siehe Kapitel III.V).

In den **Kapiteln 2 bis 5** des Beteiligungsberichtes sind in Abhängigkeit der Rechtsform und der Beteiligungsquote die weiteren Beteiligungen aufgeführt. Hierbei handelt es sich um Beteiligungen in den Rechtsformen Eigenbetriebe, Zweckverbände und Stiftungen. Bei Beteiligung mit einem beherrschenden Einfluss des Landkreises erfolgen die Angaben in analoger Form zu Kapitel 1 des Berichts. Abschließend werden die sonstigen Beteiligungen in der Rechtsform des Privatrechts aufgeführt, bei denen der Landkreis mit weniger als 20 v. H. beteiligt ist. In dieser Aufstellung ist auch die Beteiligung Sparkasse Werra-Meißner enthalten. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Daten können in verkürzter Form abgebildet werden.

In **Kapitel 6** werden die gewährten Bürgschaften des Werra-Meißner-Kreises, die zum 31.12.2018 bestehen, aufgeführt.

Allgemeine Hinweise:

Die in diesem Bericht zusammengestellten Daten der Beteiligungen stammen aus den zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes vorliegenden Jahresabschlüssen per 31.12.2018 und/oder beruhen auf Mitteilungen der Gesellschaften, Verbände und sonstigen Institutionen für den Berichtszeitraum des Jahres 2018.

Eine Zusammenfassung aller wesentlichen mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises kann der grafische Übersicht **Anlage 1** sowie für den Bereich der Gesundheitsversorgung der **Anlage 2** entnommen werden.

Am 18. Juni 2018 beteiligte sich der Werra-Meißner-Kreis an der KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH. Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Energie (Strom und Gas) an kommunale Gesellschafter im Netzgebiet der EAM zur Versorgung der Liegenschaften der kommunalen Gesellschafter.

In Einzelfällen sind die Angaben für die Jahresabschlüsse zum Berichtsjahr 2018 und Vorjahre nicht vollständig abgebildet, weil die entsprechenden Abschlüsse bzw. Jahresrechnungen zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts noch nicht abschließend erstellt oder geprüft waren.

III.II Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG) garantiert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (sog. Territorialprinzip). Diese verfassungsmäßig normierte Selbstverwaltungsgarantie räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein, d. h. das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung der Aufgaben zu geschehen hat.

Nach § 52 Abs. 1 Hessische Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 121 Abs. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) darf nach der Änderung der HGO - Kommunalrechtsnovelle 2005 - ein Landkreis wirtschaftliche Unternehmen errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

> *„1. der **öffentliche Zweck das Unternehmen** rechtfertigt,*
>
> *2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der**Leistungsfähigkeit** des Landkreises und zum **voraussichtlichen Bedarf** steht und*
>
> *3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen **privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann**"1.*

Im Rahmen der kommunalwirtschaftlichen Novellierung durch Artikel 1 zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung vom 18. Juli 2014 wurde die Vorschrift des § 121 Abs. 1a HGO wie folgt geändert:

> *„Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 [HGO] dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betätigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen."*

Im Rahmen der kommunalwirtschaftlichen Novellierung durch Artikel 1 zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze vom 16. Dezember 2011 wurde die Vorschrift des § 121 GHO um die den folgenden Absatz ergänzt:

> *„(1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 [HGO] bleiben hiervon unberührt."*

Als wirtschaftliche Betätigung gelten hierbei nicht Tätigkeiten

- zu denen der Landkreis gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Die Art und der Umfang der zulässigen wirtschaftlichen Betätigung wird nach § 121 Abs. 3 ff. HGO (z. B. Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets) festgelegt. Hierbei muss der Landkreis u. a. mindestens einmal in der Wahlzeit prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die eben genannten Voraussetzungen erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

Darüber hinaus wird in § 122 HGO festgelegt, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Neben den Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO muss danach

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein,

  Erläuterungen: Damit ist die Beteiligung an einer Offenen Handelsgesellschaft (OHG) und an einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) sowie die Rolle

[1] Soweit Tätigkeiten vor dem 01.04.2004 ausgeübt wurden, ist diese Einschränkung für die Frage der wirtschaftlichen Betätigung nicht zu berücksichtigen. Hervorhebung vom Verfasser.

eines Komplementäres bei einer Kommanditgesellschaft (KG) oder Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) grundsätzlich unzulässig, da der Landkreis in diesen Fällen für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft unbegrenzt zu haften hätte. Eine Beschränkung der Haftung genießt der Landkreis nur als Gesellschafter einer Aktiengesellschaft (AG) oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), als Kommanditist einer Kommanditgesellschaft (KG) bzw. einer Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) und – sofern die Haftung durch Vertrag bzw. Statut beschränkt ist – als stiller Gesellschafter und als Mitglied einer eingetragenen Genossenschaft. Nur diese Formen der Beteiligung sind also für Kommunen vom Grundsatz her zulässig. Die Aufsichtsbehörde kann allerdings Ausnahmen zulassen.

- der Landkreis einen **angemessenen Einfluss**, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhalten

  Erläuterungen: Hierdurch soll der Landkreis insbesondere die Möglichkeit haben, auf die Erfüllung des öffentlichen Zwecks hinzuwirken, der das Eingehen der Beteiligung veranlasst und begründet hat. Der angemessene Einfluss bedeutet nicht nur einen den gesellschaftsrechtlichen Anteilsverhältnissen entsprechenden Stimmenanteil in der Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung. Die Vorschrift bezieht sich ausdrücklich auch auf den Aufsichtsrat bzw. ein entsprechendes Überwachungsorgan. Hierauf ist auch im Rahmen der Einräumung von Mitbestimmungsrechten zu achten.

  und gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Alle genannten Beteiligungsvoraussetzungen geltend entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der die Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (vgl. § 122 Abs. 5 HGO).

Nach der bisherigen Regelung des § 127a HGO sind wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Im Rahmen der Änderung der HGO vom 31. Januar 2005 wurde diese Vorschrift aufgehoben; diese Regelung wurde weitgehend in die neue Vorschrift des § 121 Abs. 8 HGO aufgenommen. Die alten §§ 127b - Anzeige - und § 127c - Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung - sind entsprechend aufgerückt.

Ist die Gesellschaft nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet, darf der Landkreis die Gesellschaft (§ 122 Abs.2 HGO) nur dann gründen oder sich an ihr beteiligen, wenn

- die Voraussetzungen des § 122 HGO vorliegen und
- ein wichtiges Interesse des Landkreises an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

Der Kreistag hat die Prüfung zur wirtschaftlichen Betätigung gem. § 52 HKO i. V. mit § 121 Abs.7 HGO für die Wahlperiode 2016 – 2021 letztmalig durch die Beschlussfassung vom 20.5.2019 zur Kenntnis genommen. Eine weitergehende Übertragung von wirtschaftlichen Betätigungen auf private Dritte muss hiernach nicht vorgenommen werden.

III.III Beteiligungsbegriff

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über die Handelsbücher definiert als Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob die Anteile in Wertpapieren verbrieft sind oder nicht. Als Beteiligung gelten nach § 271 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) im Zweifel Anteile an einer

Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Ob Anteile an einem Unternehmen eine Beteiligung darstellen, ist grundsätzlich unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens. Eine Ausnahme stellt lediglich die eingetragene Genossenschaft dar.

Die Mitgliedschaft in einer solchen ist nach § 271 Abs. 1 HGB keine Beteiligung im Sinne der Vorschriften über die Handelsbücher.

Ein etwas umfassenderer Beteiligungsbegriff liegt offensichtlich den Vorschriften des Gemeindewirtschaftsrechtes zugrunde. So lässt sich aus der Zuordnung der Vorschrift des § 122 Abs. 5 HGO zu den Vorschriften über die „Beteiligung an Gesellschaften“ schließen, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Genossenschaft als Beteiligung verstanden hat. In § 126 HGO ist zudem geregelt, dass bestimmte Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften auch für die „Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“ gelten. Dies kann zum Beispiel ein eingetragener Verein sein. Insofern setzt die Verwendung des Begriffs „Beteiligung“ offenbar nicht voraus, dass es sich bei dem Beteiligungsobjekt um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB oder des § 121 HGO handelt.

Auch in diesem Beteiligungsbericht wird der umfassendere Beteiligungsbegriff zugrunde gelegt. Als Beteiligungen gelten im Folgenden alle Anteile an organisatorisch oder rechtlich nicht zur Kreisverwaltung des Werra-Meißner-Kreises gehörenden Unternehmen und Einrichtungen sowie die Mitgliedschaften in Vereinen, wobei auf die Ausführungen unter den allgemeinen Hinweisen (vgl. Kapitel III.I) hingewiesen wird.

Im Einzelfall kommen als Beteiligungsobjekte also in Frage:

- Eigenbetriebe,
- privatrechtliche Gesellschaften (wie GmbH, Aktiengesellschaft),
- öffentlich-rechtliche Körperschaften,
- rechtsfähige Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rechts,
- öffentlich-rechtliche und privat-rechtliche Stiftungen,
- Vereine.

Gemeinsames Merkmal dieser Beteiligungsobjekte ist, dass sie über eine eigenständige Buchhaltung verfügen. Dies kann in der Praxis auch als Abgrenzungskriterium für den Beteiligungsbegriff herangezogen werden.

III.IV Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über die Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises gegeben werden:

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) verfügen über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile zerlegte Stammkapital beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Die Organe der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist nach dem Gesellschaftsrecht freigestellt, für Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung im Hinblick auf § 122 Abs.1 Nr. 3 HGO aber durchaus üblich.

Diese Rechtsform kommt bei kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen sehr häufig vor, da das GmbH-Recht den Gesellschaften große Gestaltungsspielräume (z. B. durch entsprechende Ausgestaltung des Gesellschaftervertrages) gibt.

Eigenbetriebe

Eigenbetrieb ist ein Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, das über organisatorische Selbständigkeit und eine eigene Wirtschaftsführung (Planung, Buchführung und Rechnungslegung) verfügt. Finanzwirtschaftlich gilt der Eigenbetrieb als Sondervermögen des Kreises. Spezifische Organe des Eigenbetriebes sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission. Die Vorschriften des hessischen Eigenbetriebsgesetzes vom 09.06.1989 (GVBl. I S. 151) zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786) sind zu beachten.

Zweckverbände

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Organe des Zweckverbandes sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) in der jeweils gültigen Fassung.

Stiftungen

Stiftungen sind Organisationen, die einen vom jeweiligen Stifter festgelegten Zweck verfolgen. Das hierfür benötigte Stiftungsvermögen soll dabei dauerhaft erhalten bleiben. Die meisten Stiftungen sind privatrechtlicher Natur und gemeinnützig.

Eine Stiftung erlangt ihre Rechtsfähigkeit durch behördliche Anerkennung. Als Organ von privatrechtlichen Stiftungen ist mindestens ein Vorstand erforderlich, der die Stiftung nach außen vertritt.

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

Rechtlich selbständige Anstalten können durch die Kommunen grundsätzlich nur aufgrund eines speziellen Gesetzes gebildet werden. Diese Rechtsform beschränkte sich bis zur Änderung der HGO im Jahre 2011 in der kommunalen Praxis auf die nicht als privatrechtliche Gesellschaften organisierten Kreditinstitute, z. B. die Sparkassen.

Im Rahmen der kommunalwirtschaftlichen Novellierung durch Artikel 1 zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze vom 16. Dezember 2011 wurde der § 126a HGO - Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts - eingefügt. Hiernach kann der Landkreis Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe auf dem Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln.

III.V Kennzahlen und Erläuterungen

Die ausgewiesenen Kennzahlen im Beteiligungsbericht geben über die betriebswirtschaftliche Situation der einzelnen Beteiligung Auskunft und sollen Urteile über wichtige Sachverhalte und Zusammenhänge ermöglichen. Die Sachverhalte und Zusammenhänge müssen hierbei quantifizierbar sein, um präzise Aussagen zu ermöglichen. Komplizierte Strukturen und Situationen werden auf einfache Art und Weise dargestellt, um den Adressaten der Informationen einen möglichst transparenten und umfassenden Überblick geben zu können.

Die Kennzahlen des Beteiligungsberichts sollen im Hinblick auf den Adressatenkreis eine **grobe Beurteilung der Entwicklung** der jeweiligen Beteiligung im Verlauf der letzten drei Jahre geben. Sie beziehen sich ausschließlich auf allgemeingültige Sachverhalte. Hierzu zählt z.B. die Eigenkapitalquote, die auf der Grundlage des handelsrechtlichen Jahresabschlusses als Kennzahl ermittelt wird.

Ein betriebsübergreifender Vergleich wird mit den Informationen zum Beteiligungsbericht nicht angestrebt. In diesem Zusammenhang bitten wir, die von den Unternehmen angegebenen Kennzahlenwerte als reine Informationen über die Entwicklung der Jahresabschlüsse der jeweiligen Beteiligung zu nutzen.

Neben den Finanzkennzahlen, die sich unmittelbar aus den Jahresabschlüssen der jeweiligen Beteiligungen ergeben, wurden die folgenden Werte ermittelt:

Anlagenintensität

Die Anlagenintensität gibt das Verhältnis des Anlagevermögens am Gesamtvermögen wieder (Prozentwert). Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven Betrieb des Unternehmens mit hohen Fixkosten. Häufig sind die Anlagen auch ortsgebunden und die Unternehmung daher räumlich unflexibel.

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote gibt Auskunft darüber, wie viel Prozent der Bilanzsumme durch Eigenkapital gedeckt sind. Hieraus lässt sich eine Aussage zur Verschuldungssituation des Unternehmens ableiten. Je stärker die Eigenkapitaldecke, desto geringer ist das Überschuldungsrisiko.

Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad gibt das Verhältnis von Fremdkapital zu Eigenkapital wieder. Diese Kennzahl dient in erster Linie dazu, die Veränderung des Verhältnisses vom Fremdkapital zum Eigenkapital über einen Berichtszeitraum aufzuzeigen. Steigt der Verschuldungskoeffizient, so ist die Verschuldung größer geworden. Umgekehrt hat sie abgenommen. Je niedriger der Wert ist, desto geringer ist auch die Risikosituation für das Unternehmen.

1 Gesellschaften des privaten Rechts mit maßgeblicher Beteiligung

1.1 Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH

Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH
Luisenstraße 23, 23b+c
37269 Eschwege
Telefon: 05651/82-0, Telefax: 05651/82-1016
E-Mail: mail@gh-wm.de
Internet: www.klinikum-werra-meissner.de

GesundheitsHolding Werra-Meißner
Für Ihre Gesundheit stark im Verbund

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Funktion einer geschäftsleitenden Holdinggesellschaft für Unternehmen und Einrichtungen privaten Rechts im Gesundheits- und Sozialbereich. Mit dem Unternehmen soll eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen und pflegerischen Leistungen unter kommunaler Trägerschaft sichergestellt werden.

Die Funktion der geschäftsleitenden Holdinggesellschaft betraf im Berichtsjahr die folgenden Gesellschaften:

- Klinikum Werra-Meißner GmbH,
- GHS Gesundheitsservice Werra-Meißner GmbH,
- PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge mbH und
- Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner mbH.

Die Holdinggesellschaft nimmt über die aufgeführten Beteiligungen - Töchter - im Rahmen des Krankenhausplanes des Landes Hessen an der patienten- und bedarfsgerechten stationären Krankenversorgung der Bevölkerung teil. Sie beteiligen sich außerdem im zugelassenen Umfang an der ambulanten Krankenhausversorgung.

Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/ -versammlung:

Vertreter des Werra-Meißner-Kreises (86,67 %):

- Landrat Stefan G. Reuß
- Erster Kreisbeigeordneter Dr. Rainer Wallmann
- Kreisbeigeordneter Peter Schill
- Kreisbeigeordneter Ekkehard Götting
- Kreisbeigeordnete Dorothea Henkelmann

Vertreter der Stadt Witzenhausen (13,33 %):

- Bürgermeisterin Angela Fischer (bis 31.03.2018)
- Bürgermeister Daniel Herz (seit 01.04.2018)
- Stadtrat Harald Geyer

Aufsichtsrat:	• Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender) • Betriebsratsmitglied Heide Göttlicher (Stellvertretende Vorsitzende) • Bürgermeisterin Angela Fischer (bis 31.03.2018) • Bürgermeister Daniel Herz (seit 01.04.2018) • Kreistagsabgeordneter Jürgen Zick • Kreistagsabgeordnete Ilona Rohde-Erfurth • Stadtrat Harald Geyer • Kreistagsabgeordnete Lena Arnoldt (bis 09.05.2018) • Kreistagsabgeordneter Wilhelm Gebhard (seit 10.05.2018) • Kreistagsabgeordnete Martina Oehl • Erster Kreisbeigeordneter Dr. Rainer Wallmann • Betriebsratsmitglied Peter Wennemuth • Betriebsratsmitglied Katja Volkmer • Betriebsratsmitglied Matthias Vollmer
Geschäftsführer:	Dr. med. Claudia Fremder

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	13.05.2004
Stammkapital:	600.000 €
Beteiligungen:	• Klinikum Werra-Meißner GmbH (94 %) • GHS Werra-Meißner Gesundheitsservice GmbH (100 %), • PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge mbH (51 %), • Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner mbH (94 % - über Klinikum Werra-Meißner GmbH – dort 100%)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 18.04.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Vergütungen des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung

Für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats der Gesellschaft erhielten die Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 2,4 Tsd. €.

Die Geschäftsführer erhielten im Berichtsjahr keine Bezüge von der Gesellschaft. Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird von der beauftragten Beratungs- und Betriebsführungsgesellschaft (AGAPLESION Management- und Beratungsgesellschaft mbH) im Rahmen eines Managementvertrags wahrgenommen. Diese Leistung wird der beauftragten Gesellschaft vergütet.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr leistete die Gesellschaft keine Zahlungen zugunsten des Kreises. Ebenso leistete der Kreis keine Zahlungen zugunsten der Gesellschaft.

Zu den Einzelheiten der Bürgschaften wird auf Kapitel 6.2 dieses Berichts verwiesen.

Sonstige Hinweise

Die folgende Darstellung bezieht sich ausschließlich auf den geprüften Einzelabschluss der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH.

Bilanz

Aktiva	**2018**	**2017**	**2016**
	€	**€**	**€**
Anlagevermögen	17.482.662	17.523.960	17.525.583
Umlaufvermögen	704.386	389.983	590.469
Rechnungsabgrenzungsposten	71.909	113.178	119.401
Bilanzsumme	**18.258.957**	**18.027.121**	**18.235.453**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	600.000	600.000	600.000
Kapitalrücklage	8.242.088	8.242.088	8.242.088
Gewinnrücklage	9.006.061	8.995.341	8.984.850
Jahresüberschuss (+) / - fehlbetrag (-)	10.050	10.720	10.491
	17.858.199	17.848.149	17.837.429
Rückstellungen	123.663	93.857	302.821
Verbindlichkeiten	277.095	85.115	95.203
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**18.258.957**	**18.027.121**	**18.235.453**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Umsatzerlöse	4.123.412	3.729.727	3.745.651
Sonstige betriebliche Erträge	8.903	4.088	25.802
Materialaufwand	82.762	64.210	72.238
Personalaufwand	2.591.260	2.254.639	2.084.219
Abschreibungen	46.618	76.998	115.032
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.391.647	1.321.802	1.478.836
Zinsergebnis	-1.062	8	-1.831
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**18.966**	**16.176**	**19.297**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	8.917	5.456	8.806
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**10.050**	**10.720**	**10.491**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Vollkräfte	36	34	33
Anlagenintensität in %	95,75%	97,21%	96,11%
Eigenkapitalquote in %	97,81%	99,01%	97,82%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,02	0,01	0,02

Lagebericht

A. Allgemeine Angaben zur Geschäftsgrundlage

Die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH erbringt als Holdinggesellschaft Dienstleistungen in den Bereichen Geschäftsführung, Personalwesen, Rechnungswesen, Qualitätsmanagement, Controlling, EDV und Revision für die Klinikum Werra-Meißner GmbH, die GHS Werra-Meißner GmbH, die PRN Werra-Meißner GmbH sowie die MVZ Werra-Meißner GmbH. Ferner betreibt sie das Institut für Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung IfGK am Standort Witzenhausen.

Die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH ist zu 94% Gesellschafter der Klinikum Werra-Meißner GmbH, zu 100% Gesellschafter der GHS Werra-Meißner Gesundheitsservice GmbH und zu 51% Gesellschafter der PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge mbH.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen Innenumsätze mit den verbundenen Unternehmen. Sie ist nicht aktiv mit ihren Dienstleistungen am Markt gegenüber Dritten tätig.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2018 um 1,5% gewachsen. Nach einem Anstieg von 2,2% im Vorjahr liegen die Gründe für den Rückgang in einer abgeschwächten Weltwirtschaft, in der langanhaltenden Trockenperiode und in den Absatzproblemen der Automobilindustrie aufgrund der Umstellung des Zulassungsverfahrens für PKW auf den WLTP-Standard. Jedoch ist der Auftragsbestand trotz einer leichten Abschwächung der Auftragseingänge weiterhin sehr hoch. Das Baugewerbe befindet sich in der Hochkonjunktur.

Wie im Vorjahr nimmt die Erwerbstätigkeit weiter zu. Obwohl die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften, vor allem nach Fachkräften, in vielen Sektoren sehr hoch bleibt, gibt es Anzeichen für eine Abschwächung der Personalnachfrage insgesamt. Angesichts der guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung verzeichneten die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2018 einen Anstieg von 1,0 %. Für eine positive Entwicklung des privaten Konsums spricht der weitere Anstieg der verfügbaren Einkommen, der zum Jahreswechsel durch die Entlastungen unter anderem bei der Einkommensteuer nochmals verstärkt wurde.

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser war auch in 2018 weiterhin angespannt und hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verbessert. Gerade bei Krankenhäusern, die seit 2013 Mehrleistungen vereinbaren konnten, wurde der Erlös aus dem Versorgungszuschlag durch die Dreijährigkeit des jeweiligen Mehrleistungsabschlages i. H. v. 25 % in der Regel negativ überkompensiert. Die Intention des Gesetzgebers, der Schaffung einer „Aufkommensneutralität“ zwischen Versorgungszuschlag und Mehrleistungsabschlag, wurde somit zu Lasten der leistungsfähigen Krankenhäuser verfehlt.

Im November 2015 wurde die von der Politik angekündigte Reform der Krankenhausfinanzierung mit dem ab 1. Januar 2016 geltenden Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) verabschiedet, welches grundlegende Veränderungen hinsichtlich des ordnungspolitischen Rahmens und der Finanzierung der laufenden Kosten der Krankenhäuser einführte.

Wie bereits Ende 2015 angekündigt, wurde der Schwerpunkt der Reform auf das Thema Qualität gelegt und diese für die Zukunft mit monetären Elementen verknüpft. Mit dem Pflegezuschlag, den Zuschlägen für Mehrkosten von G-BA Richtlinien, der Tarifrate und dem Förderprogramm für Pflegestellen und Hygiene sollten die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Betriebskosten verbessert werden.

Allerdings hat der mit dem ab 2017 bei vereinbarten Mehrleistungen gesetzlich zum Tragen kommende dreijährige Fixkostendegressionsabschlag die wirtschaftliche Belastung für Krankenhäuser mit steigender Leistungsentwicklung erheblich verstärkt. Die Höhe des Fixkostendegressionsabschlags wurde für die Jahre 2017 und 2018 mit dem „Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen“ (PsychVVG) bundeseinheitlich auf mindestens 35 % festgelegt. Für zusätzliche Leistungen mit einer höheren Fixkostendegression oder für Leistungen, bei denen in erhöhtem Maße wirtschaftlich begründete Fallzahlsteigerungen zu erwarten sind, kann eine längere Abschlagsdauer sowie ein höherer Fixkostendegressionsabschlag bis zur gesetzlich normierten Grenze von 50 % vereinbart werden.

Durch das KHSG kam es darüber hinaus zu wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Landesbasisfallwerte. Der Bundesbasisfallwertkorridor verengte sich, indem die untere Grenze von -1,25 % auf -1,02 % angehoben wurde. Darüber hinaus wurde die Kappung für Landesbasisfallwerte oberhalb der oberen Korridorgrenze aufgehoben wurde. Die Landesbasisfallwerte unterhalb des Bundesbasisfallwertkorridors werden auf die Untergrenze angehoben. Die Landesbasisfallwerte oberhalb des Korridors sind in sechs Schritten bis zum Jahr 2021 an die obere Korridorgrenze anzugleichen. Ferner dürfen Leistungsveränderungen, die ohnehin auf örtlicher Ebene mit einem Fixkostendegressionsabschlag versehen werden, bei den Verhandlungen auf Landesebene nicht mehr absenkend berücksichtigt werden. Entsprechend den Vorjahren wurde bei der Vereinbarung der Landesbasisfallwerte mit einem geringeren Lohnsteigerungsfaktor gerechnet als der Tarifabschluss letztendlich ergeben hat. Diese Sachverhalte

führen letztlich dazu, dass die Lohnsteigerungen, insbesondere von qualifizierten Fachkräften, wie in den Vorjahren weiterhin nur anteilig über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes refinanziert werden können. Vor diesem Hintergrund erscheinen die mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) und der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung eingeführten Mindestpersonalvorgaben in der Pflege geradezu paradox. Auf die Einführung der Pflegepersonaluntergrenzen, des Pflegestellenförderprogramms und des Systems der gestuften Notfallversorgung, das im April 2018 vom Gemeinsamen Bundesausschuss beschlossen wurde, mussten sich die Krankenhäuser bereits in 2018, vor allem durch personelle und organisatorische Maßnahmen, einstellen.

Nach Urteilen des Bundessozialgerichts über die Voraussetzungen der Abrechnung geriatrischer und neurologischer Komplexbehandlungen kam es zu erheblichen Rückforderungen der Krankenkassen. Daraufhin hat der Gesetzgeber mit dem PpSG neue Verjährungsfristen und neue Kodierkompetenzen eingeführt, was vor Fristablauf im November 2018 zu einer enormen Klagewelle und Aufrechnungen der Krankenkassen geführt hat. Mit einer gemeinsamen Empfehlung auf Bundesebene wurden im Dezember 2018 Lösungsvorschläge unterbreitet mit bisher unterschiedlichem Erfolg.

2. Geschäftsverlauf - Geschäftsjahr im Überblick

Die Gesamtleistung (= Erlöse abzüglich neutrale Erträge) der Gesellschaft stieg im Geschäftsjahr 2018 von T€ 3.733,8 auf T€ 4.132,3, der Jahresüberschuss sank von T€ 10,7 auf T€ 10,1.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr entspricht damit im Wesentlichen der im Lagebericht zum Geschäftsjahr 2017 abgegebenen Prognose.

3. Marktposition und Belegungsdaten

Die Gesellschaft erbringt zu einem großen Teil Innenumsätze mit den verbundenen Unternehmen. Sie ist damit in ihrer Entwicklung und ihrem Leistungsvolumen von den zukünftigen Entwicklungen der Krankenhäuser und Einrichtungen des Gesundheitswesens im Werra-Meißner Kreis abhängig.

4. Ertragslage - Geschäftsergebnis

Die Gesamtleistung stieg um 10,7 % von T€ 3.733,8 in 2017 auf 4.132,3 in 2018. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Kostenumlagen für die erbrachten Leistungen durch den Anstieg der Personalaufwendungen.

Die Personalaufwandsquote (Bruttolöhne und -gehälter, Sozialabgaben, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Personalkosten) ist von 60,4 % in 2017 um 2,3 % auf 62,7 % der Gesamtleistung gestiegen.

Die Quote für den Materialaufwand beträgt 2,0 % und ist somit gegenüber dem Vorjahr mit 1,7 % um 0,3 % gestiegen. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt in 2018 T€ 19,4 (2017: T€ 15,6). Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) beträgt T€ 66,0 im Vergleich zu T€ 92,6 in 2017. Der Jahresüberschuss sank von T€ 10,7 in 2017 auf T€ 10,1 in 2018.

5. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 18.259,0 (2017: T€ 18.027,1), davon entfallen auf das Sachanlagevermögen und Software 0,3 % (2017: 0,5 %), auf Finanzanlagen 95,4% (2017: 96,7%), auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 3,9% (2017: 2,1%).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 97,8% gegenüber 99,0% im Vorjahr.

Das Eigenkapital deckt das langfristig gebundene Anlagevermögen vollständig.

6. Finanzlage - Liquidität

Der Finanzmittelbestand hat sich im Jahr 2018 um T€ 6,5 auf T€ 0,0 verringert. Die Gesellschaft finanziert sich mit T€ 129,6 über einen Kontokorrentkredit.

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von T€ 5,3 (Vorjahr T€ 75,4) getätigt.

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

7. Investitionen und deren Finanzierungen

Die Gesellschaft investierte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 im Wesentlichen in die Weiterentwicklung der EDV, wie Software und EDV-Ausstattung, ausschließlich durch die Verwendung von Eigenmitteln.

8. Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt in Vollkräften) hat sich im Jahr 2018 von 33,71 auf 36,05 um 2,34 erhöht.

Unsere Mitarbeiter wurden durch gezielte konzerninterne und externe Schulungen fort- und weitergebildet, um unseren hohen Qualitätsanspruch erfüllen zu können.

9. Entwicklung der Beteiligungen

Die Klinikum Werra-Meißner GmbH ist mit 94% Gesellschaftsanteil die wichtigste Beteiligung der Gesellschaft. Sie betreibt ein Krankenhaus an den beiden Betriebsstätten Witzenhausen und Eschwege. Das Klinikum konnte im Geschäftsjahr 2018 kein positives Jahresergebnis erreichen. Die Umsatzerlöse und die erbrachten Leistungen konnten im somatischen Bereich gesteigert werden dennoch wurden die mit den Kostenträgern vereinbarten Leistungsmengen im Jahr 2018, im Wesentlichen aufgrund eines Leistungsrückgangs im Bereich der Psychiatrie, nicht erreicht.

Der Neubau des Funktionstrakts in Eschwege wurde im Jahr 2016 begonnen und liegt derzeit im Zeitplan. Hierfür erhielt das Klinikum Werra-Meißner im Vorjahr vom hessischen Sozialministerium aus dem Krankenhausbauprogramm 2015 eine anteilige Förderung in Höhe von 8,8 Mio. EUR. Bei einer Bilanzsumme von T€ 90.875,1 (i.V. T€ 92.862,2) sowie Gesamtleistung von T€ 72.209,3 (i.V. T€ 70.425,5) wurde ein Jahresergebnis in Höhe von T€ -1.077,0 (i.V. T€ -453,3) erwirtschaftet. Insofern konnte die Klinikum Werra-Meißner GmbH das prognostizierte Jahresergebnis nicht erwirtschaften. Für das Geschäftsjahr 2019 erwartet die Geschäftsführung einen Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 589,2.

Die GHS Werra-Meißner GmbH erbringt für die Gruppe der Gesundheitsholding Werra-Meißner Serviceleistungen, wie z.B. Catering- Reinigungs- und Gebäudemanagementdienstleistungen. Diese Gesellschaft schloss im Geschäftsjahr 2018 mit einer Bilanzsumme von T€ 374,7 (i.V. T€ 319,7) sowie einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 8,7 (i.V. T€ 10,5). Damit entwickelte sich die GHS Werra-Meißner GmbH entsprechend der Planung positiv.

Die PRN Werra-Meißner GmbH, an der die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH mit 51% beteiligt ist, ist mit beratenden, betreuenden, medizinisch-therapeutischen und medizinisch-technischen Dienstleistungen auf den Gebieten der Gesundheitsprävention, der Rehabilitation und der Nachsorge tätig. Sie schloss im Geschäftsjahr 2018 mit einer Bilanzsumme von T€ 253,1 (i.V. T€ 224,0) sowie einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 23,4 (i.V. T€ 8,1). Auch diese Gesellschaft entwickelte sich erwartungsgemäß.

C. Risiko-, Chancen- und Prognoseberichterstattung

1. Risikomanagement und Risiken

a) Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem

Im Verbund der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH besteht ein konzernweites Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem, welches sowohl auf Konzern- als auch auf Einrichtungsebene die Risikoerkennung und -vermeidung zum Ziel hat. Die Einrichtung und Überwachung dieser Systeme sind Bestandteil der Leitungsaufgaben der Unternehmensführung. Darüber hinaus werden durch interne Audits regelmäßig in allen Prozessen auch Risikoaspekte abgefragt und bewertet. Durch die systematische frühzeitige Risikoerkennung, Risikoanalyse und Bewertung ist es möglich, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, um potentielle Gefahren für den Patienten und ökonomische Risiken vor dem Schadenseintritt zu vermeiden. Ergänzend können über das regelmäßige Berichtswesen beeinträchtigende Faktoren zeitnah erkannt und entsprechend agiert werden. Hierzu gehören unter anderem ein regelmäßiges Belegungs- und Einweisungscontrolling, Personal- und Sachkostencontrolling und eine Liquiditätsplanung. Ferner werden die Ergebnisse des Meinungsmanagements sowie die Ergebnisse von Befragungen ausgewertet. Des Weiteren befindet sich ein CIRS – Critical Incident Reporting System – im Einsatz. Das Risikomanagementsystem ist eng mit dem Qualitätsmanagement verzahnt. Die Bewertung der Risiken findet zeitgleich mit der Bewertung des Managementsystems in der Management- und Risikobewertung statt.

b) Kostenentwicklung

Überproportionale Kostensteigerungen sind auch weiterhin, insbesondere im Bereich der Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung), zu verzeichnen. Hier muss, aufgrund eines konsolidierenden Anbietermarktes und steigenden Schadenssummen, in den nächsten Jahren von weiteren Prämiensteigerungen ausgegangen werden. Des Weiteren werden auch steigende Energiepreise erwartet, welche durch einen sparsamen Ressourcenverbrauch kompensiert werden. Darüber hinaus besteht ein professioneller Energieeinkauf, der mittelfristig die Preise absichert.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

c) Fachkräftemangel

Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte im Gesundheitswesen hat sich in 2018 deutlich verschärft. Dies gilt sowohl für den ärztlichen Bereich als auch für den pflegerischen Sektor und medizinische Assistenzberufe. Standortfaktoren, die sich für die Arbeitgeberattraktivität in einem Sektor positiv auswirken, können für andere Sektoren negativ sein. So ist es in Ballungsräumen mit hoher Lebensqualität, aber sehr hohen Lebenshaltungskosten oft einfacher ärztliche Mitarbeiter zu rekrutieren und zu binden, aber schwieriger Krankenpflege- und z. B. MTA-Stellen zu besetzen. Im ländlichen Raum stellt sich diese Problematik oft genau umgekehrt dar.

Für alle Berufsgruppen gilt, dass Stellen nur dann erfolgreich und langfristig gut besetzt werden können, wenn neben einer angemessenen Vergütung, eine als angenehm empfundene Unternehmenskultur, flexible und vor allem verlässliche Arbeitszeitmodelle sowie patienten- und mitarbeitergerechte Versorgungsstrukturen angeboten werden können. Ein zentrales Element der Nachwuchssicherung ist dabei sicher die Durchführung von Aus- und Weiterbildung in allen Feldern zur frühzeitigen Nachwuchsbindung.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als hoch beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

d) IT

Den Risiken in der Informationstechnologie wird mit entsprechenden Dienst- und Verfahrensanweisungen, Maßnahmen zur Datensicherung über Backup-Systeme und Datenspiegelungen, unterbrechungsfreie Stromversorgungen für kritische Systeme, Maßnahmen bei IT-Systemausfällen, Zutrittskontrollsysteme und Systeme zum Schutz gegen unberechtigte Zugriffe wie z.B. Firewallsysteme und Virenscanner begegnet.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

e) Gesamtaussage zur Riskoberichterstattung

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdeten Risiken vorliegen.

2. Chancen

a) Komplettanbieter an Dienstleistungen für die Patienten

Durch die Etablierung von regionalen Behandlungszentren und der Erweiterung von Versorgungsnetzwerken soll in Zukunft verstärkt ein umfassendes, durchgängiges Systemangebot, d. h. alle Leistungen aus einer Hand, weiter vorangebracht werden. Durch die räumliche Zusammenlegung von Leistungsangeboten sollen vorhandene Ressourcen besser ausgelastet werden.

b) Spezialisierung

Durch Ausweitung von Leistungsangeboten und Spezialisierungen soll auch in Zukunft das Leistungsniveau der Gesellschaft gehalten bzw. weiter ausgebaut werden.

c) Personalgewinnungs- und -entwicklungsmaßnahmen

Mitarbeiterbindung und Rekrutierung erreichen wir im Unternehmensverbund insgesamt durch den zielgerichteten Einsatz unserer Unternehmenskultur, die z. B. durch besondere Transparenz und die Integrative Managementkultur gekennzeichnet ist. Neben unserer marktgerechten Vergütung ermöglichen wir unseren Mitarbeitern umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen wesentlichen Berufsfeldern des Gesundheitswesens. Wir setzen innovative Arbeitszeitmodelle um, informieren unsere Mitarbeiter umfassend, binden sie ein und gestalten die Arbeitsplätze leistungsgerecht und gesundheitsfördernd.

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass im Verbund umfangreiche Maßnahmen zur Risikominderung betrieben werden.

Dennoch wird der Wettbewerb um Fachkräfte sich vermutlich verschärfen und einige Einrichtungen des Gesundheitswesens ggf. auch vor große Probleme stellen.

Entsprechende Priorität genießt in unserem Unternehmensverbund die Stärkung der Arbeitgebermarke.

d) Qualitätsmanagement und Patientensicherheit

Bereits seit vielen Jahren liegt ein großes Augenmerk der Konzernaktivitäten auf einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Mit einem wirksamen Qualitäts- und Risikomanagement ist das Klinikum Werra-Meißner für die umfassenden Gesetzgebungsverfahren zur Steigerung der Qualität und der Patientensicherheit gut gewappnet. In einer immer komplexeren Arbeitsumgebung, durch neue technische Herausforderungen und neue Gesetzgebungen gilt es, die Organisation und die Mitarbeitenden in diesem Veränderungsprozess zu unterstützen.

Mit den etablierten Instrumenten des Qualitätsmanagements werden Prozesse auf ihre Wirksamkeit und Effizienz bewertet. Dabei werden Prozessprobleme und -risiken laufend erfasst und bearbeitet. Projekte zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Patientenzufriedenheit werden initiiert.

Hygiene hat im Unternehmensverbund höchste Priorität. Es wurden verbindliche Hygienerichtlinien und -pläne festgelegt. Die Vorgaben basieren auf dem aktuellen Wissensstand und fußen unter anderem auf den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Unser Unternehmensverbund nimmt darüber hinaus an bundesweiten Aktionen zur Verbesserung der Hygiene wie z.B. „Aktion Saubere Hände“ teil.

D. Prognose

Für das Jahr 2019 planen wir bei Umsatzerlösen von T€ 4.233,9 ein Ergebnis von T€ 8,5.

1.2 Klinikum Werra-Meißner GmbH

Klinikum Werra-Meißner GmbH
Elsa-Brändström-Straße 1
37269 Eschwege
Telefon: 05651/82-0, Telefax: 05651/82-1016
E-Mail: mail@klinikum-wm.de
Internet: www.klinikum-werra-meissner.de

Klinikum Werra-Meißner
Akademisches Lehrkrankenhaus der Georg-August-Universität Göttingen

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck Unternehmenszweck

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Klinikums Werra-Meißner GmbH und aller damit verbundenen zweckdienlichen Einrichtungen. Hierzu gehören u. a. die Ausbildungseinrichtungen, die Nebeneinrichtungen und -betriebe sowie die Pflegeeinrichtungen nach dem SGB XI. Zweck der Gesellschaft ist die bedarfsgerechte und wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Hessen und eines ggf. mit den Krankenkassen zu vereinbarenden Versorgungsvertrages mit Krankenhausleistungen stationärer, teilstationärer und ambulanter Art sowie mit Pflegeleistungen gem. dem SGB XI.

Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH (94 %)
	Werra-Meißner-Kreis (5,2 %)
	Stadt Witzenhausen (0,8 %)
Geschäftsführer:	Dr. med. Claudia Fremder

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Verschmelzungsjahr:	2010
Stammkapital:	150.000 €
Beteiligungen:	Gesellschaft für medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner GmbH (100%)
geprüfter Jahresabschluss:	Vom 18.04.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr zahlte die Gesellschaft 35,5 Tsd. € für diverse Leistungen (zentrale Dienstleistungen, Rechnungsprüfungsamt, Gesundheitsamt) sowie 269,7 Tsd. € für Beihilfen und die Beamtenversorgungskasse an den Werra-Meißner-Kreis.

Im Berichtsjahr leistete der Werra-Meißner-Kreis die folgenden Zahlungen an die Gesellschaft:

- 4,1 Tsd. € (ambulante Behandlungen)

- 101,5 Tsd. € (stationäre Behandlung)
- 65,7 Tsd. € (Gestellung ärztliche Leitung Rettungsdienst)

Zu den Einzelheiten der Bürgschaften wird auf Kapitel 6.3 dieses Berichts verwiesen.

Vergütung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführer erhielten im Berichtsjahr keine Bezüge von der Gesellschaft. Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird von der beauftragten Beratungs- und Betriebsführungsgesellschaft (AGAPLESION Management- und Beratungsgesellschaft mbH) im Rahmen eines Managementvertrags wahrgenommen. Diese Leistung wird der beauftragten Gesellschaft durch die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH vergütet.

Bilanz

Aktiva	**2018**	**2017**	**2016**
	€	**€**	**€**
Anlagevermögen	69.668.286	67.194.380	64.090.979
Umlaufvermögen	17.420.883	21.937.002	22.548.988
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.592.079	3.591.447	3.589.096
Rechnungsabgrenzungsposten	193.858	139.323	92.089
Bilanzsumme	**90.875.106**	**92.862.152**	**90.321.153**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	150.000	150.000	150.000
Kapitalrücklage	7.700.492	7.700.492	7.700.492
Gewinnrücklage	7.647.767	8.101.057	7.270.795
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	-1.076.981	-453.289	830.261
	14.421.279	15.498.259	15.951.549
Sonderposten aus Zuwendungen	52.156.007	49.601.687	47.661.402
Rückstellungen	5.024.179	4.985.856	4.040.509
Verbindlichkeiten	19.273.640	22.776.349	22.667.692
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	1	1	1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**90.875.106**	**92.862.152**	**90.321.153**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Umsatzerlöse	75.447.502	73.603.416	70.645.789
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	123.887	76.677	184.717
Sonstige betriebliche Erträge	378.970	374.397	965.251
Ergebnis aus Fördermitteln	3.640.234	3.581.033	3.561.366
Materialaufwand	18.908.518	17.885.553	17.476.907
Personalaufwand	41.121.238	40.242.525	38.990.830
Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	285.736	280.206	249.334
Abschreibungen	4.528.746	4.544.278	4.496.153
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.583.490	14.766.606	12.985.886
Zinsergebnis	-223.220	-324.645	-280.593
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-1.060.355**	**-408.291**	**877.420**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	16.626	44.998	47.158
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**-1.076.981**	**-453.289**	**830.261**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Vollkräfte	543	537	544
Anlagenintensität in %	76,66%	72,36%	70,96%
Eigenkapitalquote in %	15,87%	16,69%	17,66%
Verschuldungsgrad (Faktor)	5,30	4,99	4,66

Lagebericht

A. Allgemeine Angaben zur Geschäftsgrundlage

Die Klinikum Werra-Meißner GmbH betreibt ein Krankenhaus mit insgesamt 506 Planbetten sowie 40 tagesklinischen Plätzen an den beiden Krankenhausstandorten Eschwege und Witzenhausen. Das Krankenhaus ist mit rechtskräftigem Bescheid in den Krankenhausplan des Landes Hessen auf Dauer aufgenommen und verfügt über die Fachabteilungen Anästhesie, Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Innere Medizin, Klinische Geriatrie, Neurologie, HNO, Urologie sowie Psychiatrie und Psychotherapie.

Die Klinikum Werra-Meißner GmbH ist alleinige Gesellschafterin der Gesellschaft für medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner (MVZ Werra-Meißner) GmbH. Diese Gesellschaft

hat im Geschäftsjahr 2016 ihren originären Geschäftsbetrieb unterjährig zum 1. April aufgenommen und betreibt ein medizinisches Versorgungszentrum in Eschwege mit den Fachrichtungen Innere Medizin, Gynäkologie und Geburtshilfe.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2018 um 1,5% gewachsen. Nach einem Anstieg von 2,2% im Vorjahr liegen die Gründe für den Rückgang in einer abgeschwächten Weltwirtschaft, in der langanhaltenden Trockenperiode und in den Absatzproblemen der Automobilindustrie aufgrund der Umstellung des Zulassungsverfahrens für PKW auf den WLTP-Standard. Jedoch ist der Auftragsbestand trotz einer leichten Abschwächung der Auftragseingänge weiterhin sehr hoch. Das Baugewerbe befindet sich in der Hochkonjunktur.

Wie im Vorjahr nimmt die Erwerbstätigkeit weiter zu. Obwohl die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften, vor allem nach Fachkräften, in vielen Sektoren sehr hoch bleibt, gibt es Anzeichen für eine Abschwächung der Personalnachfrage insgesamt. Angesichts der guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung verzeichneten die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2018 einen Anstieg von 1,0 %. Für eine positive Entwicklung des privaten Konsums spricht der weitere Anstieg der verfügbaren Einkommen, der zum Jahreswechsel durch die Entlastungen unter anderem bei der Einkommensteuer nochmals verstärkt wurde.

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser war auch in 2018 weiterhin angespannt und hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verbessert. Gerade bei Krankenhäusern, die seit 2013 Mehrleistungen vereinbaren konnten, wurde der Erlös aus dem Versorgungszuschlag durch die Dreijährigkeit des jeweiligen Mehrleistungsabschlages i. H. v. 25 % in der Regel negativ überkompensiert. Die Intention des Gesetzgebers, der Schaffung einer „Aufkommensneutralität“ zwischen Versorgungszuschlag und Mehrleistungsabschlag, wurde somit zu Lasten der leistungsfähigen Krankenhäuser verfehlt.

Im November 2015 wurde die von der Politik angekündigte Reform der Krankenhausfinanzierung mit dem ab 1. Januar 2016 geltenden Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) verabschiedet, welches grundlegende Veränderungen hinsichtlich des ordnungspolitischen Rahmens und der Finanzierung der laufenden Kosten der Krankenhäuser einführte.

Wie bereits Ende 2015 angekündigt, wurde der Schwerpunkt der Reform auf das Thema Qualität gelegt und diese für die Zukunft mit monetären Elementen verknüpft. Mit dem Pflegezuschlag, den Zuschlägen für Mehrkosten von G-BA Richtlinien, der Tarifrate und dem Förderprogramm für Pflegestellen und Hygiene sollten die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Betriebskosten verbessert werden.

Allerdings hat der mit dem ab 2017 bei vereinbarten Mehrleistungen gesetzlich zum Tragen kommende dreijährige Fixkostendegressionsabschlag die wirtschaftliche Belastung für Krankenhäuser mit steigender Leistungsentwicklung erheblich verstärkt. Die Höhe des Fixkostendegressionsabschlags wurde für die Jahre 2017 und 2018 mit dem „Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen“ (PsychVVG) bundeseinheitlich auf mindestens 35 % festgelegt. Für zusätzliche Leistungen mit einer höheren Fixkostendegression oder für Leistungen, bei denen in erhöhtem Maße wirtschaftlich begründete Fallzahlsteigerungen zu erwarten sind, kann eine längere Abschlagsdauer sowie ein höherer Fixkostendegressionsabschlag bis zur gesetzlich normierten Grenze von 50 % vereinbart werden.

Durch das KHSG kam es darüber hinaus zu wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Landesbasisfallwerte. Der Bundesbasisfallwertkorridor verengte sich, indem die untere Grenze von -1,25 % auf -1,02 % angehoben wurde. Darüber hinaus wurde die Kappung für Landesbasisfallwerte oberhalb der oberen Korridorgrenze aufgehoben wurde. Die Landesbasisfallwerte unterhalb des Bundesbasisfallwertkorridors werden auf die Untergrenze angehoben. Die Landesbasisfallwerte oberhalb des Korridors sind in sechs Schritten bis zum Jahr 2021 an die obere Korridorgrenze anzugleichen. Ferner dürfen Leistungsveränderungen, die ohnehin auf

örtlicher Ebene mit einem Fixkostendegressionsabschlag versehen werden, bei den Verhandlungen auf Landesebene nicht mehr absenkend berücksichtigt werden. Entsprechend den Vorjahren wurde bei der Vereinbarung der Landesbasisfallwerte mit einem geringeren Lohnsteigerungsfaktor gerechnet als der Tarifabschluss letztendlich ergeben hat. Diese Sachverhalte führen letztlich dazu, dass die Lohnsteigerungen, insbesondere von qualifizierten Fachkräften, wie in den Vorjahren weiterhin nur anteilig über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes refinanziert werden können. Vor diesem Hintergrund erscheinen die mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) und der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung eingeführten Mindestpersonalvorgaben in der Pflege geradezu paradox. Auf die Einführung der Pflegepersonaluntergrenzen, des Pflegestellenförderprogramms und des Systems der gestuften Notfallversorgung, das im April 2018 vom Gemeinsamen Bundesausschuss beschlossen wurde, mussten sich die Krankenhäuser bereits in 2018, vor allem durch personelle und organisatorische Maßnahmen, einstellen.

Nach Urteilen des Bundessozialgerichts über die Voraussetzungen der Abrechnung geriatrischer und neurologischer Komplexbehandlungen kam es zu erheblichen Rückforderungen der Krankenkassen. Daraufhin hat der Gesetzgeber mit dem PpSG neue Verjährungsfristen und neue Kodierkompetenzen eingeführt, was vor Fristablauf im November 2018 zu einer enormen Klagewelle und Aufrechnungen der Krankenkassen geführt hat. Mit einer gemeinsamen Empfehlung auf Bundesebene wurden im Dezember 2018 Lösungsvorschläge unterbreitet mit bisher unterschiedlichem Erfolg.

2. Geschäftsverlauf - Geschäftsjahr im Überblick

Im Geschäftsjahr 2018 konnten im Krankenhaus 16.701 somatische Fälle (2017: 16.954 Fälle) mit einem Case-Mix von 14.456 (2017: 14.596) behandelt werden. Dies entspricht einer Fallzahlreduzierung von 1,49 %. Insofern konnten die mit den Kostenträgern vereinbarten Leistungsmengen im Berichtsjahr nicht vollumfänglich erreicht werden.

Die Gesamtleistung (die Gesamterlöse bereinigt um neutrale Effekte) konnte von T€ 70.425,5 auf T€ 72.209,3 gesteigert werden, das Jahresergebnis verringerte sich um T€ 623,7 auf T€ -1.077,0, dies vorrangig bedingt durch gestiegene Aufwendungen für Arbeitnehmerüberlassungen im Ärztlichen Dienst sowie aufgrund eines Leistungsrückgangs im Bereich der Psychiatrie und Orthopädie/Unfallchirurgie. Trotz der angefallenen Leistungsminderung in der Psychiatrie und Orthopädie/Unfallchirurgie stieg die Gesamtleistung, aufgrund der höheren Landesbasisfallwerte, etwas stärker an als erwartet (2,7 %; geplante Steigerung = 2,5 %).

Das Jahresergebnis beträgt T€ -1.077,0 (Vorjahr T€ -453,3). Das im Wirtschaftsplan 2018 prognostizierte Jahresergebnis von T€ 446,7 wurde damit um T€ 1.523,7 insbesondere durch die beiden oben genannten nicht geplanten Sondereffekte, verfehlt.

3. Marktposition und Belegungsdaten

Die Fallzahl von 18.318 Patienten im stationären und teilstationären Bereich lag in 2018 mit 252 Fällen bzw. 1,4 % unter der des Vorjahres.

Der Schweregrad der Fälle (Case-Mix-Index) lag mit 0,8656 um 0,0043 bzw. 0,5 % über dem Vorjahreswert von 0,8613.

Die durchschnittliche Verweildauer der stationären Behandlung in der Somatik sank von 5,70 auf 5,47 Tage in 2018. Im vollstationären psychiatrischen Bereich stieg die durchschnittliche Verweildauer im Jahr 2018 von 17,35 Tage im Vorjahr auf 18,06 Tage.

Im Rahmen des ambulanten Operierens nach § 115 SGB V konnten 1.885 Patienten (2017: 1.905) ambulant behandelt werden.

4. Ertragslage - Geschäftsergebnis

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen erhöhten sich um 3,2 % von T€ 62.012,8 im Jahr 2017 auf T€ 64.003,0 im Jahr 2018.

Die Umsatzsteigerung im Bereich der Krankenhausleistungen ist im Wesentlichen auf den erhöhten Landesbasisfallwert in 2018 (€ 3.449,89) gegenüber 2017 (€ 3. 352,50) zurückzuführen.

Für das Jahr 2018 konnte das Budget mit den Krankenkassen für das Klinikum nicht prospektiv verhandelt werden. Jedoch konnten die Verhandlungen in 2018 zum Abschluss gebracht werden. Die Vereinbarung ist noch nicht genehmigt.

Die Erlöse aus der Abrechnung von ambulanten Leistungen des Krankenhauses liegen im Geschäftsjahr 2018 mit T€ 3.170,1 um 19,1 % unter denen des Vorjahres (2017: T€ 2.662,5).

Die Gesamtleistung des Jahres (T€ 72.209,3) ist damit insgesamt um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr (T€ 70.425,5) gestiegen.

Die Personalaufwandsquote (Bruttolöhne und -gehälter, Sozialabgaben, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Personalkosten) ist von 57,1 % im Jahr 2017 um 0,2 % auf 56,9 % gesunken.

Die Quote für den Materialaufwand lag in 2018 bei 26,2 %, im Vorjahr bei 25,4 %.

Wesentliche Schlüsselkennzahlen, die um periodenfremde, neutrale Effekte sowie das Fördermittelergebnis bereinigt wurden, entwickelten sich wie folgt:

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (bereinigtes EBIT) beträgt in 2018 T€ -454,6 (2017: T€ -1.232,3). Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und nicht geförderter Abschreibungen (bereinigtes EBITDA) beträgt T€ 1.629,6 im Vergleich zu T€ 2.478,1 in 2017. Das Jahresergebnis verringerte sich von T€ -453,3 in 2017 auf T€ -1.077,0 in 2018.

5. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 90.875,1 (2017: T€ 92.862,2), davon entfallen auf das Anlagevermögen 76,7 % (2017: 72,3 %), auf Vorräte 2,1 % (2017: 1,6 %), auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 15,0 % (2017: 17,6 %) sowie liquide Mittel mit 2,1 % (2017: 4,4 %).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 15,9 % gegenüber 16,7 % im Vorjahr. Unter Einbeziehung der Sonderposten (Eigenkapitalcharakter) ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 73,3 % (2017: 70,1 %).

Eigenkapital, Sonderposten und langfristig verfügbares Fremdkapital decken das langfristig gebundene Anlagevermögen zu 106,3 % (2017: 109,5 %).

Das Vermögen ist fristenkongruent finanziert.

6. Finanzlage - Liquidität

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich im Berichtsjahr um T€ -1.663,4 auf
T€ -1.065,3, insbesondere aufgrund des geringeren Jahresergebnisses (Rückgang um T€ -623,7) sowie den gestiegenen Forderungen nach dem KHG verringert. Unter Einbeziehung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit von T€ -6.261,7 (Vorjahr: T€ -7.362,5) und des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit von T€ 4.145,6 (Vorjahr: T€ 6.553,5) hat sich der Finanzmittelbestand um T€ -3.181,4 auf T€ -1.102,7 deutlich reduziert. Die Gesellschaft finanziert sich mit € 13,5 Mio. über Darlehen von Banken.

Die Finanzierung der Investitionen im Geschäftsjahr in Höhe von T€ 7.020,9 erfolgte mit T€ 1.106,6 zu 15,8 % aus Eigenmitteln, der Rest durch Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungs-gesetz (KHG).

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

7. Investitionen und deren Finanzierungen

Die Gesellschaft investierte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 im Wesentlichen in die bauliche Weiterentwicklung an beiden Krankenhausstandorten (T€ 5.618,3), in technische Anlagen (T€ 12,1), in Einrichtung und Ausstattungen und Software (T€ 1.340,4) sowie in Ausleihungen an verbundene Unternehmen (T€ 50,0).

8. Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten (Vollkräfte im Jahresdurchschnitt) hat sich im Jahr 2018 von 536,98 auf 542,74 um 5,76 erhöht.

Unsere Mitarbeiter wurden durch gezielte konzerninterne und externe Schulungen fort- und weitergebildet, um unseren hohen Qualitätsanspruch in der Patientenbehandlung erfüllen zu können.

9. Erklärung zur Unternehmensführung

Seit 01.05.2015 gilt das Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen. Ziel des Gesetzes ist es, mittelfristig den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu verbessern und letztlich eine Geschlechterparität zu erreichen. Dabei waren in der Klinikum Werra-Meißner GmbH Zielgrößen für einen Frauenanteil festzulegen, sowohl für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung als auch für die ersten zwei Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung. Diese Zielgrößen sollten bis zum 30.06.2017 erreicht werden.

Die Klinikum Werra-Meißner GmbH hat selbst keinen Aufsichtsrat gebildet, da bei der Muttergesellschaft ein Aufsichtsrat existiert. Der Aufsichtsrat der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH ist derzeit, bei zwölf Mitgliedern, mit sechs Frauen besetzt (50 %).

Die Geschäftsführung der Klinikum Werra-Meißner GmbH wird von der beauftragten Beratungs- und Betriebsführungsgesellschaft (AGAPLESION Management- und Beratungsgesellschaft mbH) im Rahmen eines Managementvertrages wahrgenommen. Die Gesellschaft hat somit keinen unmittelbaren Einfluss auf das Geschlecht des eingesetzten Geschäftsführers bzw. der eingesetzten Geschäftsführerin. Aus diesem Grund und da die Position der Geschäftsführung nur durch eine Person besetzt wird, wird die Zielgröße für den Frauenanteil in der Geschäftsführung, trotz der derzeitigen Quote von 100 % auf 0 % festgesetzt.

Für die erste Führungsebene unterhalb der Geschäftsführung beträgt die bestehende Quote 33 %, dieser Anteil weiblicher Führungskräfte soll auch weiterhin als Zielgröße dienen.

Die Führung der zweiten Ebene unterhalb der Geschäftsführung wird derzeit zu 54% von weiblichen Führungskräften wahrgenommen. Unter Berücksichtigung zukünftiger Fluktuationen wurde für den Frauenanteil eine Zielgröße von 40 % festgesetzt.

Die Frist für die Erreichung der Zielgrößen wird bis zum 31.12.2022 bestimmt.

10. Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Der Neubau des Funktionstrakts in Eschwege wurde im Jahr 2016 begonnen und liegt derzeit im Zeitplan. Hierfür erhielt das Klinikum Werra-Meißner im Vorjahr vom Hessischen Sozialministerium aus dem Krankenhausbauprogramm 2015 eine anteilige Förderung in Höhe von 8,8 Mio. EUR.

11. Entwicklung der Beteiligungen

Die MVZ Werra-Meißner GmbH erhielt zum 01.04.2016 die Zulassung zum Betrieb eines MVZ, welches unter dem Praxisnamen MVZ Luisenstraße seit April 2016 in Eschwege mit den Fachrichtungen Innere Medizin, Gynäkologie und Geburtshilfe tätig ist. Im Geschäftsjahr 2018 wurde der Bereich der Gynäkologie um einen Kassenarztsitz erweitert. Dazu wurde am 01.12.2018 eine Zweigniederlassung in Hessisch-Lichtenau eröffnet. Bei Umsatzerlösen von T€ 395,3 wurde ein Jahresfehlbetrag von T€ 57,7 erwirtschaftet. Dennoch bewerten wir das

Geschäftsjahr 2018 positiv, da sich insgesamt die MVZ-Praxis gut etabliert hat, die Leistungszahlen sich gefestigt haben und die Zweigniederlassung in Hessisch-Lichtenau gut angenommen wird.

C. Risiko-, Chancen- und Prognoseberichterstattung

1. Risikomanagement und Risiken

a) Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem

Im Verbund der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH besteht ein konzernweites Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem, welches sowohl auf Konzern- als auch auf Einrichtungsebene die Risikoerkennung und -vermeidung zum Ziel hat. Die Einrichtung und Überwachung dieser Systeme sind Bestandteil der Leitungsaufgaben der Unternehmensführung. Darüber hinaus werden durch interne Audits regelmäßig in allen Prozessen auch Risikoaspekte abgefragt und bewertet. Durch die systematische frühzeitige Risikoerkennung, Risikoanalyse und Bewertung ist es möglich, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, um potentielle Gefahren für den Patienten und ökonomische Risiken vor dem Schadenseintritt zu vermeiden. Ergänzend können über das regelmäßige Berichtswesen beeinträchtigende Faktoren zeitnah erkannt und entsprechend agiert werden. Hierzu gehören unter anderem ein regelmäßiges Belegungs- und Einweisungscontrolling, Personal- und Sachkostencontrolling und eine Liquiditätsplanung. Ferner werden die Ergebnisse des Meinungsmanagements sowie die Ergebnisse von Befragungen ausgewertet. Des Weiteren befindet sich ein CIRS – Critical Incident Reporting System – im Einsatz. Das Risikomanagementsystem ist eng mit dem Qualitätsmanagement verzahnt. Die Bewertung der Risiken findet zeitgleich mit der Bewertung des Managementsystems in der Management- und Risikobewertung statt.

b) Krankenhausfinanzierung

Wie auch in 2016 durch den gesetzlichen Mehrleistungsabschlag kommt für vereinbarte Mehrleistungen gegenüber dem Vorjahresbudget auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ein gesetzlich vorgegebener dreijähriger Fixkostendegressionsabschlag in Höhe von mindestens 35 % zum Tragen. Damit werden auch weiterhin die durch den demographischen Wandel und den medizinischen Fortschritt verursachten Kosten auf die Leistungserbringer verlagert. Eine Stabilisierung oder Verbesserung der Erlössituation ist dadurch eingeschränkt möglich. Der Fixkostendegressionsabschlag verstärkt die wirtschaftliche Belastung für Krankenhäuser mit steigender Leistungsentwicklung nochmals. Ferner lässt der Gesetzgeber für zusätzliche Leistungen mit einer höheren Fixkostendegression oder für Leistungen, bei denen in erhöhtem Maße wirtschaftlich begründete Fallzahlsteigerungen zu erwarten sind, eine längere Abschlagsdauer sowie einen höheren Fixkostendegressionsabschlag bis zur gesetzlich normierten Grenze von 50 % zu. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass sich die ohnehin erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Krankenhäuser mit steigender Leistungsentwicklung aufgrund des Fixkostendegressionsabschlages weiter verschlechtern werden.

Gemäß den Vorjahren wurde bei der Vereinbarung der Landesbasisfallwerte mit einem geringeren Lohnsteigerungsfaktor gerechnet als der Tarifabschluss letztendlich ergeben hat. Des Weiteren deckelt der Orientierungswert in Verbindung mit der Veränderungsrate zukünftige größere Steigerungen der Landesbasisfallwerte. In 2019 kommt ein Veränderungswert von 2,97 % zum Tragen, der im Rahmen der Landesbasisfallwertverhandlungen regelhaft nicht vollständig erhöhend vereinbart werden konnte. Diese Sachverhalte führen letztlich dazu, dass die Lohnsteigerungen, insbesondere von qualifizierten Mitarbeitenden, nicht mehr ausschließlich über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes refinanziert werden können.

Weiterhin ungelöst bleibt die unzureichende Investitionsfinanzierung durch die Länder, die im Rahmen der aktuellen gesetzgeberischen Initiativen erneut nicht aufgegriffen wurde. Damit bleibt es erforderlich in erheblichem Umfang Eigenmittel für Investitionen aufzuwenden, um entsprechend investieren zu können.

Ein weiteres Risiko stellt auch die Neuregelung bei der Notfallversorgung dar. Ein gestuftes System von Notfallstrukturen schreibt künftig vor, welche Voraussetzungen für die Teilnahme an der Notfallversorgung und welche Anzahl und Qualifikation des Fachpersonals erfüllt sein müssen. Werden die hohen Anforderungen nicht erfüllt, sind Vergütungsabschläge fällig. Außerdem sind ab 2019 für pflegesensitive Bereiche verbindliche Personaluntergrenzen für die Pflege einzuhalten, z. B. für die Intensivmedizin, die Kardiologie und die Geriatrie. Können diese im monatlichen Durchschnitt nicht erfüllt werden, greifen Vergütungsabschläge.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

c) Kostenentwicklung

Bei Kostensteigerungen von 3,0-3,5 % p.a. beim Personal und 1-2 % p.a. bei den Sachkosten, sowie einer gleichzeitigen Erhöhung der Erlöse durch den Landesbasisfallwert von ca. 2%, muss neben notwendigen Kostenreduzierungen ein jährliches Wachstum erzielt werden.

Überproportionale Kostensteigerungen sind weiterhin im Bereich der Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung) zu verzeichnen. Hier muss, aufgrund eines konsolidierenden Anbietermarktes und steigenden Schadenssummen auch in den nächsten Jahren, von weiteren Prämiensteigerungen ausgegangen werden. Des Weiteren werden auch weiterhin steigende Energiepreise erwartet, welche durch einen sparsamen Ressourcenverbrauch sowie Investitionen in den Bereichen Kraft-Wärme-Kopplung, Hocheffizienztechnik und Brennwerttechnik kompensiert werden.

Das Jahresergebnis 2018 ist durch die Auswirkungen des Zukunftssicherungstarifvertrags positiv beeinflusst. Der Gehaltsverzicht der vom Tarifvertrag erfassten Beschäftigten endet gemäß Vertrag zum 30.06.2019. Zur Erwirtschaftung von positiven Jahresergebnissen sind daher geeignete Maßnahmen zur Kostensenkung und Erlösoptimierung erforderlich.

Die digitale Transformation des Gesundheitssystems verändert die Zusammenarbeit und Kommunikation aller Beteiligten. Die hiermit verbundenen Kosten werden aufgrund der fehlenden Refinanzierung das wirtschaftliche Ergebnis zunehmend belasten. Einsparpotentiale durch die digitale Automatisierung von Arbeitsabläufen und Umstellung auf papierlose Datenverwaltung lassen sich nur sukzessive realisieren.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

d) Fachkräftemangel

Im Jahr 2018 hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt für qualifizierte Fachkräfte im Krankenhausbereich in allen Berufsgruppen weiter verschärft. Stellenbesetzungen an subjektiv unattraktiven Standorten sind mit hohem zeitlichem und finanziellem Aufwand möglich. Der ohnehin schon steigende Bedarf an Arbeitskräften wird in der Pflege noch durch neue rechtliche Rahmenbedingungen verstärkt. Seit dem 01.01.2019 gelten die Pflegepersonaluntergrenzen gemäß PpSG in den pflegesensitiven Bereichen Intensivmedizin, Geriatrie, Kardiologie und Unfallchirurgie. Die Einhaltung der Untergrenzen ist regelmäßig vom Krankenhaus nachzuweisen, Unterschreitungen zu melden und bei Nichterfüllung im monatlichen Durchschnitt sind Abschläge zu zahlen. Mit dem ebenfalls durch das PpSG eingeführten erweiterten Pflegestellenförderprogramm werden ab 2019 zusätzliche Pflegestellen in vollem Umfang und ohne Begrenzung gefördert, jedoch nur in der unmittelbaren Patientenversorgung in bettenführenden Bereichen des Krankenhauses.

Zusätzlich werden ab 2019 im Rahmen des gestuften Systems von Notfallstrukturen die Krankenhäuser in eine von drei Notfallstufen eingestuft, wenn sie bestimmte Anforderungen, unter anderem an Anzahl und Qualifikation des Fachpersonals, erfüllen. Wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt werden, nimmt das Krankenhaus nicht an der Notfallversorgung teil, mit der Folge von Vergütungsabschlägen.

So haben sich die ab 2019 geltenden Personaluntergrenzen bereits in 2018 auf die Nachfrage nach examinierten Gesundheits- und Krankenpflegern ausgewirkt. Neben den vielen innovativen Maßnahmen im Bereich des Personalmarketing – und recruitings setzen wir ganz besonders auf die Personalbindung. Dabei gilt es, neben einer angemessenen Vergütung u.a. eine gute und von erlebbaren Werten abgeleitete Unternehmenskultur sowie flexible lebensphasenorientierte Arbeitsbedingungen zu bieten. Ein zentrales Element der Nachwuchssicherung ist dabei sicher auch die Durchführung von Aus- und Weiterbildung in allen Feldern zur frühzeitigen Nachwuchsbindung.

e) IT

Den Risiken in der Informationstechnologie wird mit entsprechenden Dienst- und Verfahrensanweisungen, Maßnahmen zur Datensicherung über Backup-Systeme und Datenspiegelungen, unterbrechungsfreie Stromversorgungen für kritische Systeme, Maßnahmen bei IT-Systemausfällen, Zutrittskontrollsysteme und Systeme zum Schutz gegen unberechtigte Zugriffe wie z. B. Firewallsysteme und Virenscanner begegnet.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

f) Gesamtaussage zur Risikoberichtserstattung

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdeten Risiken vorliegen.

2. Chancen

a) Komplettanbieter an Dienstleistungen für die Patienten

Durch die Etablierung von regionalen Behandlungszentren und die Erweiterung von Versorgungsnetzwerken soll in Zukunft verstärkt ein umfassendes, durchgängiges Systemangebot, d. h. alle Leistungen aus einer Hand, weiter vorangebracht werden. Durch die räumliche Zusammenlegung von Leistungsangeboten sollen vorhandene Ressourcen besser ausgelastet werden.

b) Spezialisierung

Durch Ausweitung von Leistungsangeboten und Spezialisierungen soll auch in Zukunft das Leistungsniveau der Gesellschaft gehalten bzw. weiter ausgebaut werden.

c) Personalgewinnungs- und -entwicklungsmaßnahmen

Mitarbeiterbindung und Rekrutierung erreichen wir im Unternehmensverbund insgesamt durch den zielgerichteten Einsatz unserer Unternehmenskultur, die z. B. durch besondere Transparenz gekennzeichnet ist. Neben unserer marktgerechten Vergütung ermöglichen wir unseren Mitarbeitenden umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen wesentlichen Berufsfeldern des Gesundheitswesens. Wir setzen innovative Arbeitszeitmodelle um, informieren unsere Mitarbeiter umfassend, binden sie ein und gestalten die Arbeitsplätze leistungsgerecht und gesundheitsfördernd.

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass im Verbund umfangreiche Maßnahmen zur Risikominderung betrieben werden.

Dennoch wird der Wettbewerb um Fachkräfte sich vermutlich verschärfen und einige Einrichtungen des Gesundheitswesens ggf. auch vor große Probleme stellen.

Entsprechende Priorität genießt in unserem Unternehmensverbund die Stärkung der Arbeitgebermarke.

d) Qualitätsmanagement und Patientensicherheit

Bereits seit vielen Jahren liegt ein großes Augenmerk der Konzernaktivitäten auf einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Mit einem wirksamen Qualitäts- und Risikomanagement ist das Klinikum Werra-Meißner für die umfassenden Gesetzgebungsverfahren zur Steigerung der Qualität und der Patientensicherheit gut gewappnet. In einer immer komplexeren Arbeitsumgebung, durch neue technische Herausforderungen und neue Gesetzgebungen gilt es, die Organisation und die Mitarbeitenden in diesem Veränderungsprozess zu unterstützen.

Mit den etablierten Instrumenten des Qualitätsmanagements werden Prozesse auf ihre Wirksamkeit und Effizienz bewertet. Dabei werden Prozessprobleme und -risiken laufend erfasst und bearbeitet. Projekte zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Patientenzufriedenheit werden initiiert.

Hygiene hat im Unternehmensverbund höchste Priorität. Es wurden verbindliche Hygienerichtlinien und -pläne festgelegt. Die Vorgaben basieren auf dem aktuellen Wissensstand und fußen unter anderem auf den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Unser Unternehmensverbund nimmt darüber hinaus an bundesweiten Aktionen zur Verbesserung der Hygiene wie z. B. „Aktion Saubere Hände“ teil.

D. Prognose

Für das Jahr 2019 streben wir trotz der dargestellten Risiken eine moderate Leistungssteigerung der Case-Mix Punkte an. Im Bereich der Umsatzerlöse erwarten wir eine leichte Steigerung durch die Erhöhung des Landesbasisfallwerts. Für das Jahr 2019 planen wir bei Umsatzerlösen von T€ 78.623,0 ein Ergebnis von T€ -2.242,0. Bei einer anhaltenden negativen Ertragslage kann die Gesellschaft auf die finanzielle Unterstützung der un- oder mittelbaren Gesellschafter, unter anderem den Landkreis Werra-Meißner sowie der Stadt Witzenhausen, angewiesen sein. Insbesondere könnte die Gesellschaft bei einer anhaltenden Verlustsituation Liquidität benötigen oder Unterstützung bei der Liquiditätsbeschaffung bedürfen.

1.3 GHS Werra-Meißner Gesundheitsservice GmbH

GHS Werra-Meißner Gesundheitsservice GmbH
Steinstraße 18 – 26
37213 Witzenhausen
Telefon: 05651/82-0, Telefax: 05651/82-1016
E-Mail: mail@gh-wm.de

GHS Werra-Meißner Gesellschaft für Gesundheitsservice

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Serviceleistungen aller Art (z. B. Catering, Reinigung, Facility-Management etc.) an der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH sowie an die mit ihr verbundenen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH (100,0 %)
Geschäftsführer:	Dr. med. Claudia Fremder

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	15.02.2005
Stammkapital:	25.000 €
Beteiligungen:	Keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 18.04.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr leistete die Gesellschaft keine Zahlungen zugunsten des Kreises. Ebenso leistete der Kreis keine Zahlungen zugunsten der Gesellschaft.

Vergütung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführer erhielten im Berichtsjahr keine Bezüge von der Gesellschaft. Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird von der beauftragten Beratungs- und Betriebsführungsgesellschaft (AGAPLESION Management- und Beratungsgesellschaft mbH) im Rahmen eines Managementvertrags wahrgenommen. Diese Leistung wird der beauftragten Gesellschaft durch die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH vergütet.

Bilanz

Aktiva	2018	2017	2016
	€	€	€
Anlagevermögen	0	0	0
Umlaufvermögen	374.682	319.748	307.911
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**374.682**	**319.748**	**307.911**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	25.000	25.000	25.000
Gewinnvortrag	78.829	68.296	58.028
Jahresüberschuss (+) / - fehlbetrag (-)	8.702	10.533	10.268
	112.530	103.829	93.296
Rückstellungen	201.220	176.298	187.070
Verbindlichkeiten	60.932	39.621	27.544
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**374.682**	**319.748**	**307.912**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Umsatzerlöse	4.352.627	4.049.785	3.994.008
Sonstige betriebliche Erträge	15.374	12.192	15.383
Materialaufwand	144.429	141.727	142.219
Personalaufwand	3.890.723	3.595.682	3.544.759
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	319.205	309.115	307.199
Zinsergebnis	-396	-501	-560
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**13.247**	**14.952**	**14.655**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	4.546	4.420	4.387
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**8.702**	**10.533**	**10.268**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Vollkräfte	101	97	97
Anlagenintensität in %	0,00%	0,00%	0,00%
Eigenkapitalquote in %	30,03%	32,47%	30,30%
Verschuldungsgrad (Faktor)	2,33	2,08	2,30

Lagebericht

A. Allgemeine Angaben zur Geschäftsgrundlage und Marktpositionierung

Die GHS Werra-Meißner GmbH erbringt für die Gruppe der Gesundheitsholding Werra-Meißner Serviceleistungen, wie z. B. Catering-, Reinigungs- und Gebäudemanagementdienstleistungen.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen Innenumsätze mit den verbundenen Unternehmen. Sie ist nur in geringem Umfang aktiv mit ihren Dienstleistungen am Markt gegenüber Dritten tätig.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2018 um 1,5% gewachsen. Nach einem Anstieg von 2,2 % im Vorjahr liegen die Gründe für den Rückgang in einer abgeschwächten Weltwirtschaft, in der langanhaltenden Trockenperiode und in den Absatzproblemen der Automobilindustrie aufgrund der Umstellung des Zulassungsverfahrens für PKW auf den WLTP-Standard. Jedoch ist der Auftragsbestand trotz einer leichten Abschwächung der Auftragseingänge weiterhin sehr hoch. Das Baugewerbe befindet sich in der Hochkonjunktur.

Wie im Vorjahr nimmt die Erwerbstätigkeit weiter zu. Obwohl die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften, vor allem nach Fachkräften, in vielen Sektoren sehr hoch bleibt, gibt es Anzeichen für eine Abschwächung der Personalnachfrage insgesamt. Angesichts der guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung verzeichneten die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2018 einen Anstieg von 1,0 %. Für eine positive Entwicklung des privaten Konsums spricht der weitere Anstieg der verfügbaren Einkommen, der zum Jahreswechsel durch die Entlastungen unter anderem bei der Einkommensteuer nochmals verstärkt wurde.

2. Geschäftsverlauf – Prognose-Ist-Vergleich

Die Gesamtleistung der Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2018 von T€ 4.062,0 auf T€ 4.368,0 gesteigert werden, der Jahresüberschuss reduzierte sich leicht von T€ 10,5 auf T€ 8,7.

Mit dem Jahresüberschuss von T€ 8,7 unterschritt die Gesellschaft das im Wirtschaftsplan 2018 geplante Jahresergebnis von T€ 9,9 leicht.

3. Marktposition und Belegungsdaten

Die Gesellschaft erbringt zu einem großen Teil Innenumsätze mit den verbundenen Unternehmen. Sie ist damit in ihrer Entwicklung und ihrem Leistungsvolumen von den zukünftigen Entwicklungen der Krankenhäuser und Einrichtungen des Gesundheitswesens im Werra-Meißner Kreis abhängig.

4. Ertragslage - Geschäftsergebnis

Die Umsatzerlöse einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 7,5 % von T€ 4.062,0 in 2017 auf T€ 4.368,0 in 2018. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den aufgrund der gestiegenen Personalkosten erhöhten Weiterberechnungen für erbrachte Leistungen.

Die Personalaufwandsquote (Bruttolöhne und -gehälter, Sozialabgaben, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Personalkosten) ist von 88,5 % in 2017 um 0,6 %-Punkte auf 89,1 % der Gesamtleistung gestiegen. Die Quote für den Materialaufwand reduzierte sich in 2018 um 0,2 %-Punkte von 3,5 % in 2017 auf nunmehr 3,3 %.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt in 2018 T€ 13,7 (i. V. T€ 15,4). Der Jahresüberschuss sank leicht von T€ 10,5 in 2017 auf T€ 8,7 in 2018.

5. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 374,7 (i. V. T€ 319,7), davon entfallen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 99,4 % (i. V. 92,4 %) sowie liquide Mittel 0,6 % (i. V. 7,6 %).

In der Gesellschaft ist kein langfristig gebundenes Anlagevermögen vorhanden.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 30,0 % gegenüber 32,5 % im Vorjahr.

6. Finanzlage - Liquidität

Der Finanzmittelbestand hat sich zum Bilanzstichtag um T€ 24,4 auf T€ 2,3 reduziert. Die Gesellschaft finanziert sich ausschließlich aus Eigenmitteln.

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

7. Investitionen und deren Finanzierungen

Die Gesellschaft tätigte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 keine Investitionen.

8. Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt) hat sich im Jahr 2018 von 97,31 VK auf 101,17 VK um 3,86 VK erhöht.

Unsere Mitarbeiter wurden durch gezielte konzerninterne und externe Schulungen fort- und weitergebildet, um unseren hohen Qualitätsanspruch erfüllen zu können.

C. Risiko-, Chancen- und Prognoseberichterstattung

1. Risikomanagement und Risiken

a) Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem

Im Verbund der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH besteht ein konzernweites Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem, welches sowohl auf Konzern- als auch auf Einrichtungsebene die Risikoerkennung und -vermeidung zum Ziel hat. Die Einrichtung und Überwachung dieser Systeme sind Bestandteil der Leitungsaufgaben der Unternehmensführung. Darüber hinaus werden durch interne Audits regelmäßig in allen Prozessen auch Risikoaspekte abgefragt und bewertet. Durch die systematische frühzeitige Risikoerkennung, Risikoanalyse und Bewertung ist es möglich, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, um potentielle Gefahren für den Patienten und ökonomische Risiken vor dem Schadenseintritt zu vermeiden. Ergänzend können über das regelmäßige Berichtswesen beeinträchtigende Faktoren zeitnah erkannt und entsprechend agiert werden. Hierzu gehören unter anderem ein regelmäßiges Belegungs- und Einweisungscontrolling, Personal- und Sachkostencontrolling und eine Liquiditätsplanung. Ferner werden die Ergebnisse des Meinungsmanagements sowie die Ergebnisse von Befragungen ausgewertet. Des Weiteren befindet sich ein

CIRS – Critical Incident Reporting System – im Einsatz. Das Risikomanagementsystem ist eng mit dem Qualitätsmanagement verzahnt. Die Bewertung der Risiken findet zeitgleich mit der Bewertung des Managementsystems in der Management- und Risikobewertung statt.

b) Kostenentwicklung

Überproportionale Kostensteigerungen sind auch weiterhin, insbesondere im Bereich der Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung), zu verzeichnen. Hier muss, aufgrund eines konsolidierenden Anbietermarktes und steigenden Schadenssummen, in den nächsten Jahren von weiteren Prämiensteigerungen ausgegangen werden. Des Weiteren werden auch steigende Energiepreise erwartet, welche durch einen sparsamen Ressourcenverbrauch kompensiert werden. Darüber hinaus besteht ein professioneller Energieeinkauf, der mittelfristig die Preise absichert.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

c) Fachkräftemangel

Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte im Gesundheitswesen hat sich in 2018 deutlich verschärft. Dies gilt sowohl für den ärztlichen Bereich als auch für den pflegerischen Sektor und medizinische Assistenzberufe. Standortfaktoren, die sich für die Arbeitgeberattraktivität in einem Sektor positiv auswirken, können für andere Sektoren negativ sein. So ist es in Ballungsräumen mit hoher Lebensqualität, aber sehr hohen Lebenshaltungskosten oft einfacher ärztliche Mitarbeiter zu rekrutieren und zu binden, aber schwieriger Krankenpflege- und z. B. MTA-Stellen zu besetzen. Im ländlichen Raum stellt sich diese Problematik oft genau umgekehrt dar.

Für alle Berufsgruppen gilt, dass Stellen nur dann erfolgreich und langfristig gut besetzt werden können, wenn neben einer angemessenen Vergütung, eine als angenehm empfundene Unternehmenskultur, flexible und vor allem verlässliche Arbeitszeitmodelle sowie patienten- und mitarbeitergerechte Versorgungsstrukturen angeboten werden können. Ein zentrales Element der Nachwuchssicherung ist dabei sicher die Durchführung von Aus- und Weiterbildung in allen Feldern zur frühzeitigen Nachwuchsbindung.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als hoch beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

d) IT

Den Risiken in der Informationstechnologie wird mit entsprechenden Dienst- und Verfahrensanweisungen, Maßnahmen zur Datensicherung über Backup-Systeme und Datenspiegelungen, unterbrechungsfreie Stromversorgungen für kritische Systeme, Maßnahmen bei IT-Systemausfällen, Zutrittskontrollsysteme und Systeme zum Schutz gegen unberechtigte Zugriffe wie z.B. Firewallsysteme und Virenscanner begegnet.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

e) Gesamtaussage zur Risikoberichtserstattung

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdeten Risiken vorliegen.

2. Chancen

a) Komplettanbieter an Dienstleistungen für die Patienten

Durch die Etablierung von regionalen Behandlungszentren und der Erweiterung von Versorgungsnetzwerken soll in Zukunft verstärkt ein umfassendes, durchgängiges Systemangebot, d. h. alle Leistungen aus einer Hand, weiter vorangebracht werden. Durch die räumliche Zusammenlegung von Leistungsangeboten sollen vorhandene Ressourcen besser ausgelastet werden.

b) Spezialisierung

Durch Ausweitung von Leistungsangeboten und Spezialisierungen soll auch in Zukunft das Leistungsniveau der Gesellschaft gehalten bzw. weiter ausgebaut werden.

c) Personalgewinnungs- und -entwicklungsmaßnahmen

Mitarbeiterbindung und Rekrutierung erreichen wir im Unternehmensverbund insgesamt durch den zielgerichteten Einsatz unserer Unternehmenskultur, die z. B. durch besondere Transparenz und die Integrative Managementkultur gekennzeichnet ist. Neben unserer marktgerechten Vergütung ermöglichen wir unseren Mitarbeitern umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen wesentlichen Berufsfeldern des Gesundheitswesens.

Wir setzen innovative Arbeitszeitmodelle um, informieren unsere Mitarbeiter umfassend, binden sie ein und gestalten die Arbeitsplätze leistungsgerecht und gesundheitsfördernd.

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass im Verbund umfangreiche Maßnahmen zur Risikominderung betrieben werden.

Dennoch wird der Wettbewerb um Fachkräfte sich vermutlich verschärfen und einige Einrichtungen des Gesundheitswesens ggf. auch vor große Probleme stellen.

Entsprechende Priorität genießt in unserem Unternehmensverbund die Stärkung der Arbeitgebermarke.

d) Qualitätsmanagement und Patientensicherheit

Bereits seit vielen Jahren liegt ein großes Augenmerk der Konzernaktivitäten auf einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Mit einem wirksamen Qualitäts- und Risikomanagement ist das Klinikum Werra-Meißner für die umfassenden Gesetzgebungsverfahren zur Steigerung der Qualität und der Patientensicherheit gut gewappnet. In einer immer komplexeren Arbeitsumgebung, durch neue technische Herausforderungen und neue Gesetzgebungen gilt es, die Organisation und die Mitarbeitenden in diesem Veränderungsprozess zu unterstützen.

Mit den etablierten Instrumenten des Qualitätsmanagements werden Prozesse auf ihre Wirksamkeit und Effizienz bewertet. Dabei werden Prozessprobleme und -risiken laufend erfasst und bearbeitet. Projekte zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Patientenzufriedenheit werden initiiert.

Hygiene hat im Unternehmensverbund höchste Priorität. Es wurden verbindliche Hygienerichtlinien und-pläne festgelegt. Die Vorgaben basieren auf dem aktuellen Wissensstand und fußen unter anderem auf den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Unser Unternehmensverbund nimmt darüber hinaus an bundesweiten Aktionen zur Verbesserung der Hygiene wie z.B. „Aktion Saubere Hände“ teil.

3. Prognose

Für das Jahr 2019 streben wir trotz der dargestellten Risiken eine Leistungsmenge analog des Vorjahres an. Bei Umsatzerlösen von T€ 4.445,5 planen wir ein Ergebnis von T€ 10,0.

1.4 Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren Werra-Meißner mbH

Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren
Werra-Meißner mbH
Steinstraße 18 – 26
37213 Witzenhausen
Telefon: 05651/82-0, Telefax: 05651/82-1016
E-mail: mail@gh-wm.de

MVZ Werra-Meißner
Gesellschaft für Medizinische Versorgungszentren

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Gesundheitsversorgung im Rahmen einer möglichst optimalen ambulanten Versorgung der Bevölkerung im Werra-Meißner-Kreis. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung vertrags- und privatärztlicher Leistungen unter ärztlicher Leitung im Werra-Meißner-Kreis

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Klinikum Werra-Meißner GmbH (100 %)
Geschäftsführer:	Dr. med. Claudia Fremder

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	2005
Stammkapital:	25.200 €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 18.04.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr leistete die Gesellschaft keine Zahlungen zugunsten des Kreises. Ebenso leistete der Kreis keine Zahlungen zugunsten der Gesellschaft.

Vergütung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführer erhielten im Berichtsjahr keine Bezüge von der Gesellschaft. Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird von der beauftragten Beratungs- und Betriebsführungsgesellschaft (AGAPLESION Management- und Beratungsgesellschaft mbH) im Rahmen eines Managementvertrags wahrgenommen. Diese Leistung wird der beauftragten Gesellschaft durch die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH vergütet.

Bilanz

Aktiva	2018	2017	2016
	€	€	€
Anlagevermögen	180.514	181.036	210.728
Umlaufvermögen	73.776	81.942	80.452
Rechnungsabgrenzungsposten	336	381	306
Bilanzsumme	**254.626**	**263.359**	**291.487**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	25.200	25.200	25.200
Kapitalrücklage	210.000	110.000	110.000
Verlustvortrag	125.378	87.738	43.730
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-57.653	-37.641	-44.008
	52.169	9.822	47.462
Rückstellungen	16.075	19.734	24.578
Verbindlichkeiten	186.382	233.803	219.446
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**254.626**	**263.359**	**291.487**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Umsatzerlöse	392.967	396.269	298.953
Sonstige betriebliche Erträge	2.368	3.898	3.446
Materialaufwand	11.181	11.468	16.230
Personalaufwand	307.686	287.847	240.133
Abschreibungen	39.662	39.775	26.835
Sonstige betriebliche Aufwendungen	90.103	94.960	62.073
Zinsergebnis	-4.356	-3.758	-1.134
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-57.653**	**-37.641**	**-44.008**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**-57.653**	**-37.641**	**-44.008**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Vollkräfte	5	4	4
Anlagenintensität in %	70,89%	68,74%	72,29%
Eigenkapitalquote in %	20,49%	3,73%	16,28%
Verschuldungsgrad (Faktor)	3,88	25,81	5,14

Lagebericht

A. Allgemeine Angaben zur Geschäftsgrundlage

Die MVZ Werra-Meißner GmbH hat im Geschäftsjahr 2016 zum 1. April 2016 ihren operativen Geschäftsbetrieb aufgenommen und betreibt in Eschwege eine MVZ-Praxis mit den Fachrichtungen Innere Medizin, Kardiologie und Gynäkologie sowie seit 30. November 2018 eine Zweigpraxis in Hessisch Lichtenau mit der Fachrichtung Gynäkologie. Die Gesellschaft gehört zum Konzern der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH, Eschwege (GHWM). Ziel der Gesellschaft ist es die ambulante Gesundheitsversorgung in der Werra-Meißner Region aufrechtzuerhalten bzw. zu fördern. Dies soll durch die Errichtung und den Betrieb von medizinischen Versorgungszentren erreicht werden.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2018 um 1,5 % gewachsen. Nach einem Anstieg von 2,2 % im Vorjahr liegen die Gründe für den Rückgang in einer abgeschwächten Weltwirtschaft, in der langanhaltenden Trockenperiode und in den Absatzproblemen der Automobilindustrie aufgrund der Umstellung des Zulassungsverfahrens für PKW auf den WLTP-Standard. Jedoch ist der Auftragsbestand trotz einer leichten Abschwächung der Auftragseingänge weiterhin sehr hoch. Das Baugewerbe befindet sich in der Hochkonjunktur.

Wie im Vorjahr nimmt die Erwerbstätigkeit weiter zu. Obwohl die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften, vor allem nach Fachkräften, in vielen Sektoren sehr hoch bleibt, gibt es Anzeichen für eine Abschwächung der Personalnachfrage insgesamt. Angesichts der guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung verzeichneten die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2018 einen Anstieg von 1,0 %. Für eine positive Entwicklung des privaten Konsums spricht der weitere Anstieg der verfügbaren Einkommen, der zum Jahreswechsel durch die Entlastungen unter anderem bei der Einkommensteuer nochmals verstärkt wurde.

2. Geschäftsverlauf – Prognose-Ist-Vergleich

Die Erlöse bewegen sich in den Bereichen der Kardiologie im Rahmen der Prognoseplanung, auch konnten in der Inneren Medizin im Bereich der gesetzlich Krankenversicherten die geplanten Erlöse erreicht werden. Lediglich bei den Selbstzahlern und Privatpatienten wurde die angestrebte Prognose nicht vollständig erreicht.

Im Bereich der Gynäkologie wurde, aufgrund der geplanten Übernahme eines weiteren KV-Sitzes mit steigenden Erlösen geplant. Da die damit verbundene Eröffnung einer Zweigpraxis in Hessisch-Lichtenau erst zum Ende November 2018 erfolgt ist, konnte die geplante Erlössteigerung nicht vollumfänglich realisiert werden.

Somit erreichten die Umsatzerlöse mit T€ 393,0 nicht die prognostizierten Erlöse von T€ 450,6.

Damit ergibt sich für das Jahresergebnis ein Jahresfehlbetrag von T€ 57,6 gegenüber dem geplanten Jahresüberschuss für das Jahr 2018 von T€ 2,0. Dennoch bewerten wir das Ge-

schäftsjahr 2018 positiv, da sich insgesamt die MVZ-Praxis gut etabliert hat, die Leistungszahlen sich gefestigt haben und die Zweigniederlassung in Hessisch-Lichtenau gut angenommen wird.

3. Marktposition und Belegungsdaten

Das MVZ Luisenstraße ist mit seinen Fachrichtungen Gynäkologie, Innere Medizin und Kardiologie fester Bestandteil der fachärztlichen Versorgung im KV-Bezirk Werra-Meißner-Kreis geworden. Die Leistungszahlen bewegen sich, mit Ausnahme der Gynäkologie, im Rahmen der für die KV-Sitze zugrunde gelegten Regelleistungsvolumina. Die Abweichung im Bereich der Gynäkologie ist im Wesentlichen auf die verspätete Praxiseröffnung in Hessisch-Lichtenau zurückzuführen.

4. Ertragslage - Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2018 sind die Umsatzerlöse um T€ 3,3 auf T€ 393,3 gesunken.

Die Personalaufwandsquote (Bruttolöhne und -gehälter, Sozialabgaben, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Personalkosten im Verhältnis zu den Umsatzerlösen GuV Pos. 1) beträgt 78,3 % (Vorjahr: 72,5 %).

Die Quote für den Materialaufwand (Materialaufwand im Verhältnis zu den Umsatzerlösen) lag in 2018 bei 2,8 % (Vorjahr: 2,9 %).

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt in 2018 T€ -53,2 (Vorjahr T€ -34,0). Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) beträgt T€ -13,5 im Vergleich zu T€ 5,8 in 2017. Der Jahresfehlbetrag erhöhte sich von T€ 37,7 in 2017 auf T€ 57,6 in 2018.

5. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 254,6 (Vorjahr T€ 263,3). Davon entfallen auf das Sachanlagevermögen 70,9 % (Vorjahr 68,7 %), Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie Rechnungsabgrenzungsposten 17,0 % (Vorjahr 17,5 %) sowie auf liquide Mittel 12,2 % (Vorjahr 13,7 %).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 3,8 % auf 20,5 %, da die Gesellschafterin bestehende Gesellschafterdarlehen in Höhe von T€ 100,0 in die Kapitalrücklage eingestellt hat.

Eigenkapital und langfristig verfügbares Fremdkapital decken das langfristig verbundene gebundene Anlagevermögen vollständig.

Der Bilanzverlust erhöhte sich von T€ 125,4 in 2017 auf T€ 183,0 in 2018.

6. Finanzlage - Liquidität

Der Finanzmittelbestand hat sich im Jahr 2018 um T€ 5,2 auf T€ 31,0 reduziert.

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert und der Finanzmittelfonds reichte im Jahr 2018 jederzeit aus, um die kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten zu decken. Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist aufgrund der im Geschäftsjahr langfristig gewährten Darlehen der Gesellschafterin (T€ 50,0) sowie der Konzerneinbindung ausreichend.

7. Investitionen und deren Finanzierung

Die Gesellschaft ist nicht in die Investitionsfinanzierung durch die öffentliche Hand eingebunden. Die Finanzierung der eigenmittelfinanzierten Investitionen erfolgt durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie durch die Verwendung von flüssigen Mitteln aus Einzahlungen des Gesellschafters in die Kapitalrücklage und Gesellschafterdarlehen.

Die Finanzierung der Investitionen im Geschäftsjahr in Höhe von T€ 39,1 erfolgte vollständig aus Eigenmitteln.

8. Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt) hat sich im Jahr 2018 von neun auf zehn um einen Mitarbeiter erhöht. Dies entspricht einer Vollkräfteanzahl von 4,60 (Vorjahr 4,40). Es wurden durchschnittlich vier Ärzte, fünf Mitarbeiter im medizinisch-technischen Dienst und eine Mitarbeiterin im klinischen Hausdienst beschäftigt.

Unsere Mitarbeiter wurden durch gezielte konzerninterne und externe Schulungen fort- und weitergebildet, um unseren hohen Qualitätsanspruch in der Patientenbehandlung erfüllen zu können.

9. Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Im Geschäftsjahr 2018 wurde ein gynäkologischer KV-Sitz erworben, welcher der Gesellschaft seit dem 1. Oktober 2018 zur Verfügung steht. In diesem Zusammenhang wurde Ende November 2018 eine Zweigpraxis in Hessisch-Lichtenau eröffnet.

C. Risiko-, Chancen- und Prognoseberichterstattung

1. Risikomanagement und Risiken

a) Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem

Im Verbund der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH besteht ein konzernweites Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem, welches sowohl auf Konzern- als auch auf Einrichtungsebene die Risikoerkennung und -vermeidung zum Ziel hat. Die Einrichtung und Überwachung dieser Systeme sind Bestandteil der Leitungsaufgaben der Unternehmensführung. Darüber hinaus werden durch interne Audits regelmäßig in allen Prozessen auch Risikoaspekte abgefragt und bewertet. Durch die systematische frühzeitige Risikoerkennung, Risikoanalyse und Bewertung ist es möglich, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, um potentielle Gefahren für den Patienten und ökonomische Risiken vor dem Schadenseintritt zu vermeiden. Ergänzend können über das regelmäßige Berichtswesen beeinträchtigende Faktoren zeitnah erkannt und entsprechend agiert werden. Hierzu gehören unter anderem ein regelmäßiges Belegungs- und Einweisungscontrolling, Personal- und Sachkostencontrolling und eine Liquiditätsplanung. Das Risikomanagementsystem ist eng mit dem Qualitätsmanagement verzahnt. Die Bewertung der Risiken findet zeitgleich mit der Bewertung des Managementsystems in der Management- und Risikobewertung statt. Hierbei werden auch die Ergebnisse des Meinungsmanagements sowie die Ergebnisse von Befragungen ausgewertet.

b) Kostenentwicklung

Überproportionale Kostensteigerungen sind auch weiterhin, insbesondere im Bereich der Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung), zu verzeichnen. Hier muss, aufgrund eines konsolidierenden Anbietermarktes und steigenden Schadenssummen, in den nächsten Jahren von weiteren Prämiensteigerungen ausgegangen werden. Des Weiteren werden auch steigende Energiepreise erwartet, welche durch einen sparsamen Ressourcenverbrauch kompensiert werden. Darüber hinaus besteht ein professioneller Energieeinkauf, der mittelfristig die Preise absichert.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

c) Fachkräftemangel

Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte im Gesundheitswesen hat sich in 2018 deutlich verschärft. Dies gilt sowohl für den ärztlichen Bereich als auch für den pflegerischen Sektor und medizinische Assistenzberufe. Standortfaktoren, die sich für die Arbeitgeberattraktivität in einem Sektor positiv auswirken, können für andere Sektoren negativ sein. So ist es in Ballungsräumen mit hoher Lebensqualität, aber sehr hohen Lebenshaltungskosten oft einfacher

ärztliche Mitarbeiter zu rekrutieren und zu binden, aber schwieriger Krankenpflege- und z. B. MTA-Stellen zu besetzen. Im ländlichen Raum stellt sich diese Problematik oft genau umgekehrt dar.

Für alle Berufsgruppen gilt, dass Stellen nur dann erfolgreich und langfristig gut besetzt werden können, wenn neben einer angemessenen Vergütung, eine als angenehm empfundene Unternehmenskultur, flexible und vor allem verlässliche Arbeitszeitmodelle sowie patienten- und mitarbeitergerechte Versorgungsstrukturen angeboten werden können. Ein zentrales Element der Nachwuchssicherung ist dabei sicher die Durchführung von Aus- und Weiterbildung in allen Feldern zur frühzeitigen Nachwuchsbindung.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als hoch beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

d) IT

Den Risiken in der Informationstechnologie wird mit entsprechenden Dienst- und Verfahrensanweisungen, Maßnahmen zur Datensicherung über Backup-Systeme und Datenspiegelungen, unterbrechungsfreie Stromversorgungen für kritische Systeme, Maßnahmen bei IT-Systemausfällen, Zutrittskontrollsysteme und Systeme zum Schutz gegen unberechtigte Zugriffe wie z.B. Firewallsysteme und Virenscanner begegnet.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

e) Gesamtaussage zur Risikoberichtserstattung

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdeten Risiken vorliegen.

2. Chancen

a) Komplettanbieter an Dienstleistungen für die Patienten

Durch die Etablierung von regionalen Behandlungszentren und der Erweiterung von Versorgungsnetzwerken soll in Zukunft verstärkt ein umfassendes, durchgängiges Systemangebot, d. h. alle Leistungen aus einer Hand, weiter vorangebracht werden.

b) Spezialisierung

Aufgrund neuer Fachdisziplinen sowie weiterer Spezialisierungen soll auch in Zukunft das Leistungsniveau des Medizinischen Versorgungszentrums gehalten bzw. weiter ausgebaut werden. Insbesondere durch Medizinische Versorgungszentren wird eine engere Verzahnung zwischen ambulantem und stationärem Sektor erreicht und ein kontinuierlicher Patientenzustrom für die stationären Bereiche gewährleistet.

c) Personalgewinnungs- und -entwicklungsmaßnahmen

Mitarbeiterbindung und Rekrutierung erreichen wir im Unternehmensverbund insgesamt durch den zielgerichteten Einsatz unserer Unternehmenskultur, die z. B. durch besondere Transparenz und die Integrative Managementkultur gekennzeichnet ist. Neben unserer marktgerechten Vergütung ermöglichen wir unseren Mitarbeitern umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen wesentlichen Berufsfeldern des Gesundheitswesens. Wir setzen innovative Arbeitszeitmodelle um, informieren unsere Mitarbeiter umfassend, binden sie ein und gestalten die Arbeitsplätze leistungsgerecht und gesundheitsfördernd.

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass im Verbund umfangreiche Maßnahmen zur Risikominderung betrieben werden.

Dennoch wird der Wettbewerb um Fachkräfte sich vermutlich verschärfen und einige Einrichtungen des Gesundheitswesens ggf. auch vor große Probleme stellen.

Entsprechende Priorität genießt in unserem Unternehmensverbund die Stärkung der Arbeitgebermarke.

d) Qualitätsmanagement und Patientensicherheit

Bereits seit vielen Jahren liegt ein großes Augenmerk der Konzernaktivitäten auf einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Mit einem wirksamen Qualitäts- und Risikomanagement ist das MVZ Werra-Meißner für die umfassenden Gesetzgebungsverfahren zur Steigerung der Qualität und der Patientensicherheit gut gewappnet. In einer immer komplexeren Arbeitsumgebung, durch neue technische Herausforderungen und neue Gesetzgebungen gilt es, die Organisation und die Mitarbeitenden in diesem Veränderungsprozess zu unterstützen.

Mit den etablierten Instrumenten des Qualitätsmanagements werden Prozesse auf ihre Wirksamkeit und Effizienz bewertet. Dabei werden Prozessprobleme und -risiken laufend erfasst und bearbeitet. Projekte zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Patientenzufriedenheit werden initiiert.

Hygiene hat im Unternehmensverbund höchste Priorität. Es wurden verbindliche Hygienerichtlinien und -pläne festgelegt. Die Vorgaben basieren auf dem aktuellen Wissensstand und fußen unter anderem auf den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Robert Koch-Instituts. Unser Unternehmensverbund nimmt darüber hinaus an bundesweiten Aktionen zur Verbesserung der Hygiene wie z.B. „Aktion Saubere Hände“ teil.

3. Prognose

Für das Jahr 2019 wird aufgrund des ganzjährigen Betriebs der Zweigpraxis in Hessisch-Lichtenau ein gestiegener Leistungsumfang und im Bereich der Umsatzerlöse einen entsprechender Anstieg gegenüber dem Vorjahr erwartet. Wir gehen für das Geschäftsjahr 2019 von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

1.5 PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge GmbH

PRN Werra-Meißner Gesellschaft für medizinische Prävention, Rehabilitation und Nachsorge GmbH
Steinstraße 18 - 24
37213 Witzenhausen
Telefon: 05651/82-0, Telefax: 05651/82-1016
E-mail: mail@gh-wm.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von beratenden, betreuenden, medizinisch-therapeutischen und medizinisch-technischen sowie pflegerischen Dienstleistungen auf den Gebieten der Gesundheitsprävention, der Rehabilitation und der Nachsorge sowie der Erbringung weiterer Leistungen auf diesen Gebieten im Werra-Meißner-Kreis.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH (51,0 %) Orthopädische Klinik Hessisch Lichtenau gGmbH (25,0 %) Herr Ekkehart Eymer, Lübeck (24,0 %)
Geschäftsführer:	Dr. med. Claudia Fremder

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	15.02.2005
Stammkapital:	25.000 €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 18.04.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker, Berger + Partner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr leistete die Gesellschaft keine Zahlungen zugunsten des Kreises. Ebenso leistete der Kreis keine Zahlungen zugunsten der Gesellschaft.

Vergütung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführer erhielten im Berichtsjahr keine Bezüge von der Gesellschaft. Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird von der beauftragten Beratungs- und Betriebsführungsgesellschaft (AGAPLESION Management- und Beratungsgesellschaft mbH) im Rahmen eines Managementvertrags wahrgenommen. Diese Leistung wird der beauftragten Gesellschaft durch die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH vergütet.

Bilanz

Aktiva	2018	2017	2016
	€	€	€
Anlagevermögen	9.270	10.855	12.543
Umlaufvermögen	243.853	213.177	208.618
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**253.123**	**224.032**	**221.161**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	25.000	25.000	25.000
Gewinnrücklagen	838	838	838
Gewinnvortrag	153.540	145.425	120.140
Jahresüberschuss (+) / - fehlbetrag (-)	23.437	8.115	25.285
	202.815	179.378	171.262
Rückstellungen	18.598	32.182	26.025
Verbindlichkeiten	31.710	12.472	23.874
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**253.123**	**224.032**	**221.161**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Umsatzerlöse	666.501	633.498	758.838
Sonstige betriebliche Erträge	15.260	2.912	13.067
Materialaufwand	64.744	50.630	44.112
Personalaufwand	385.257	384.031	483.826
Abschreibungen	1.585	1.688	1.473
Sonstige betriebliche Aufwendungen	195.619	188.296	206.121
Zinsergebnis	0	0	-2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**34.557**	**11.766**	**36.371**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	11.119	3.650	11.086
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**23.437**	**8.115**	**25.285**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Vollkräfte	12	12	14
Anlagenintensität in %	3,66%	4,85%	5,67%
Eigenkapitalquote in %	80,13%	80,07%	77,44%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,25	0,25	0,29

Lagebericht

A. Allgemeine Angaben zur Geschäftsgrundlage

Die PRN Werra-Meißner GmbH betreibt Praxen für physikalische Therapie in Eschwege und Witzenhausen sowie drei ergotherapeutische Praxen in Hessisch Lichtenau, Witzenhausen und Eschwege.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem unruhigen außenwirtschaftlichen Umfeld ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2018 um 1,5 % gewachsen. Nach einem Anstieg von 2,2 % im Vorjahr liegen die Gründe für den Rückgang in einer abgeschwächten Weltwirtschaft, in der langanhaltenden Trockenperiode und in den Absatzproblemen der Automobilindustrie aufgrund der Umstellung des Zulassungsverfahrens für PKW auf den WLTP-Standard. Jedoch ist der Auftragsbestand trotz einer leichten Abschwächung der Auftragseingänge weiterhin sehr hoch. Das Baugewerbe befindet sich in der Hochkonjunktur.

Wie im Vorjahr nimmt die Erwerbstätigkeit weiter zu. Obwohl die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften, vor allem nach Fachkräften, in vielen Sektoren sehr hoch bleibt, gibt es Anzeichen für eine Abschwächung der Personalnachfrage insgesamt. Angesichts der guten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung verzeichneten die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2018 einen Anstieg von 1,0 %. Für eine positive Entwicklung des privaten Konsums spricht der weitere Anstieg der verfügbaren Einkommen, der zum Jahreswechsel durch die Entlastungen unter anderem bei der Einkommensteuer nochmals verstärkt wurde.

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser war auch in 2018 weiterhin angespannt und hat sich gegenüber den Vorjahren nicht verbessert. Gerade bei Krankenhäusern, die seit 2013 Mehrleistungen vereinbaren konnten, wurde der Erlös aus dem Versorgungszuschlag durch die Dreijährigkeit des jeweiligen Mehrleistungsabschlages i. H. v. 25 % in der Regel negativ überkompensiert. Die Intention des Gesetzgebers, der Schaffung einer „Aufkommensneutralität“ zwischen Versorgungszuschlag und Mehrleistungsabschlag, wurde somit zu Lasten der leistungsfähigen Krankenhäuser verfehlt.

Im November 2015 wurde die von der Politik angekündigte Reform der Krankenhausfinanzierung mit dem ab 1. Januar 2016 geltenden Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) verabschiedet, welches grundlegende Veränderungen hinsichtlich des ordnungspolitischen Rahmens und der Finanzierung der laufenden Kosten der Krankenhäuser einführte.

Wie bereits Ende 2015 angekündigt, wurde der Schwerpunkt der Reform auf das Thema Qualität gelegt und diese für die Zukunft mit monetären Elementen verknüpft. Mit dem Pflegezuschlag, den Zuschlägen für Mehrkosten von G-BA Richtlinien, der Tarifrate und dem Förderprogramm für Pflegestellen und Hygiene sollten die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Betriebskosten verbessert werden.

Allerdings hat der mit dem ab 2017 bei vereinbarten Mehrleistungen gesetzlich zum Tragen kommende dreijährige Fixkostendegressionsabschlag die wirtschaftliche Belastung für Krankenhäuser mit steigender Leistungsentwicklung erheblich verstärkt. Die Höhe des Fixkostendegressionsabschlags wurde für die Jahre 2017 und 2018 mit dem „Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen“ (PsychVVG) bundeseinheitlich auf mindestens 35 % festgelegt. Für zusätzliche Leistungen mit einer höheren Fixkostendegression oder für Leistungen, bei denen in erhöhtem Maße wirtschaftlich begründete Fallzahlsteigerungen zu erwarten sind, kann eine längere Abschlagsdauer sowie ein höherer Fixkostendegressionsabschlag bis zur gesetzlich normierten Grenze von 50 % vereinbart werden.

Durch das KHSG kam es darüber hinaus zu wesentlichen Änderungen in Bezug auf die Landesbasisfallwerte. Der Bundesbasisfallwertkorridor verengte sich, indem die untere Grenze von -1,25 % auf -1,02 % angehoben wurde. Darüber hinaus wurde die Kappung für Landesbasisfallwerte oberhalb der oberen Korridorgrenze aufgehoben. Die Landesbasisfallwerte unterhalb des Bundesbasisfallwertkorridors werden auf die Untergrenze angehoben. Die Landesbasisfallwerte oberhalb des Korridors sind in sechs Schritten bis zum Jahr 2021 an die obere Korridorgrenze anzugleichen. Ferner dürfen Leistungsveränderungen, die ohnehin auf örtlicher Ebene mit einem Fixkostendegressionsabschlag versehen werden, bei den Verhandlungen auf Landesebene nicht mehr absenkend berücksichtigt werden. Entsprechend den Vorjahren wurde bei der Vereinbarung der Landesbasisfallwerte mit einem geringeren Lohnsteigerungsfaktor gerechnet als der Tarifabschluss letztendlich ergeben hat. Diese Sachverhalte führen letztlich dazu, dass die Lohnsteigerungen, insbesondere von qualifizierten Fachkräften, wie in den Vorjahren weiterhin nur anteilig über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes refinanziert werden können. Vor diesem Hintergrund erscheinen die mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) und der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung eingeführten Mindestpersonalvorgaben in der Pflege geradezu paradox. Auf die Einführung der Pflegepersonaluntergrenzen, des Pflegestellenförderprogramms und des Systems der gestuften Notfallversorgung, das im April 2018 vom Gemeinsamen Bundesausschuss beschlossen wurde, mussten sich die Krankenhäuser bereits in 2018, vor allem durch personelle und organisatorische Maßnahmen, einstellen.

Nach Urteilen des Bundessozialgerichts über die Voraussetzungen der Abrechnung geriatrischer und neurologischer Komplexbehandlungen kam es zu erheblichen Rückforderungen der Krankenkassen. Daraufhin hat der Gesetzgeber mit dem PpSG neue Verjährungsfristen und neue Kodierkompetenzen eingeführt, was vor Fristablauf im November 2018 zu einer enormen Klagewelle und Aufrechnungen der Krankenkassen geführt hat. Mit einer gemeinsamen Empfehlung auf Bundesebene wurden im Dezember 2018 Lösungsvorschläge unterbreitet mit bisher unterschiedlichem Erfolg.

2. Geschäftsverlauf – Prognose-Ist-Vergleich

Der Umsatz ist von T€ 633,5 auf T€ 666,5 gestiegen. Der Jahresüberschuss erhöhte sich von T€ 8,1 auf T€ 23,4.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr entspricht damit im Wesentlichen der im Lagebericht zum Geschäftsjahr 2017 abgegebenen Prognose.

Die Geschäftsentwicklung ist insgesamt günstig verlaufen.

3. Marktposition und Belegungsdaten

Die Gesellschaft erbringt zu einem großen Teil Physio- und Ergotherapieleistungen gegenüber Dritten. Im Geschäftsjahr konnten die physiotherapeutischen Leistungen durch den Betrieb am Standort Witzenhausen ausgeweitet werden. In einem geringen Teil erbringt die Gesellschaft Innenumsätze mit den verbundenen Unternehmen. Sie ist damit in ihrer Entwicklung und ihrem Leistungsvolumen von den zukünftigen Entwicklungen der Krankenhäuser und Einrichtungen des Gesundheitswesens im Werra-Meißner Kreis teilweise abhängig.

4. Ertragslage - Geschäftsergebnis

Die Gesamtleistung stieg um 7,1 % von T€ 636,4 in 2017 auf T€ 681,8 in 2018.

Die Personalaufwandsquote (Bruttolöhne und -gehälter, Sozialabgaben, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Personalkosten) ist von 60,3 % in 2017 um 3,8 % auf 56,5 % der Gesamtleistung gesunken.

Die Quote für den Materialaufwand steigerte sich in 2018 um 1,5 % von 8,0 % in 2017 auf nunmehr 9,5 %.

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt in 2018 T€ 34,4 (i. V. T€ 11,7). Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) beträgt T€ 36,0 im Vergleich zu T€ 13,4 in 2017. Der Jahresüberschuss stieg von T€ 8,1 in 2017 auf T€ 23,4 in 2018.

5. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen beträgt T€ 253,1 (i. V. T€ 224,0), davon entfallen auf das Sachanlagevermögen 3,7 % (i. V. 4,9 %), auf Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 72,1 % (i. V. 76,8 %) sowie liquide Mittel 24,2 % (i. V. 18,3 %).

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt gegenüber dem Vorjahr unverändert 80,1 %.

Das Eigenkapital deckt das langfristig gebundene Anlagevermögen vollständig.

Das Vermögen ist fristenkongruent finanziert.

6. Finanzlage - Liquidität

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft hat sich um T€ 20,3 auf T€ 61,3 erhöht.

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

7. Investitionen und deren Finanzierungen

Die Gesellschaft tätigte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018 keine Investitionen.

8. Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten in Vollkräfte (Jahresdurchschnitt) hat sich im Jahr 2018 von 11,67 auf 11,72 um 0,05 erhöht.

Unsere Mitarbeiter wurden durch gezielte konzerninterne und externe Schulungen fort- und weitergebildet, um unseren hohen Qualitätsanspruch in der Patientenbehandlung erfüllen zu können.

C. Risiken und Chancen

1. Risikomanagement und Risiken

a) Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem

Im Verbund der Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH besteht ein konzernweites Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem, welches sowohl auf Konzern- als auch auf Einrichtungsebene die Risikoerkennung und -vermeidung zum Ziel hat. Die Einrichtung und Überwachung dieser Systeme sind Bestandteil der Leitungsaufgaben der Unternehmensführung. Darüber hinaus werden durch interne Audits regelmäßig in allen Prozessen auch Risikoaspekte abgefragt und bewertet. Durch die systematische frühzeitige Risikoerkennung, Risikoanalyse und Bewertung ist es möglich, rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten, um potentielle Gefahren für den Patienten und ökonomische Risiken vor dem Schadenseintritt zu vermeiden. Ergänzend können über das regelmäßige Berichtswesen beeinträchtigende Faktoren zeitnah erkannt und entsprechend agiert werden. Hierzu gehören unter anderem ein regelmäßiges Belegungs- und Einweisungscontrolling, Personal- und Sachkostencon-

trolling und eine Liquiditätsplanung. Ferner werden die Ergebnisse des Meinungsmanagements sowie die Ergebnisse von Befragungen ausgewertet. Des Weiteren befindet sich ein CIRS – Critical Incident Reporting System – im Einsatz. Das Risikomanagementsystem ist eng mit dem Qualitätsmanagement verzahnt. Die Bewertung der Risiken findet zeitgleich mit der Bewertung des Managementsystems in der Management- und Risikobewertung statt.

b) Kostenentwicklung

Überproportionale Kostensteigerungen sind auch weiterhin, insbesondere im Bereich der Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung), zu verzeichnen. Hier muss, aufgrund eines konsolidierenden Anbietermarktes und steigenden Schadenssummen, in den nächsten Jahren von weiteren Prämiensteigerungen ausgegangen werden. Des Weiteren werden auch steigende Energiepreise erwartet, welche durch einen sparsamen Ressourcenverbrauch kompensiert werden. Darüber hinaus besteht ein professioneller Energieeinkauf, der mittelfristig die Preise absichert.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

c) Fachkräftemangel

Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte im Gesundheitswesen hat sich in 2018 deutlich verschärft. Dies gilt sowohl für den ärztlichen Bereich als auch für den pflegerischen Sektor und medizinische Assistenzberufe. Standortfaktoren, die sich für die Arbeitgeberattraktivität in einem Sektor positiv auswirken, können für andere Sektoren negativ sein. So ist es in Ballungsräumen mit hoher Lebensqualität, aber sehr hohen Lebenshaltungskosten oft einfacher ärztliche Mitarbeiter zu rekrutieren und zu binden, aber schwieriger Krankenpflege- und z. B. MTA-Stellen zu besetzen. Im ländlichen Raum stellt sich diese Problematik oft genau umgekehrt dar.

Für alle Berufsgruppen gilt, dass Stellen nur dann erfolgreich und langfristig gut besetzt werden können, wenn neben einer angemessenen Vergütung, eine als angenehm empfundene Unternehmenskultur, flexible und vor allem verlässliche Arbeitszeitmodelle sowie patienten- und mitarbeitergerechte Versorgungsstrukturen angeboten werden können. Ein zentrales Element der Nachwuchssicherung ist dabei sicher die Durchführung von Aus- und Weiterbildung in allen Feldern zur frühzeitigen Nachwuchsbindung.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als hoch beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

d) IT

Den Risiken in der Informationstechnologie wird mit entsprechenden Dienst- und Verfahrensanweisungen, Maßnahmen zur Datensicherung über Backup-Systeme und Datenspiegelungen, unterbrechungsfreie Stromversorgungen für kritische Systeme, Maßnahmen bei IT-Systemausfällen, Zutrittskontrollsysteme und Systeme zum Schutz gegen unberechtigte Zugriffe wie z.B. Firewallsysteme und Virenscanner begegnet.

Sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch das Ausmaß bei Eintritt werden unverändert zum Vorjahr als mittel beurteilt. Die Risikoposition hat sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

e) Gesamtaussage zur Risikoberichtserstattung

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass keine bestandsgefährdeten Risiken vorliegen.

2. Chancen

a) Komplettanbieter an Dienstleistungen für die Patienten

Durch die Etablierung von regionalen Behandlungszentren und der Erweiterung von Versorgungsnetzwerken soll in Zukunft verstärkt ein umfassendes, durchgängiges Systemangebot, d. h. alle Leistungen aus einer Hand, weiter vorangebracht werden. Durch die räumliche Zusammenlegung von Leistungsangeboten sollen vorhandene Ressourcen besser ausgelastet werden.

b) Spezialisierung

Durch Ausweitung von Leistungsangeboten und Spezialisierungen soll auch in Zukunft das Leistungsniveau der Gesellschaft gehalten bzw. weiter ausgebaut werden.

c) Personalgewinnungs- und -entwicklungsmaßnahmen

Mitarbeiterbindung und Rekrutierung erreichen wir im Unternehmensverbund insgesamt durch den zielgerichteten Einsatz unserer Unternehmenskultur, die z. B. durch besondere Transparenz und die Integrative Managementkultur gekennzeichnet ist. Neben unserer marktgerechten Vergütung ermöglichen wir unseren Mitarbeitern umfangreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen wesentlichen Berufsfeldern des Gesundheitswesens. Wir setzen innovative Arbeitszeitmodelle um, informieren unsere Mitarbeiter umfassend, binden sie ein und gestalten die Arbeitsplätze leistungsgerecht und gesundheitsfördernd.

Nach Überprüfung der Risikolage kommen wir zu dem Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes zu dem Ergebnis, dass im Verbund umfangreiche Maßnahmen zur Risikominderung betrieben werden.

Dennoch wird der Wettbewerb um Fachkräfte sich vermutlich verschärfen und einige Einrichtungen des Gesundheitswesens ggf. auch vor große Probleme stellen.

Entsprechende Priorität genießt in unserem Unternehmensverbund die Stärkung der Arbeitgebermarke.

d) Qualitätsmanagement und Patientensicherheit

Bereits seit vielen Jahren liegt ein großes Augenmerk der Konzernaktivitäten auf einem umfassenden Qualitätsmanagement.

Mit einem wirksamen Qualitäts- und Risikomanagement ist das Klinikum Werra-Meißner für die umfassenden Gesetzgebungsverfahren zur Steigerung der Qualität und der Patientensicherheit gut gewappnet. In einer immer komplexeren Arbeitsumgebung, durch neue technische Herausforderungen und neue Gesetzgebungen gilt es, die Organisation und die Mitarbeitenden in diesem Veränderungsprozess zu unterstützen.

Mit den etablierten Instrumenten des Qualitätsmanagements werden Prozesse auf ihre Wirksamkeit und Effizienz bewertet. Dabei werden Prozessprobleme und -risiken laufend erfasst und bearbeitet. Projekte zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Patientenzufriedenheit werden initiiert.

Hygiene hat im Unternehmensverbund höchste Priorität. Es wurden verbindliche Hygienerichtlinien und -pläne festgelegt. Die Vorgaben basieren auf dem aktuellen Wissensstand und fußen unter anderem auf den gesetzlichen Vorgaben und den Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts. Unser Unternehmensverbund nimmt darüber hinaus an bundesweiten Aktionen zur Verbesserung der Hygiene wie z.B. „Aktion Saubere Hände“ teil.

3. Prognose

Für das Jahr 2019 streben wir trotz der dargestellten Risiken eine Leistungssteigerung im physio- und ergotherapeutischen Bereich im Vergleich zum Vorjahr an. Bei Umsatzerlösen von T€ 719,7 planen wir ein Ergebnis von T€ 8,0.

1.6 EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH

EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH
Monteverdistraße 2
34131 Kassel

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie die Veräußerung einer Kommanditbeteiligung an der EAM GmbH & Co. KG sowie von Aktien an der E.ON Mitte AG. Die Gesellschaft dient der Bündelung und Gruppierung ihrer Gesellschafter als mittelbare Gesellschafter der Kommanditgesellschaft.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/ -versammlung:	• Kreisvolkshochschule Südniedersachsen gGmbH (47,17%) • Eigenbetrieb „Volkshochschule, Jugend, Freizeit Werra-Meißner“ (20,53%) • Sozial- und Sportstiftung im Landkreis Northeim (13,40%) • Eigenbetrieb „Jugend- und Freizeiteinrichtungen des Lahn-Dill-Kreises“ (9,87%) • Landkreis Northeim (5,59%) • Landkreis Waldeck-Frankenberg (3,44%)
Geschäftsführer:	Claudia Berger (bis 12.06.2018) Simon Renziehausen Simone Schrickel (seit 12.06.2018)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	29.8.2013
Stammkapital:	25.000 €
Beteiligungen:	EAM GmbH & Co. KG (11,87%)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 12.05.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Kassel

Vergütung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführer erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr leistete die Gesellschaft keine Zahlungen zugunsten des Kreises. Ebenso leistete der Kreis keine Zahlungen zugunsten der Gesellschaft.

Bilanz

Aktiva	2018 Tsd. €	2017 Tsd. €	2016 Tsd. €
Anlagevermögen	67.816,7	65.032,3	58.912,5
Umlaufvermögen	3.566,0	3.990,0	5.594,4
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	**71.382,7**	**69.022,3**	**64.506,9**
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	25,0
Kapitalrücklage	54.176,0	54.176,0	54.176,0
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	16.932,8	14.701,6	9.347,3
	71.133,7	68.902,6	63.548,3
Rückstellungen	249,0	119,7	958,6
Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	**71.382,7**	**69.022,3**	**64.506,9**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018 €	2017 €	2016 €
Rohergebnis	2	13	6
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.912	24.978	28.516
Ergebnis aus Finanzanlagen	5.550.628	8.832.128	6.069.468
Zinsergebnis	1.358	344	146.123
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**5.526.076**	**8.807.507**	**6.187.080**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	1.046.633	1.204.853	1.684.124
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**4.479.443**	**7.602.654**	**4.502.956**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	-	-	-
Anlagenintensität in %	95,00%	94,22%	91,33%
Eigenkapitalquote in %	99,65%	99,83%	98,51%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,00	0,00	0,02

Lagebericht

I. Geschäftstätigkeit

Die EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH, Kassel (SVSG 3) ist als Kommanditistin beschränkt haftende Gesellschafterin der EAM GmbH & Co. KG (EAM), die ihren Sitz ebenfalls in Kassel hat. Geschäftszweck der SVSG 3 ist der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie die Veräußerung einer Kommanditbeteiligung an der EAM. Die SVSG 3 dient der Bündelung und Gruppierung ihrer Gesellschafter als mittelbare Anteilseigner der EAM-Gruppe. Darüber hinaus übt sie keine Geschäftstätigkeit aus.

Die EAM steht seit 1929 für die Energieversorgung in Deutschlands Mitte und ist einer der bedeutendsten Regionalversorger der Bundesrepublik. Die EAM-Gruppe betreibt Strom-, Gas- und Wassernetze in weiten Teilen Hessens, Südniedersachsens sowie in Teilen von Ostwestfalen, Westthüringen und Rheinland-Pfalz. Sie versorgt rund 1,3 Mio. Menschen mit Energie, wobei die Versorgungssicherheit im Stromnetz einen Platz in der Spitzengruppe aller deutschen Netzbetreiber belegt. Innovativ treibt die EAM-Gruppe die Energiewende voran und liefert Strom aus zu 100 % regenerativen Quellen. Sie plant und errichtet Anlagen zur Nutzung von Biomasse, Sonnenenergie sowie von Wind- und Wasserkraft. Außerdem plant, errichtet und betreibt sie Einrichtungen in den Bereichen Wärme, Kraft, Kälte sowie Druckluft und erbringt Dienstleistungen in allen vorgenannten Gebieten.

Mittelbare Anteilseigner der EAM waren im Berichtsjahr zwölf Landkreise, 113 Städte und Gemeinden sowie ein Zweckverband. Sie alle sind nicht direkt, sondern über Sammel- und Vorschaltgesellschaften beteiligt, die jeweils eine Kommanditbeteiligung halten. Die Beteiligungsquote der SVSG 3 an der EAM beträgt rund 11,871 %. Da alle mittelbaren EAM-Anteile in den Händen von Kommunen und Landkreisen liegen, ist die EAM auf maximale Weise mit der Region verbunden. Für sie leistet die EAM-Gruppe hohe Wertbeiträge in Form von Gehältern, Aufträgen an lokale Firmen, Konzessions- und Zinszahlungen, der Gewinnverteilung an die Gesellschafter sowie durch die Gewerbesteuer. Als der Energie-Partner vor Ort bietet sie ihren Gesellschaftern zudem die Möglichkeit, die Energiewende mitzugestalten.

II. Wirtschaftsbericht

1. Ertragslage

Die Beteiligungserträge der SVSG 3 werden aus der Kommanditbeteiligung an der EAM erzielt und lagen mit rund 5,6 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert von 8,8 Mio. €. Dieser Rückgang ist auf einen Sondereffekt im Jahr 2017 zurückzuführen.

Der Steueraufwand von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €) betraf die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag sowie im Vorjahr zu einem geringen Anteil auch die Gewerbesteuer. Der Rückgang gegenüber dem Geschäftsjahr 2017 wurde durch ein niedrigeres steuerlich zuzurechnendes Einkommen aus der EAM verursacht.

Der Jahresüberschuss ist der wesentliche finanzielle Leistungsindikator der SVSG 3. Das Geschäftsjahr 2018 schloss mit einem Jahresüberschuss von 4,5 Mio. € ab, der damit deutlich unter dem Vorjahreswert von 7,6 Mio. € liegt, jedoch vollumfänglich der Prognose für 2018 aus dem letzten Jahr entspricht. Ursache für den Rückgang gegenüber dem Geschäftsjahr 2017

waren die niedrigeren Beteiligungserträge. Insgesamt ist das Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 als positiv einzuschätzen

2. Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen, welches ausschließlich aus Finanzanlagen besteht, stieg zum Bilanzstichtag um 2,8 Mio. € auf 67,8 Mio. € und betrug 95,0 % des Gesamtvermögens (Vorjahr: 94,2 %).

Das Umlaufvermögen von 3,6 Mio. € ist gegenüber dem Vorjahreswert um 0,4 Mio. € gesunken. Dies resultierte hauptsächlich aus einem geringeren Bankguthaben.

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2018 belief sich damit auf 71,4 Mio. € und lag über dem Vorjahreswert von 69,0 Mio. €.

Das Eigenkapital stieg auf 71,1 Mio. € (Vorjahr: 68,9 Mio. €) und deckte zum Bilanzstichtag 99,6 % (Vorjahr: 99,8 %) der Bilanzsumme.

Die Rückstellungen erhöhten sich aufgrund eines Anstiegs der Steuerrückstellungen um 0,1 Mio. € auf 0,2 Mio. €.

Die Liquidität war im Berichtsjahr stets gesichert. Voraussichtlich im zweiten Quartal des Jahres 2019 wird die SVSG 3 die Auszahlung des entnahmefähigen Gewinnanteils aus der EAM für das abgelaufene Geschäftsjahr erhalten, so dass wieder ausreichende Mittel für die geplante Gewinnausschüttung des Jahres 2019 an die Gesellschafter und für alle anderen Zahlungsverpflichtungen bereitstehen werden.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Für das Geschäftsjahr 2019 wird ein höherer Jahresüberschuss der SVSG 3 als im Geschäftsjahr 2018 erwartet. Dieser Anstieg beruht auf einem Sondereffekt bei den Beteiligungserträgen ähnlich wie im Jahr 2017. Im Übrigen ist für das Geschäftsjahr 2019 geplant, den satzungsmäßigen Beteiligungsertrag aus der EAM wieder phasengleich zu vereinnahmen.

Da das Ergebnis der SVSG 3 weitgehend von den Beteiligungserträgen aus der EAM beeinflusst wird, liegen hierin auch die wesentlichen Chancen und Risiken der Gesellschaft.

Diese sind somit bestimmt durch die Chancen und Risiken der EAM und damit der EAM-Gruppe. Dort ist ein konzernweites Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, über welches regelmäßig in den Aufsichtsräten berichtet wird, deren Mitglieder von den Gesellschaftern gestellt werden. Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen sieht die EAM unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten keine bestandsgefährdenden Risiken. Chancen für das zukünftige Geschäft erkennt die EAM vor allem in der engeren Zusammenarbeit mit den kommunalen Auftraggebern sowie in ihrer Kompetenz und Leistungsfähigkeit, die in einem immer komplexer werdenden technischen und rechtlichen Umfeld Wege für neue Partnerschaften und Dienstleistungsangebote eröffnen.

Für die SVSG 3 werden derzeit keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken gesehen.

Geschäftsentwicklung der EAM-Gruppe

Der EAM-Geschäftsbericht, der Informationen über die Geschäftsentwicklung der EAM GmbH & Co. KG und des EAM-Konzerns im Jahr 2018 enthält, kann unter https://www.eam.de/ueber-uns/unternehmensportrait/geschaeftsberichte/ eingesehen werden.

1.7 Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH
Niederhoner Straße 54
37269 Eschwege
Telefon: 05651/7449-0, Telefax: 05651/7449-20
E-Mail: info@wfg-werra-meissner.de
Internet: www.wfg-werra-meissner.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung und Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur des Werra-Meißner-Kreises durch hierzu geeignete Maßnahmen.

Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Werra-Meißner-Kreis (26,32 %)
	Kreisangehörige Städte und Gemeinden (25,84%)
	IHK Kassel (19,14 %)
	Sparkasse Werra-Meißner (9,57 %)
	Volks- und Raiffeisenbank Werra-Meißner eG (9,57 %)
	Handwerkskammer Kassel (4,78 %)
	Kreishandwerkerschaft Werra-Meißner (4,78 %)
Aufsichtsrat:	Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender)
	Bürgermeister Thomas Eckhardt (Stellvertretender Vorsitzender)
	Bürgermeister Wilhelm Gebhard
	Kreistagsabgeordneter Karl-Heinz Schäfer
	Kreistagsabgeordneter Dirk Landau
	Hans-Jürgen Germerodt
	Hubertus Erner
	Frank Nickel
	Uwe Linnenkohl
Geschäftsführer:	Dr. Lars Kleeberg

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	1989
Stammkapital:	54.340 €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 13.05.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Vergütungen des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung

Für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats der Gesellschaft erhielten die Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 1.717,50 €.

Der Geschäftsführer Dr. Lars Kleeberg erhielt im Berichtsjahr Bezüge in Höhe von 131.884,30 €.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Gemäß § 8 des Gesellschaftervertrages der „Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH“ werden die Betriebsmittel von den kommunalen Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Stammeinlagen zueinander getragen, soweit die sachlichen und personellen Kosten nicht durch Einnahmen der Gesellschaft und die Zuführungen Dritter gedeckt sind.

Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

In den vergangenen Jahren hat der Werra-Meißner-Kreis folgende Aufwendungen geleistet:

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	2015
Betriebsmittelabschläge für:				
- Wirtschaftsförderung	279.098 €	453.314 €	196.244 €	388.850 €
- Verein für Regionalentwicklung Werra Meißner e.V.	34.176 €	67.730 €	33.866 €	67.730 €
- Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH[2]	0 €	0 €	0 €	135.000 €

Im Berichtsjahr wurden dem Werra-Meißner-Kreis 636,26 € für Personal- und Sachkosten erstattet.

[2] Durchlaufender Posten bei der WFG

Bilanz

Aktiva	2018	2017	2016
	€	€	€
Anlagevermögen	12.458	40.962	47.483
Umlaufvermögen	528.567	440.125	452.923
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**541.025**	**481.087**	**500.406**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	54.340	54.340	54.340
Gewinnvortrag	201	201	201
Jahresüberschuss (+) / - fehlbetrag (-)	0	0	0
	54.541	54.541	54.541
Rückstellungen	15.337	34.593	48.051
Verbindlichkeiten	471.146	391.953	397.814
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**541.025**	**481.087**	**500.406**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Umsatzerlöse	31.512	50.575	68.470
Sonstige betriebliche Erträge	510.297	551.691	471.773
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	414.757	417.987	406.407
Abschreibungen	5.529	12.459	12.778
Sonstige betriebliche Aufwendungen	121.125	171.278	120.989
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
Zinsergebnis	15	15	174
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**412**	**558**	**244**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	412	558	244
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**0**	**0**	**0**

Kennzahlen

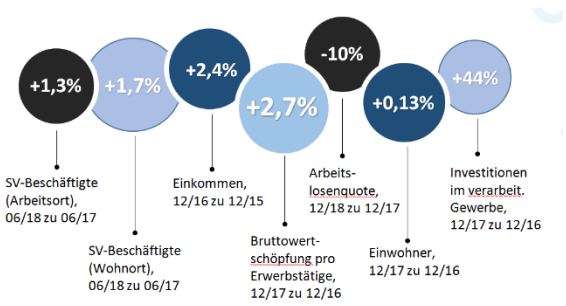
	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	4	5	5
Anlagenintensität in %	2,30%	8,51%	9,49%
Eigenkapitalquote in %	10,08%	11,34%	10,90%
Verschuldungsgrad (Faktor)	8,92	7,82	8,17

Lagebericht

1. Allgemeine Angaben

Entwicklung im Kreis

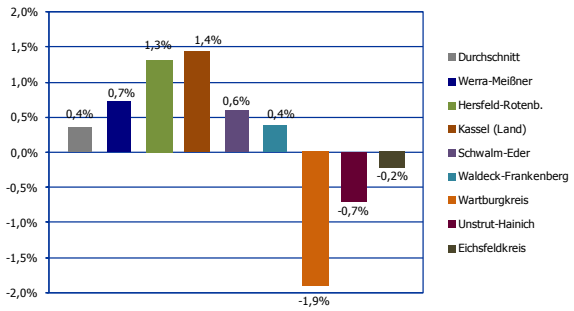
Die Wirtschaft im Werra-Meißner-Kreis hat sich auch in 2018 weiter positiv entwickelt. Im Vergleich fallen die Entwicklungslinien aber flacher aus als bei den Nachbarlandkreisen; obwohl auch in 2018 wieder in fast allen gängigen volkswirtschaftlichen Kennzahlen Wachstum nachweisbar ist, hat sich bei einzelnen Werten der Wachstumssprung im Vergleich zum letz-



ten veröffentlichten Wert reduziert. Bemerkenswert ist der deutliche Wachstumssprung bei den Investitionen im verarbeitenden Gewerbe.[3]

Im Vergleich hinkt der Werra-Meißner-Kreis aber den Nachbarlandkreisen hinterher. Beim Bevölkerungszuwachs bewegt sich der Kreis im 5-Jahresvergleich im Mittelfeld:

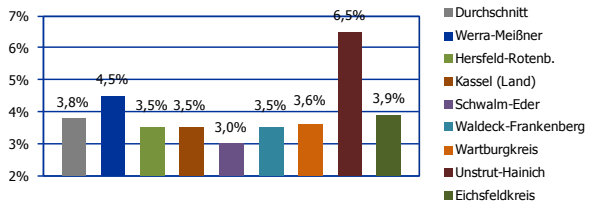
Neben diesen Kennzahlen, die stark unternehmensfokussiert die Entwicklung des Landkreises darstellen, kann der Werra-Meißner-Kreis aber auch bei den Kennzahlen punkten, die die Lebensqualität und damit das Umfeld der Arbeitgeber und -nehmer bewerten; bei einem bundesweiten Vergleich hat der Werra-Meißner-Kreis im Jahr 2018 bei einigen Werten einen Platz unter den besten 100 Kreisen und Städten in Deutschland belegt:[4]



- **Platz 34** bei der **Mietpreis-Einkommens-Relation** (Anteil des monatlichen Einkommens, der für eine 50 m² große Wohnung aufgewendet werden muss),
- **Platz 50** bei der **Immobilienkaufpreis-Einkommens-Relation** (Anzahl der Jahresnettoeinkommen, die für den Erwerb einer Immobilie aufgewendet werden müssen),
- **Platz 61** bei der **Wohnfläche je Einwohner in m²** (Faktor: 51,1 m², beste Region 67,6 m²),
- **Platz 86** bei **Schüler/-innen je Lehrkraft** (Faktor: 11,5, beste Region 9,7),
- **Platz 13** bei **Vorsorge- und Reha-Einrichtungen je 100.000 Einwohner** (Faktor: 7,9, beste Region 20,4),
- **Platz 31** bei **Vereine je 1.000 Einwohner** (Faktor: 10,7, beste Region 23,5),
- **Platz 99** bei **Ganztagsbetreuungsquote im Kindergartenalter** (Faktor: 56,6, schlechteste Region 5,5).

Diese Ergebnisse belegen, dass sich gute Lebensverhältnisse und eine florierende Wirtschaft nicht ausschließen, ganz im Gegenteil; in der Studie sind die Regionen, die beide Richtungen verfolgen, Spitzenreiter.

Der Werra-Meißner-Kreis gehörte Ende 2018 im Vergleich zu den Nachbarlandkreisen mit zu den Landkreisen mit den höheren Arbeitslosenquoten. Demzufolge haben dort die Arbeitsmärkte die Nachfrage nach Arbeitskräften besser befriedigen können.



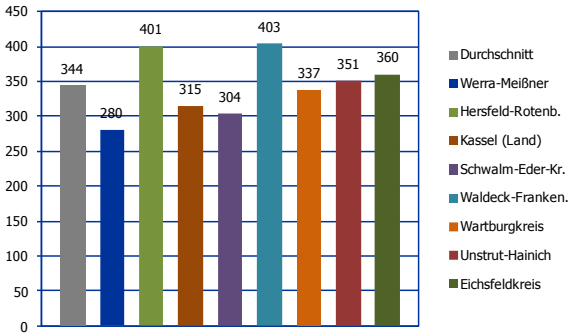
Daran lässt sich auch mit erklären, dass der Werra-Meißner-Kreis bei der Anzahl der SV-Beschäftigten ebenso hinter den anderen Landkreisen liegt. So wurden im Juni 2018 für den Werra-Meißner-Kreis 280 SV-Beschäftigte je 1.000 Einwohner gezählt.

Dennoch lässt sich seit den letzten Jahren im Werra-Meißner-Kreis ein positiver Entwicklungstrend auch bei den Unternehmensinvestitionen feststellen. Beweis dafür ist weiterhin

[3] Vgl. diverse Kennzahlenentwicklungen für den W.-M.-K., letzter veröffentlichter Wert im Vergl. zum Vorjahr, Statistisches Landes-/Bundesamt, Stand 12.2018

[4] Vgl. https://deutschland-studie.zdf.de/ (Studie der Prognos AG im Auftrag des ZDF, die in 2018 der Frage nachgegangen ist, wo es sich in Deutschland am besten lebt).

die nicht nachlassende Nachfrage nach Beratungsgesprächen. Ebenso stark sind die Anfragen nach freien Gewerbeflächen, vor allem nach größeren Flächen. Hier rückt der Werra-Meißner-Kreis immer mehr in den Vordergrund. Er wurde länger nicht beachtet, hat daher noch Flächengrößen für Gewerbeansiedlungen, die in den Ballungsräumen in dem Umfang und zu den Preisen nicht mehr vorhanden sind. Entsprechend gewinnt der Kreis auch für logistikintensive Unternehmen immer mehr an Bedeutung.



Entwicklung der WFG

Die WFG stellt als interkommunaler Dienstleister im Kreis eine breite Vielfalt zielgruppenspezifischer Beratungs- und Serviceangebote bereit. Diese können insbesondere Investoren, Gründer, Unternehmer, Arbeitnehmer, Auszubildende sowie Kommunen nutzen. Die WFG berät unentgeltlich und neutral, indem sie Wissen und Kontakte vermittelt, Best-Practice-Beispiele liefert, den Austausch zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Kommunen und Politik fördert und zur Verbesserung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen beiträgt. Bei Leistungen, die sie nicht selbst ausführen kann, organisiert sie verlässliche Angebote anderer Dienstleister für ihre Kunden.

Die WFG arbeitet dazu eng mit weiteren regionalen Partnerorganisationen (z. B. IHK und Kreishandwerkerschaft) zusammen. Mittels Förder- und Betriebsmitteln, Sponsoringbeiträgen und einer effektiven und effizienten Mittelverwendung ist die WFG damit in der Lage, entsprechendes Know-how anzubieten, das von den Kommunen im Kreis in dem Umfang, der Qualität und zu den Kosten einzeln nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Ziel dabei ist es, Doppelarbeiten zu vermeiden, Synergien zu nutzen, Kräfte zu bündeln und somit auch Ressourcen (Zeit und Geld) einzusparen.

Eine der wesentlichen Aufgaben in der Wirtschaftsförderung ist die Unterstützung der im Kreis vorhandenen Bestandsunternehmen. In dem Zusammenhang begleitet die WFG die Unternehmen bei einzelbetrieblichen Investitionsmaßnahmen von Beginn an. Neben der Erstellung optimaler Finanzierungspläne, unterstützt sie den Unternehmer bei der Beantragung von Fördermitteln und bei Gesprächen mit regionalen Banken und weiteren Institutionen. Daneben unterstützt die WFG z. B. auch bei der Nachfolgeplanung und berät in Managementthemen.

In 2018 hat die WFG ihre Leistungen kontinuierlich weiterentwickelt und auch um neue Angebote ergänzt. Damit verfolgt sie die in 2017 gestartete Neuausrichtung konsequent weiter. So hat die WFG bspw. die Beratung im Bereich Digitalisierung und Gesundheit durch neue Veranstaltungen, wie z. B. den Digitalisierungstag und Kooperationen mit der BKK oder auch Diploma Hochschule, erweitert. Diese Themen werden in Zukunft zu entscheidenden Wettbewerbsfaktoren für Unternehmen am Absatz- und Personalmarkt. Sie wirken in Zusammenhang mit den harten und weichen Standortfaktoren wie Verstärker für oder gegen eine Standortentscheidung, auch auf Arbeitnehmerseite. Kleinere Betriebe können diese Themen aufgrund fehlender Ressourcen und Know-how nur begrenzt oder überhaupt nicht bearbeiten. Vor dem Hintergrund muss die WFG diese und weitere Zukunftsthemen in Zukunft stärker proaktiv angehen und in ihr Beratungs- und Vermittlungsangebot aufnehmen.

Um dies zu erreichen, ist zukünftig auch eine zielgruppenspezifischere Ansprache notwendig, die branchen-, anlass- und personenbezogen direkte Hilfe anbietet (z. B. bezogen auf Investoren, Unternehmer, Young Professionals, Older Professionals, Gründer, Familien, Migranten, Hochschulen, Schüler, Schulen, Gastronomen, Logistiker etc.). Weiterhin ist die WFG gefordert, für mehr Transparenz zu sorgen, um attraktive Angebote in der Region, die nicht bekannt oder zu wenig beachtet wurden, sichtbarer zu machen. Dabei muss die WFG vernetzt arbeiten, um mit Partnern das Serviceangebot und die Unterstützungsleistungen für Betriebe in der Region breit und aufeinander abgestimmt anbieten zu können. Dabei ist insbesondere eine enge Kooperation der WFG mit den vor Ort ansässigen Institutionen wichtig. Zusätzliche kurze

Wege erleichtern den kontinuierlichen Austausch untereinander. Zusammen mit der IHK Kassel-Marburg, Servicezentrum Werra-Meißner, dem Verein für Regionalentwicklung e. V. und auch der Werratal Tourismus Marketing GmbH / Geo-Naturpark Frau-Holle-Land werden Projekte initiiert und umgesetzt. Eingebunden ist auch die Kreishandwerkerschaft, mit der ebenfalls eine sehr gute Zusammenarbeit besteht (z. B. bei der Durchführung von Vortragsveranstaltungen).

Zu den Serviceangeboten und Beratungsleistungen der WFG in Kooperation mit den umliegenden Institutionen gehörten im zurückliegenden Jahr z. B.:

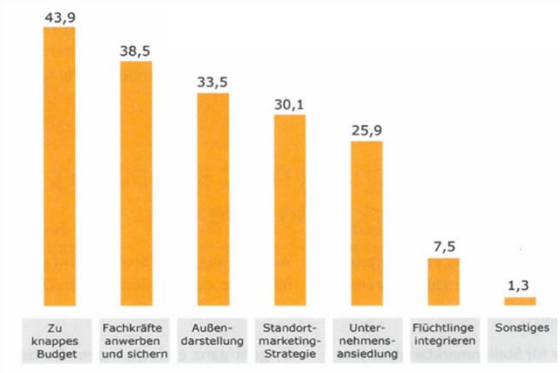
- Durchführung von Marketingaktivitäten
- Vermarktung von Gewerbeflächen
- Betreuung von Ansiedlungskontakten
- Klärung von Unternehmensnachfolgen
- Forcierung von Unternehmenskooperationen
- Vermarktung von Gewerbeobjekten
- Durchführung von Impulsveranstaltungen
- Durchführung von / Beteiligung an Messen
- Ausbildungsplatzaktionen
- Vermittlung von Kontakten
- Projektbegleitung bei Land(auf)Schwung
- Beratung bei Energieeffizienzmaßnahmen
- Begleitung von FuE-Projekten mit/für Unternehmen
- Koordination der Breitbandversorgung des Kreises
- Beratung in Zukunftsthemen

Um die Zielgruppen der WFG im Kreis bestmöglich zu unterstützen, setzt sie anlassbezogen und zielgruppenspezifisch an. Die Vorteile der Region, aber auch der Unternehmen, Gründer etc. versucht die WFG mit Kampagnen, Ausbildungsmessen und -börsen sowie Veranstaltungen in Schulen und Kommunen stärker sichtbar zu machen. Bei den Zukunftsthemen wie z. B. Digitalisierung, Gesundheitsmanagement und Arbeitszeitflexibilisierung hält die WFG für die Unternehmen zahlreiche Beratungs- und Förderangebote bereit. Sie spricht aktiv potenzielle Investoren an und versorgt sie mit vielfältigen Standortinformationen. Die WFG unterstützt Kommunen u. a. bei der Entwicklung von Gewerbeflächen und Anbindung mit Breitband. Aber auch bei den Themen Betriebsnachfolge, Qualifizierung und Gründung setzt sie mit an. Das breite Spektrum von Beratungs-, Betreuungs- und Serviceleistungen für die heimische Wirtschaft zielt auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, um so die Wirtschaftskraft des Werra-Meißner-Kreises und seiner Städte und Gemeinden zu verbessern, neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen und vorhandene zu sichern.

Auf folgende Fragestellungen muss die WFG antworten können:

- Wer sind ihre Kunden und was erwarten sie von der WFG?
- Wie schafft die WFG im Rahmen kommunaler Strukturen und Budgets Angebote, die ihre Zielgruppen erreichen und benötigen?
- Wie kann die WFG Investoren und Fachkräfte langfristig an die Region binden?
- Welche Kommunikationswege sollte die WFG am besten nutzen?
- Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Unternehmer, Kommunen und Institutionen am besten organisiert werden?
- Wie kann die WFG die Gesellschafter und Politik von ihrer Leistung überzeugen?

Diese Fragestellungen leiten sich von den generellen Herausforderungen ab, vor denen Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Deutschland aktuell und zukünftig stehen:



Quelle: Deutschlandweite Umfrage der index Agentur GmbH, Juli 2017

Vor dem Hintergrund verfolgt die WFG auch das Ziel, ihren Kundenfokus weiter zu schärfen, sich mehr auf Zukunftsthemen auszurichten und zielgruppenspezifischer, transparenter und vernetzter zu agieren.

In dem Zusammenhang hat die WFG 526 Investoren, Firmen, Gründer, Kommunen und Privatpersonen in 2018 beraten.

2. Geschäftsverlauf

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich keine wesentlichen Änderungen im Geschäftsverlauf ergeben.

3. Lage der Gesellschaft

Die im Berichtsjahr durch die kommunalen Gesellschafter geleisteten Betriebsmittelzahlungen für die WFG lagen bei 485,4 T€.

Die darüber hinaus nach dem WFG-Verteilerschlüssel eingezogenen Finanzmittel in Höhe von 67,7 T€ sind Betriebsmittel für den Verein für Regionalentwicklung e. V. (VfR), die an diesen zur Deckung der Betriebskosten weitergereicht wurden. Da es sich bei diesen Finanzmitteln um einen durchlaufenden Posten handelt, der nicht originär der WFG zuzurechnen ist, sind diese Mittel nicht in den oben genannten Betriebsmittelzahlungen für die WFG enthalten.

Im Berichtsjahr lagen die durch Umsatzerlöse, Fördermittel und kommunale Betriebsmittel erzielten Einnahmen der WFG über ihren Ausgaben, so dass sich dadurch die Verbindlichkeiten gegenüber den kommunalen Gesellschaftern um 37,1 T€ zzgl. 37,5 T€ aufgrund weiterzuleitender Mittel aus der Auflösung der Werratal Energie- und Umweltgesellschaft mbH i. L. (WEGE) an den Landkreis Werra-Meißner auf 464,5 T€ (389,9 T€) erhöht haben. Per Saldo konnte das Jahr 2018 mit einem Ergebnis von 0,0 T€, wie im Vorjahr, abgeschlossen werden.

Die Finanzlage der WFG ist geordnet, Zahlungsverpflichtungen können erfüllt werden. Per Jahresende konnte die WFG ein Finanzpolster von 526,1 T€ (431 T€) vorweisen. Das Bilanzvolumen ist im Vergleich zum Vorjahr (481,1 T€) mit 541 T€ gestiegen. Das Anlagevermögen liegt mit 12,5 T€ (aufgrund von Abschreibungen und nicht mehr vorhandener Anteile aufgrund der Auflösung der WEGE GmbH) unter dem Vorjahresvolumen (40,9 T€).

4. Chancen und Risiken

Im Jahr 2019 wird es keine gravierenden Veränderungen in den Geschäftsaktivitäten geben, die sich in finanzieller Hinsicht auswirken. Die Finanzierung der Gesellschaft ist durch die satzungsgemäße Verpflichtung der kommunalen Gesellschafter zur Deckung der Betriebskosten gesichert. Für das Jahr 2019 wird ebenfalls mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

Seit dem Geschäftsführerwechsel im September 2017 ist damit begonnen worden, erste Anpassungen in und um die WFG herum vorzunehmen. Diese betreffen vor allem den Außenauftritt (z. B. Veränderung der Homepage), die Kommunikationsmittel (z. B. Einführung eines e-Papers) und das Beratungs- sowie Leistungsangebot (z. B. Erweiterung um Beratungsangebote im Bereich Digitalisierung). Aufgrund einer noch nicht erfolgten separaten Budgetierung wurden bisher nur kleinere Anpassungen durchgeführt. Die komplette Neuausrichtung wird in 2019 realisiert; dazu sind größere Anpassungen notwendig, für die die WFG-Gesellschafter in 2018 separate Budgetmittel für 2019 freigegeben haben.

5. Sonstige Angaben und Zusammenfassung

Die Vermögenssituation der WFG ist unverändert. Größere Investitionen wurden nicht getätigt. Die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel durch die kommunalen Gesellschafter für das Jahr 2018 ist erfolgt, so dass die entstandenen Betriebskosten der WFG mit gedeckt werden konnten.

Für die Tochtergesellschaft WEGE wurde die Auflösung zum 31.12.2016 beschlossen und entsprechende formelle Maßnahmen eingeleitet, damit die Gesellschaft im Handelsregister endgültig gelöscht werden kann. Die Aufgaben der WEGE wurden gestrafft und an den Landkreis und z. T. auch an die WFG übergeben.

Über ein Forderungsausfallrisiko hinausgehende Risiken bestehen aufgrund der besonderen Eigentümerstruktur und der spezifischen Betätigung der WFG nicht.

Die Vergütung des WFG-Personals erfolgt in Anlehnung an den TVöD in seiner jeweils gültigen Fassung.

1.8 Breitband Nordhessen GmbH

Breitband Nordhessen GmbH
Ständeplatz 13
34117 Kassel
Telefon: 0561/97062-14, Telefax: 0561/97062-22
E-Mail: info@breitband-nordhessen.de
Internet: www.breitband-nordhessen.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den gesamten Kreisgebieten der Gesellschafter mit Ausnahme der Stadt Kassel mit hochleistungsfähigen NGA-Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen passiven Telekommunikationsinfrastruktur sowie deren Unterhaltung und Verwaltung, insbesondere durch Vermietung an einen oder mehrere Vertragspartner, oder durch die Förderung von Breitbandausbaumaßnahmen anderer Unternehmen.

Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Landkreis Hersfeld-Rotenburg (20 %)
	Landkreis Kassel (20 %)
	Landkreis Waldeck-Frankenberg (20 %)
	Schwalm-Eder-Kreis (20 %)
	Werra-Meißner-Kreis (20 %)
Geschäftsführer:	Kathrin Laurier

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2014
Stammkapital:	25.000 €
Beteiligungen:	Keine
geprüfter Jahresabschluss:	Vom 15.04.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Vergütung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführerin Frau Kathrin Laurier erhielt im Berichtsjahr Bezüge in Höhe von 61.160,- €.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Der Werra-Meißner-Kreis hat der Gesellschaft im Berichtsjahr ein verzins- und rückzahlbares Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt in Höhe von 932.800,89 € zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug erhielt der Landkreis für Gesellschafterdarlehen im Dezember 2018 eine Zinszahlung in Höhe von 18.951,73 € von der Gesellschaft.

Bilanz

Aktiva	2018	2017	2016
	€	€	€
Anlagevermögen	83.210.701	60.458.596	17.277.306
Umlaufvermögen	27.692.284	16.060.732	19.615.659
Rechnungsabgrenzungsposten	223.252	109.641	149
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	4.712.723	2.374.417	1.343.443
Bilanzsumme	**115.838.960**	**79.003.385**	**38.236.556**
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
Verlustvortrag	-2.399.417	1.368.443	621.309
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	-2.338.306	-1.030.974	-747.134
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	4.712.723	2.374.417	1.343.443
	0	0	0
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
Rückstellungen	21.750	15.530	19.210
Verbindlichkeiten	109.400.543	72.221.189	38.217.346
Rechnungsabgrenzungsposten	6.416.667	6.766.667	0
Bilanzsumme	**115.838.960**	**79.003.385**	**38.236.556**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Umsatzerlöse	431.577	333.200	1.905
Sonstige betriebliche Erträge	21.254	225.009	614
Materialaufwand	0	70.380	0
Personalaufwand	282.456	200.134	83.555
Abschreibungen	1.464.389	326.418	1.973
Sonstige betriebliche Aufwendungen	261.966	558.668	565.946
Zinsergebnis	-782.188	-433.375	-98.064
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-2.338.168**	**-1.030.765**	**-747.019**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	138	209	115
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**-2.338.306**	**-1.030.974**	**-747.134**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	5	3	1
Anlagenintensität in %	71,83%	76,53%	45,19%
Eigenkapitalquote in %	0,00%	0,00%	0,00%
Verschuldungsgrad (Faktor)	Kein Eigenkapital	Kein Eigenkapital	Kein Eigenkapital

Lagebericht (Auszug)

I. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

a) Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland:

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2018 gemäß dem ersten Jahresergebnis des Statistischen Bundesamts um real 1,5 % gewachsen, so dass die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Jahr 2018 eine abgeschwächte Dynamik aufwies.

Der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) für 2018 mit 1,5% gegenüber dem Vorjahr fällt damit schwächer aus, als noch in der Herbstprojektion der Bundesregierung unterstellt wurde (+1,8 %).

Ursache für die nachlassende Dynamik war zum einen die sich abschwächende Weltwirtschaft. Hinzu kamen zum anderen temporäre Produktionsbelastungen im Zuge der Umstellung der Standards für die Abgasmessung im Automobilsektor. Zudem wurde in anderen Industriebranchen die Produktion zurückgefahren.

Die wirtschaftliche Dynamik 2018 wurde vor allem durch binnenwirtschaftliche Kräfte getragen. Der starke Beschäftigungsaufbau sowie steigende Einkommen begünstigten den privaten

Konsum, der sich gegenüber dem Vorjahr um 1,0 % erhöhte. Das Konsumklima blieb laut dem Konsumklimaindex der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Dezember 2018 weiterhin stabil und mit saisonbereinigt 10,4 Punkten auf einem sehr hohen Niveau. Auch staatliche Konsumausgaben verzeichneten einen Anstieg von 1,1 %.

Gleichzeitig war die Investitionstätigkeit robust. Investitionen in Ausrüstungen und Bauinvestitionen verzeichneten einen Anstieg von 4,5 % beziehungsweise 3,0 %. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 % gestiegen, während Importe mit einem Anstieg von 3,4 % einen stärkeren Zuwachs verzeichneten. Damit bremste der Außenbeitrag das deutsche Wachstum rein rechnerisch um 0,2 Prozentpunkte.

Weiterhin setzte sich in 2018 die positive Arbeitsmarktentwicklung weiter fort: Die Zahl der Arbeitslosen ist im Jahresdurchschnitt auf 2,34 Millionen Personen gesunken. Die Arbeitslosenquote lag bei 5,2 % und damit 0,5 Prozentpunkte unter der Quote des Vorjahres. Die Erwerbstätigkeit ist im Jahresdurchschnitt um 1,3 % gestiegen und erreichte mit 44,83 Millionen Personen einen Höchststand seit der deutschen Einheit. Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern und das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot bleiben auf hohem Niveau. Zunehmende Knappheiten sind jedoch beim Arbeitskräfteangebot zu vermerken. Steigende Vakanzzeiten deuten auf Schwierigkeiten bei Besetzungsprozessen hin.

Das Verbraucherpreisniveau hat mit einem Anstieg von 1,7 % gegenüber dem Vorjahr im Dezember 2018 einen merklich geringeren Anstieg als in den Vormonaten verzeichnet. Dies ist insbesondere auf den verminderten Preisdruck durch Erdölprodukte zurückzuführen.

Für 2019 ist mit einer gebremsten Aufwärtsbewegung zu rechnen. Eine Abschwächung der globalen Konjunktur sowie eine spürbare Verlangsamung des Welthandels dämpfen die Dynamik der deutschen Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung ihre Erwartungen zum Wirtschaftswachstum 2019 auf 1,0 % reduziert. (Quelle: BMF Monatsbericht Januar 2019 und Bundesbankbericht Monat Februar 2019)

b) Branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland:

Die Digitalisierung ist der wohl gravierendste Umbruch unserer Zeit. Neue Technologien und Dienstleistungen durchdringen nahezu jeden Bereich des täglichen Lebens und Wirtschaftens. Die flächendeckende Versorgung unseres Landes mit leistungsstarken Breitbandanschlüssen und der in einem weiteren Schritt notwendige Aufbau von Gigabitnetzen sind daher Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und steigenden Wohlstand.

Etwa die Hälfte (51 %) aller deutschen Unternehmen mit Zugang zum Internet und mindestens 10 Beschäftigten verfügte im Jahr 2018 über einen schnellen Internetanschluss. Darunter wird ein fester Breitbandanschluss mit einer vertraglich vereinbarten Datenübertragungsrate von mindestens 30 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) verstanden.

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, lag Deutschland damit wie in den Vorjahren im europäischen Mittelfeld und knapp über dem Durchschnitt aller EU-Mitgliedstaaten (48 %). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der Unternehmen mit schnellem Internet in Deutschland um 9 Prozentpunkte (2017: 42 %) gestiegen. Der EU-Durchschnitt stieg mit +8 Prozentpunkten etwas schwächer (2017: 40 %).

Die Spitzenplätze in der Europäischen Union belegten im Jahr 2018 Schweden und Dänemark (jeweils 75 %), die Niederlande (70 %) und Portugal (69 %). Am geringsten verbreitet war schnelles Internet bei Unternehmen in Griechenland (33 %), Italien (32 %) und Frankreich (31 %).

Innerhalb Deutschlands ergeben sich für die Haushalte hinsichtlich der Verfügbarkeit eines Internetanschlusses bei einer gewissen Bandbreite Unterschiede aufgrund ihrer Örtlichkeit. So betrug 2018 die Verfügbarkeit bei einer Bandbreite von bis zu 30 Mbit/s in Deutschland im städtischen Bereich 95,7 % (Vorjahr: 94,4 %); im halbstädtischen Bereich 76,0% (Vorjahr: 77,5 %) und im ländlichen Bereich 64,3 % (Vorjahr: 55,1 %) (Quelle: TÜV Rheinland, Stand: Mitte 2018).

Allerdings beträgt die Verfügbarkeit der Haushalte für einen Breitbandzugang mit Glasfasertechnologie auch auf der letzten Meile in Deutschland im ländlichen Bereich 3,6 % und im städtischen Bereich 12,4 %. (Quelle: TÜV Rheinland, Stand: Mitte 2018).

c) Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft wurde im Jahr 2014 gegründet. Das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2018 war zu Beginn geprägt durch konkrete Meilensteine in der Projektumsetzung. Die Baumaßnahmen wurden in 38 weiteren Bauabschnitten fortgesetzt, wovon 23 Bauabschnitte bis zum Jahresende fertiggestellt wurden.

Damit sind aktuell 42 Bauabschnitte bauseitig abgeschlossen und 321 Ortsteile an den Betreiber NCK zur Installation und Inbetriebnahme übergeben worden. 5 Bauabschnitte sind derzeit in einer fortgeschrittenen Bauphase, 13 Bauabschnitte sind neu im Bau bzw. für einen Baubeginn bis Mitte 2019 in Planung.

Bis Ende 2018 wurden 1.063 Multifunktionsgehäuse (MFG) gesetzt und davon 969 MFGs und 44 Datenkonzentratorgehäuse (DAKOs) abgenommen. Die bisher fertiggestellte Trassenlänge beträgt rd. 1.500 km.

Die Bauleistung des Generalunternehmers liegt dabei bislang über dem vertraglich vereinbarten Ausbauwert.

In 2018 erfolgte auch ein erster Mittelabruf der bewilligten ELER-Zuschüsse. Im Rahmen der Prüfung durch die Bewilligungs- und Kontrollbehörden wurden keine Verstöße festgestellt und die abgerufenen Zuschussmittel für 41 Ortsteile in 6 Bauabschnitten wurden in voller Höhe (TEUR 2.073,46) ausgezahlt.

Einsatz von Vectoring

Der Einsatz der Vectoring-Technologie steht nun bevor, was den Endkunden die Möglichkeit eines Breitbandanschlusses von bis zu 100 Megabit/s im Download (angeboten von der Netcom Kassel) ermöglichen würde. Prinzipiell sind bislang durch die europäische Kommission drei Vetcoring-Produkte für VULA (die der Deutschen Telekom, der DNS:NET und der NetCologne) zugelassen. Das von der Netcom Kassel eingesetzte Produkt für einen freien Netzzugang wurde der BNG Anfang 2018 übermittelt. Allerdings muss die Netcom Kassel den Einsatz von Vectoring bzw. das eingesetzte VULA-Produkt in jedem Fall durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) freigeben lassen. Wir rechnen derzeit mit einem Einsatz der Technologie durch die Netcom bis Mitte 2019.

Zusatzvereinbarung mit Netcom Kassel

Der erste Zusatzvertrag zum Betreibervertrag mit der NCK wurde von beiden Seiten am 04.12.2017 unterschrieben. Da die vorgenannte Zusatzvereinbarung zunächst nur die dringlichsten Regelungsaspekte umfasst, wird in jedem Fall noch eine weitere Zusatzvereinbarung zu schließen sein:

- Offen stehen noch präzisierende Regelungen zum detaillierten Reporting und zu Netzzugriffsregeln für NCK bei deren FTTH/FTTB-Ausbau zur Anbindung von „Individualkunden“. Zu den offenen Punkten fanden in 2018 mehrere Abstimmungsgespräche statt. In 2019 sollen diese fortgeführt werden und die Regelungen für diese Punkte im Rahmen einer zweiten Zusatzvereinbarung zum Netzbetreibervertrag festgehalten werden.

Breitbandgipfel 2018 in Bad Arolsen

Am 20. November 2018 fand in Bad Arolsen (Landkreis Waldeck-Frankenberg) ein Breitbandgipfel Nordhessen statt. Hier erhielten vor allem Bürgermeister und Bauämter der nordhessischen Gemeinden Einblicke in die neuen Ausbauplanungen für das erste Halbjahr 2019 und Ausblicke auf zukünftige Entwicklungen beim Internet-Ausbau. Rund 100 Teilnehmer aus den Gemeinden und der Wirtschaft bestätigten dabei das starke Interesse am kommunalen nordhessischen Breitbandausbau.

Im Voraus können verbindliche Planungsfenster von einem halben Jahr festgelegt werden, da erforderliche Trassenbegehungen und Genehmigungen die Planungen beeinflussen. Entsprechend wurden dann die verbindlichen Planungsfenster für das erste Halbjahr 2019 Ende 2018 auf der Website der Breitband Nordhessen GmbH veröffentlicht.

Beim Bau des neuen Breitbandnetzes werden Leerrohre verlegt, in die später Glasfaserkabel eingeblasen werden, die so den schnellen Datentransport überhaupt erst ermöglichen. Sogenannte Multifunktionsgehäuse in den einzelnen Orts- und Stadtteilen dienen dabei als Koppelstationen, in denen die aktive Technik des Netzbetreibers installiert wird. Nach Übergabe eines Bauabschnittes der Breitband Nordhessen an die Netcom müssen dann noch Stromanschlüsse, die Teilnehmer-Anschluss-Leitung inklusive Tiefbauarbeiten fertiggestellt und Technik durch die Netcom Kassel installiert werden.

Gigabitstrategie Nordhessen

Die sich derzeitig rasant vollziehenden Entwicklung im Kontext des Ausbaus von Glasfaseranbindungen bis in jedes Haus machen auch für die BNG die Entwicklung einer Umsetzungsstrategie zum Gigabitausbau in Nordhessen erforderlich:

- Die Entwicklungen im Bundesförderprogramm setzen klare Anreize bzw. sogar Erfordernisse, zukünftig ausschließlich FTTB-Infrastrukturen zu errichten.
- Die Landespolitik in Hessen spricht sich über nahezu alle Parteien hinweg für eine flächendeckende FTTB-Erschließung Hessens aus.
- Private Marktteilnehmer gehen zum Teil eigenständig in den kommunalen FTTB-Ausbau (eine Nicht-Reaktion ließe unseren Netzbetreiber mittel- bis langfristig mit einer wettbewerbsnachteiligen Anbindungstechnologie zurück).

Aus verschiedensten Gründen kann nicht sofort mit einem flächendeckenden FTTB/H-Ausbau begonnen werden. Eine vorliegende Zielnetzplanung überbrückt diese zeitliche Lücke sinnvoll, indem sie aufzeigt, wie der langfristige und gezielte Ausbau eines FTTB/H-Netzes vorbereitet und begleitet werden kann. Zielnetzplanungen sind daher essentieller Bestandteil der nordhessischen Gigabitstrategie:

- Als Entscheidungshilfe bei der Beantwortung der Frage, ob und ggf. welche Infrastrukturelemente bei anstehenden linienhaften Tiefbauarbeiten in den Städten und Gemeinden mit zu verlegen sind.
- Zur Vorbereitung konkreter Umsetzungen von FTTB/H-Erschließung in einzelnen Kommunen/Städten bzw. dem gesamten Ausbaugebiet der BNG (u. a. Grundlage für Fördermittelbeantragung).

Eine Zielnetzplanung befriedigt somit implizit auch die Anforderungen, die sich für Städte und Kommunen aus dem Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze (DigiNetzG) ergeben. Dieses Gesetz regelt u.a. Ansprüche auf Koordinierung von Bauarbeiten, Mitverlegungen sowie Mitnutzung von Kabelführungseinrichtungen durch Dritte.

Um zu ermöglichen, dass ein über eine Zielnetzplanung errichtetes Netz später auch die für relevante Betreiber notwendigen Kapazitäten und technischen Voraussetzungen bereitstellt, muss vorab eine möglichst anbieter- und technikneutrale Leerrohr-Planung erfolgen. Eine adäquate Planung des Trassenverlaufes und der Dimensionierung der Elemente eines Glasfasernetzes erfordert dabei eine detaillierte Berechnung der benötigten Fasermengen auf allen Netzebenen im gesamten Planungsgebiet.

Der Evolutionsprozess zu einer Gigabitregion in Nordhessen und die hiermit verbundenen Maßnahmen werden über einen Dreistufenplan adressiert. Die Stufen der Projektumsetzung gestalten sich dabei wie folgt:

- Stufe 1 – Projektstrukturierung (organisatorisch wie ablauftechnisch; juristische und beihilferechtliche Klärungen)
- Stufe 2 – (Vorbereitende) kommunale FTTB/H-Zielnetzplanungen

- Stufe 3 – Umsetzung des kommunalen Gigabitausbaus (Infrastrukturerrichtung auf Basis entsprechender Förderprogramme)

Geförderte Erschließung von Schulen

Die Gesellschafter der BNG haben die Einreichung eines entsprechenden Förderantrags beschlossen. Die Einreichung soll zum nächstmöglichen Abgabetermin durch die BNG erfolgen (abhängig von der Öffnung des nächsten Förderfensters). Zwei notwendige Markterkundungsverfahren (MEV) wurden ab August umgesetzt.

Zwischenzeitlich hat sich nun gezeigt, dass seitens der Landkreise aber verstärkt auch die Aufnahme von Schulen in das Förderverfahren gewünscht wird, für die der jeweilige Landkreis nicht Schulträger ist. Diesbezüglich gab es einige Nachmeldungen. Dies erhöht somit nun die Antragskomplexität deutlich, weshalb die Überlegungen hinsichtlich des konkreten Vorgehens im Hinblick auf die Fördermittebeantragung und Projektumsetzung nochmals geschärft und fortgeführt wurden. Die Antragstellung wird nun getrennt nach Schulen in öffentlicher und Schulen in privater Trägerschaft erfolgen.

Im Hinblick auf geplante Schulanbindungen über das Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau hat sich zudem eine wichtige Änderung ergeben, die auch die Förderantragstellung in Nordhessen betrifft: So hat der Bund am 15.11.2018 einen Sonderaufruf zur Anbindung von Schulen und Krankenhäusern veröffentlicht. Vor diesem Hintergrund mussten die bereits geleisteten Vorbereitungen für die Beantragung von Schulerschließungen angepasst und noch um die bis dahin nicht berücksichtigten Krankenhäuser ergänzt werden. Dies erfolgte umgehend und kurzfristig noch im November 2018.

Bei der formalen Antragstellung im Rahmen des Bundesförderprogramms Breitband ergaben sich dann aber aufgrund von Einschränkungen und Fehlern der Beantragungsplattform des Projektträgers leider weitere Hürden.

Geförderte Erschließung von Gewerbebetrieben

Anfang des Jahres wurde nach notwendigen Rücksprachen mit relevanten Kommunen eine eingehende Analyse in Bezug auf eine geförderte Gewerbegebietserschließung vorgenommen. Hierbei ergab sich, dass am Ende gerade einmal in 13 Kommunen förderfähige Anschlusspunkte in Gewerbegebieten vorlagen. Ausgehend von dem bislang gültigen Förderprogramm bedeutete dies allerdings zudem, dass sich die Förderfähigkeit dabei nicht auf ganze Gewerbegebiete, sondern lediglich auf die hierin NGA unterversorgten (vereinzelten) Anschlusspunkte bezog.

Auf Basis der vorgenannten Ergebnisse und insbesondere der Tatsache, dass lediglich einzelne Gewerbebetriebe überhaupt in eine Förderung gebracht werden können (Unverhältnismäßigkeit des Aufwands einer Förderantragstellung) wurden bislang von kommunaler Seite keine Förderanträge zur Gewerbeerschließung gestellt. Aktuell vollzieht sich nun ein Wandel in der Förderkulisse, die ein erneutes Engagement sinnvoll erscheinen lassen könnten.

Initiative zur Nachverdichtung

Im Rahmen einer Nachverdichtungsstudie hat die BNG Ende 2016/Anfang 2017 prüfen lassen, welche Anschlusspunkte auch nach Ausbau der BNG nach wie vor förderfähig unterversorgt sind. Auf Basis dieser Ergebnisse und der damit verbundenen Abschätzung der Eigenanteile im Falle eines geförderten Ausbaus haben sich die Gesellschafter der BNG zunächst seinerzeit gegen ein entsprechendes, zusätzliches Ausbauprojekt entschieden.

Die Gesellschafter der BNG möchten sich der Nachverdichtungsthematik nun erneut annehmen. Ziel ist eine aktuelle Abschätzung der unterversorgten Anschlusspunkte sowie der potentiell notwendigen Investitionsmittel (und somit Eigenanteile im Falle einer Förderung) für jeden der Landkreise. In Vorbereitung möglicher Förderanträge im Bundesförderprogramm für ein Nachverdichtungsprojekt wurde die bestehende Nachverdichtungsstudie daher aktualisiert.

Die Untersuchungen im Rahmen der Überarbeitung der Versorgungsanalyse ergaben dabei insbesondere auch, dass in den Nahbereichen der Hauptverteiler (Ausbaugebiet der Telekom Deutschland) unterversorgte Anschlüsse verbleiben dürften:

- Diese Anschlüsse werden formal als nicht förderfähig betrachtet, da für die Nahbereiche eine Eigenausbauerklärung der Telekom Deutschland vorliegt.
- Bei entfernt liegenden Anschlüssen des Nahbereichs werden jedoch trotz einer Erschließung durch die Telekom hier keine Bandbreiten von 30 Mbit/s erreicht werden.
- Sollte trotz des Einschlusses dieser Anschlüsse in die Eigenausbauerklärung der Telekom Deutschland doch eine Förderung durch das Bundesförderprogramm möglich sein, so wäre die Berücksichtigung in einem Nachverdichtungsprojekt ggf. sinnvoll.

Eine Anfrage bezüglich der Förderfähigkeit dieser Anschlüsse wurde an den Projektträger gestellt. Es liegt bislang keine verbindliche Rückmeldung des Projektträgers vor. Ein potentielles Nachverdichtungsprojekt würde somit aus aktueller Sicht für das Gesamtbetrachtungsgebiet ca. 4.000 Anschlüsse umfassen.

d) Lage

a) <u>Ertragslage</u>

Das Geschäftsjahr 2018 schließt wie das Vorjahr mit einem geplanten Jahresfehlbetrag infolge von Vorbereitungs- und Anlaufmaßnahmen für den eigentlichen Geschäftszweck ab. Die Erhöhung des Jahresverlustes um rd. TEUR 1.307,3 im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 2.338,3 ist im Wesentlichen durch den geplanten weiteren Aufbau der Organisationsstruktur, höhere Zinszahlungen für die erfolgten Darlehensaufnahmen und höhere planmäßige Abschreibungen auf das bisher fertiggestellte Anlagevermögen begründet.

Ein Vergleich der Ertragslage mit dem Wirtschaftsplan des Jahres 2018 zeigt allerdings, dass der im Wirtschaftsplan geplante Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 2.437,7 unterschritten wurde (um rd. TEUR 99,4). Die Gründe hierfür liegen im Wesentlichen in geringeren Kosten für externe Beratungsleistungen und Instandhaltung, die nicht im geplanten Umfang eingetreten sind.

Die erzielten Erlöse setzen sich hauptsächlich aus der für 2018 anteiligen Konzessionsgebühr, die im Mai 2017 durch den Netzbetreiber entrichtet wurde und Erlösen aus den Mieteinnahmen für durch den Netzbetreiber angeschlossene Teilnehmer. Im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2018 sind die Mieteinnahmen aus Teilnehmeranschlüssen jedoch deutlich geringer ausgefallen. Dies lag zum einen an anfänglichen technischen Problemen auf Seiten des Netzbetreibers beim Anschluss der Multifunktionsgehäuse und damit einhergehenden Verzögerungen beim Kundenanschluss, zum anderen in durch den Netzbetreiber deutlich weniger akquirierten Kunden als geplant. Weiterhin konnten durch systembedingte Probleme des Netzbetreibers nicht alle Kundengruppen und Preismodelle abrechnungsfähig aufbereitet werden. Durch die geringeren Kosten können die Erlöseinbußen im Vergleich zum Plan 2018 jedoch kompensiert werden.

Kosten sind im Geschäftsjahr 2018 im Wesentlichen im Bereich der Projektberatung, Darlehenszinsen und Abschreibungen angefallen, daneben auch Personalkosten, Werbeaufwand für Projektpräsentationen und Internetauftritt.

b) <u>Finanzlage</u>

Die Breitband Nordhessen GmbH hat mit allen Landkreisen Gesellschafterdarlehen mit Rangrücktritt geschlossen, um das erforderliche wirtschaftliche Eigenkapital für das bewilligte Breitbanddarlehen einzubringen und um in der Anlaufphase die erforderlichen Betriebsmittel und notwendige externen Ressourcen zu finanzieren.

Um die Zinszahlungen an die Gesellschafter zu verringern, wurde wie im Vorjahr die Einbringung der Gesellschafterdarlehen in zwei Tranchen, abgestimmt auf die Auszahlungstermine des WIBank Darlehens vereinbart.

Im Geschäftsjahr 2018 wurden entsprechend der Darlehensverträge die beiden vereinbarten Jahrestranchen durch die Gesellschafter eingebracht. Insgesamt wurde der Gesellschaft im Geschäftsjahr ein Darlehensvolumen in Höhe von 5,3 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gesichert.

c) Vermögenslage

Im Jahr 2018 wurde die Gesellschaft durch ihre Gesellschafter und durch die Auszahlung weiterer Tranchen des in 2016 aufgenommenen Darlehens bei der WIBank mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Die Investitionstätigkeit (Netzausbau) wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter fortgesetzt. Das Vermögen zum 31.12.2018 besteht im Wesentlichen aus Technischen Anlagen (72,26 Mio. EUR), geleisteten Anzahlungen und Teilzahlungen auf technische Anlagen (10,95 Mio. EUR) und liquiden Mitteln in Form von Bankguthaben (20,5 Mio. EUR).

Das Eigenkapital betrug bedingt durch den Jahresfehlbetrag sowie die Verlustvorträge der Vorjahre zum 31.12.2018 TEUR -4.712,7. Da seitens der Gesellschafter für die von ihnen ausgereichten Darlehen (Stand zum 31.12.2018: EUR 17,0 Mio.) der Rangrücktritt erklärt wurde, ist nicht von einer Überschuldung der Gesellschaft auszugehen.

II. Prognosebericht

Als reine Infrastrukturgesellschaft hat die Breitband Nordhessen GmbH (BNG) den Auftrag, in ihrem Ausbaugebiet ein flächendeckendes Glasfasernetz zu errichten. Der Netzausbau der BNG erfolgt dabei technologisch durch die Erschließung aller vorhandenen Kabelverzweiger (KVz) der Telekom. Das so errichtete Glasfasernetz wird von der BNG an den Netzbetreiber Netcom Kassel vermietet, die den Netzbetrieb und auch die Kundenanschlüsse mit Internet- und Telefondiensten übernimmt. Der letztliche Anschluss von Endkunden an das Netz erfolgt dabei über die bestehende Telefonleitung (Kupferdoppelader) mittels sogenannter „DSL-Technik“. Der Ausbau für alle Ortsteile, die sich im Ausbaugebiet der BNG befinden, ist dabei nun entweder absehbar oder steht evtl. sogar kurz bevor.

Die Netcom Kassel verwendet bei der Projektumsetzung mit der „VDSL-Technologie“ die gleiche Zugangstechnologie wie alle übrigen Marktteilnehmer auch: Unter Einsatz von „VDSL-Vectoring“, mit dem die Projektbeteiligten bis Mitte 2019 rechnen, sind somit individuelle Zugangsbandbreiten von bis zu 100 Mbit/s im Download möglich (in Abhängigkeit von der Distanz zum Kabelverzweiger und dem Zustand der Kupferdoppelader). Entsprechend profitieren alle Gewerbebetriebe, die über einen von der BNG ausgebauten Kabelverzweiger angeschlossen sind, direkt und automatisch von deren Ausbau und werden vorgenannte Versorgungsdatenraten erhalten können.

Gewerbebetriebe im Ausbaugebiet der BNG, die zwar von der KVz-Erschließung erfasst sind, denen die vorgenannten Datenraten für ihre unternehmerische Zwecke aber nicht ausreichen, können sich darüberhinausgehend von der Netcom Kassel individuell eine direkte Glasfaseranbindung ans Netz der BNG anbieten lassen. Eine entsprechende Vereinbarung ist dann allerdings bilateral zwischen dem Unternehmen und der Netcom Kassel als Netzbetreiber zu treffen, da sich der Infrastrukturausbau der BNG rein auf die Erschließung von KVz beschränkt. Dennoch schafft das Kernnetz der BNG somit auch hier Anbindungsmöglichkeiten, die ohne die Projektumsetzung nicht möglich wären.

Nach der für die Kommunen kostenfreien Erschließung der durch die Breitband Nordhessen GmbH ausgebauten Ortsteile werden im Ausbaugebiet so für jeden Haushalt bzw. jeden Gewerbetreibenden Bandbreiten im Download von bis zu 50 Mbit/s (mit Vectoring bis zu 100 Mbit/s) verfügbar sein. Die genaue individuelle Bandbreite eines jeden Nutzers wird dabei (rein technologiebedingt) mit dem Abstand des Hausanschlusses vom letzten Verteilelement, dem sogenannten Kabelverzweiger, variieren.

In Bezug auf die Mitverlegung von Infrastrukturen bei kommunalen Bauvorhaben gibt es einen vertraglich festgelegten Prozess, wie mit der Prüfung und Umsetzung von Mitverlegungsmöglichkeiten umgegangen wird. Die Prüfung erfolgt dabei durch den GU. Der GU bemüht sich zukünftige (kommunale) Baumaßnahmen weitestgehend zu berücksichtigen, allerdings ist

hierfür maßgeblich, dass die Baumaßnahmen der Kommunen und die Planungen des GU aufgrund von netztechnischen und wirtschaftlichen Anforderungen übereinzubringen sind. Dies bedeutet, dass nicht zwangsläufig jede kommunale Baumaßnahme zur Mitverlegung von telekommunikationstechnischer Infrastruktur geeignet ist.

Entwicklung neues Bundesförderprogramm (Förderung in grauen Flecken)

Um den strategischen Ausbauzielen der Breitbandstrategie der Bundesregierung Rechnung zu tragen, plant die Bundesregierung das Aufsetzen eines neuen Bundesförderprogramms, welches dann neben weißen auch die geförderte Erschließung von grauen Flecken zulassen soll. Das BMVI hat hierzu Mitte Januar ein Eckpunktepapier für die nähere Ausgestaltung der Förderung in grauen Flecken übermittelt. So wichtig und sinnvoll eine Förderung in grauen Flecken gerade auch für den „Step Change“ der BNG in Richtung FTTB ist, so mangelhaft ist aus Sicht der BNG der aktuelle Entwurf laut Eckpunktepapier.

Mobilfunk und 5G

Das Netz der BNG stellt eine gute Grundlage für die Verbesserung der Mobilfunkversorgung und für die Weiterentwicklung für 5G Projekte in Nordhessen dar.

Die Beantragung eines konkreten Leuchtturmprojektes in der Region Nordhessen im Rahmen der 5x5G-Strategie kann noch nicht entschieden werden, da die Richtlinien derzeit nicht bekannt sind. Die Gesellschafter befürworten eine Bewerbung Nordhessens als Modellregion und möchten Realisierungsmöglichkeiten prüfen.

Bezüglich der Möglichkeiten einer Verbesserung der Mobilfunkversorgung in Nordhessen werden Sondierungsgespräche in Abstimmung mit der Netcom Kassel mit relevanten Betreibern (Eigentümer der Mobilfunkmasten) geführt.

III. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Unser Ziel der Risikopolitik als Teil der Unternehmensstrategie ist es in erster Linie, den Bestand der Breitband Nordhessen GmbH zu sichern und die Gesellschaft stetig und systematisch auszubauen und fortzuentwickeln.

Im Bereich der Abwicklung von Fördermitteln (ELER-Mittel) könnte es zu Verzögerungen bei EU-Prüfungen kommen. Durch entsprechend spätere Auszahlung wären Verschiebungen bei der geplanten Liquidität dabei die Folge.

Im Prozess des Bauverlaufs könnten Beschwerden oder Klagen von Dritten, die evtl. zu Schaden gekommen sind, zu einem Terminverzug im Ausbau und den nachfolgenden Aktivitäten (spätere Inbetriebnahmen durch NCK und damit Verminderung der Mieteinnahmen) führen.

Zudem könnten Konditionenänderungen beim Tiefbau, die von den Plankosten abweichen zusätzliche Eigen- bzw. Fremdmittel erforderlich machen. Auch ggfs. mögliche Änderungen im Ausbaugebiet, durch einen möglichen Ausstieg einzelner Kommunen bzw. durch Ausbauaktivitäten von möglichen Mitbewerbern, würden zusätzliche finanzielle Mittel erfordern und den Amortisationszeitraum verschlechtern.

Ein nicht sach- und vertragsgerechtes Verhalten des GU kann im schlimmsten Fall zu Baustopps bzw. juristischen Klärungen führen, die in entsprechende Bauzeitenverlängerungen resultieren können.

Das Vermarktungspotential, damit auch die Ertragslage und der Erfolg der BNG hängen maßgeblich von der Performance des Netzbetreibers Netcom Kassel im Ausbaugebiet ab. Später als geplant erfolgende Kundenanbindungen führen zu Verschiebungen oder Ausfällen bei geplanten Erlösen und der Liquidität und damit zu einer Verlängerung des Amortisationszeitraums der getätigten Investitionen. Aufgrund der zu Beginn noch niedrigen zu entrichtenden teilnehmerzahlabhängigen Beträge, können geringere Anschlusszahlen in der Anlaufphase kurzfristig noch kompensiert werden. Sollten die Kundenzahlen jedoch dauerhaft unterhalb der Planungen liegen ist mit erheblichen Auswirkungen auf die Ertragslage und Liquiditätssituation

zu rechnen. Dieses Risiko kann nur durch Maßnahmen seitens des Netzbetreibers minimiert werden.

Nicht zuletzt hängt das Vermarktungspotential auch von dem Marktverhalten der Deutschen Telekom ab. Zudem wird eine zügige Umsetzung der Gigabitstrategie Relevanz haben, um potentiellen Wettbewerbern, die auf Basis von FTTB/H Eigenerschließungen avisieren, zuvor zu kommen.

Teil-Gebietserschließungen der Telekom

Aus beihilfe- und kommunalrechtlichen Gründen sind im Vorfeld des Ausbaus der Breitband Nordhessen GmbH diverse Marktsondierungen und Markterkundungsverfahren durchgeführt worden. In diesen beihilferechtlich vorgeschriebenen Markterkundungsverfahren wurden alle Marktteilnehmer zur Erklärung aufgefordert, ob in den geplanten Ausbaugebieten bereits breitbandige Versorgungen hergestellt wurden bzw. ob diese innerhalb der nächsten Jahre durchgeführt werden. Entsprechende Rückläufer in den Markterkundungsverfahren wurden im Detail ausgewertet.

Das Ausbaugebiet erfasst somit lediglich sogenannte weiße NGA-Flecken, d. h. solche Gebiete, für die in diesen Markterkundungen weder Bestandsversorgungen noch geplante Erschließungen durch Telekommunikationsunternehmen gemeldet wurden. Im Ergebnis ist die BNG somit aus beihilfe- und kommunalrechtlichen Gründen legitimiert, einen Breitbandausbau in den Ortsteilen des BNG Ausbaugebietes durchzuführen.

Die Telekom erschließt deutschlandweit Gebiete im beihilfefreien Ausbau mit VDSL-Vectoring. Ausbauentscheidungen werden dabei nach rein wirtschaftlichen Maßstäben getroffen. Hierbei werden die entsprechenden KVZ (Kabelverzweiger) bei der Bundesnetzagentur angemeldet und dürfen dann nicht mehr von Konkurrenten erschlossen werden. Ein solches Vorgehen zeigt sich nun in einigen Fällen durchaus auch in Orts- bzw. Stadtteilen des Ausbaugebiets der Breitband Nordhessen GmbH. Wenngleich die Telekom derartige Ausbauten im Rahmen der vorgenannten Markterkundungen ggf. nicht immer auch vorab angezeigt hat, ist ein solches Vorgehen regulierungstechnisch leider nicht zu verhindern.

Unabhängig hiervon wird in Gebieten mit parallelen Gebietserschließungen durch die Telekom häufig nachgefragt, ob die BNG ihren Ausbau nicht in andere Ortsteile verschieben könnte, bevor Unternehmen wie die Telekom eine doppelte Versorgungsinfrastruktur schaffen. Hierzu ist folgendes klarzustellen:

- Die Telekom baut regelmäßig nicht gesamte Ortsteile aus, sondern entwickelt lediglich das Netz um einzelne Kabelverzweiger herum. Dies erfolgt auch nur dann, wenn sich die Telekom hierfür konkrete wirtschaftliche Vorteile verspricht. Anschlussnehmer, die nicht innerhalb einer entsprechenden geringen Entfernung zum Kabelverzweiger wohnen, erhalten in solchen Fällen keine hinreichende Bandbreite. Der vorgenannte Sachverhalt (selektives Ausbauen durch Wettbewerber) ist daher schon versorgungstechnisch nicht zwangsläufig ein Grund dafür, von den BNG-eigenen Ausbauplänen abzurücken.
- Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die Wirtschaftlichkeit unseres Ausbauprojekts nur dann gewährleistet ist, wenn die projektierten Ausbaugebiete tatsächlich auch erschlossen werden und somit Endkunden in diesen Gebieten angeschlossen werden. BNG kann somit schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht ohne weiteres auf Ausbauten in Teilgebieten verzichten. Dies gilt umso mehr als vertragliche Verpflichtungen gegenüber dem Netzbetreiber und dem Generalunternehmer bestehen, die im Falle einer Nichteinhaltung (nachträgliche Verkleinerung bzw. Veränderung des Ausbaugebietes) teils erhebliche Kosten für BNG nach sich ziehen würden. Dies sind insbesondere anteilige Rückforderungen der Konzessionszahlung durch die Netcom Kassel sowie Umplanungskosten und Nachtragsforderungen durch den Generalunternehmer.
- Entsprechend wird die Breitband Nordhessen GmbH ihre Ausbauinitiative auch in Teilgebieten ihres Ausbaugebietes fortsetzen, die ggf. von Parallelerschließungen betrof-

fen sind. Hierzu ist sie neben rein wirtschaftlichen Anforderungen auch aus rein vertraglichen Verpflichtungen zu ihren Vertragspartnern (Generalunternehmer wie auch Netzbetreiber) verpflichtet.

Das vorgelegte Eckpunktepapier seitens des BMVI zum geplanten Bundesprogramm für die Förderung „grauer Flecken“ berücksichtigt die Besonderheiten des Betreibermodells, in dem wie bei BNG eine Infrastrukturgesellschaft mit einem Netzbetreiber zusammenspielt, kaum oder nicht. Wenn eine Infrastrukturgesellschaft die Evolution ihres Netzes aber im Sinne eines „Step Change“ hin zu FTTB/-H anstrebt, muss es eine Möglichkeit geben, dies auch unter dem laufenden Netzbetreibervertrag zu tun. Ansonsten sind sowohl die Netzevolution wie auch der Bestandsschutz hier völlig unklar.

Die vorstehend dargestellten Risiken sind geeignet, die Umsetzung des Geschäftsmodells der Gesellschaft zu erschweren. Dem kann durch eine konsequente Vorgangsanalyse und aktives Gegensteuern begegnet werden. Die Gesellschaft hat die entsprechenden Kontrollen eingerichtet und ist jederzeit in der Lage, eventuellen diesbezüglichen Herausforderungen zu begegnen und resultierenden Handlungsbedarf kurzfristig umzusetzen.

- Die Liquidität der Gesellschaft ist auch für das Geschäftsjahr 2019 gesichert.
- Mögliche Finanzierungsrisiken sind benannt und werden durch o. g. Maßnahmen laufend überwacht.

Die Breitband Nordhessen GmbH unterliegt aufgrund ihrer derzeitigen finanziellen Ausstattung keinen existenz-gefährdenden Einflüssen. Die Gesellschaft ist auf den Eintritt möglicher Risiken vorbereitet und in der Lage, kurzfristig hierauf zu reagieren.

2. Chancenbericht

Chancen sehen wir vor allem in der Möglichkeit der zusätzlichen Nutzung von Förderprogrammen mit höheren Aufgreifschwellen und der Weiterentwicklung hin zu einer FTTB/-H Infrastruktur.

Darüber hinaus sind Zusatzeinnahmen über die Vermietung der Netzinfrastruktur und weitere Entwicklungen auf Basis des vorhandenen Backbone-Netzes z. B. 5G oder auch WLAN eine Möglichkeit zusätzliche Einnahmen zu generieren, die zu einer weiteren Verbesserung der Liquiditätslage sowie einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in Form der Reduzierung von Zinsaufwendungen beitragen könnten.

Ein weiteres Chancenpotenzial wird im Bereich der gemeinsamen Bedarfsstimulierung mit dem Netzbetreiber in Sachen Vermarktungskonzept und Open Access gesehen. Hierdurch erwarten wir eine langfristige Verbesserung der Umsatzsituation (u.a. Mobilfunk).

3. Gesamtaussage

Vor dem Hintergrund der finanziellen Stabilität der Gesellschaft sehen wir uns für die Bewältigung der o. g. Herausforderungen (Risiken) als sehr gut gerüstet an. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft langfristig gefährden könnten, sind benannt und ihnen wird durch entsprechende Maßnahmen im Rahmen der Möglichkeiten der Gesellschaft entgegengewirkt.

IV. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den in der Gesellschaft eingesetzten Finanzinstrumenten zählen im abgelaufenen Geschäftsjahr im Wesentlichen Forderungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter sowie auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten jeglicher Art stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Ziel des eingerichteten Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen etwaige finanzielle Risiken jeglicher Art. Unser diesbezügliches Management verfolgt eine konservative Risikopolitik. Es deuten keine Anhaltspunkte darauf hin, dass die Effektivität und die Wirksamkeit des Finanz- und Risikomanagements nicht zu jeder Zeit gewährleistet ist.

1.9 Nahverkehr Werra-Meißner Kommunale Organisationsgesellschaft mbH

Nahverkehr Werra-Meißner Kommunale Organisations-
gesellschaft mbH
Bahnhofstraße 15
37269 Eschwege
Telefon: 05651/7457-0, Telefax: 05651/7457-19
E-Mail: info@nwm-esw.de
Internet: www.nwm-esw.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist es, für die Gesellschafter deren Interessen am und deren Aufgaben im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) innerhalb des Werra-Meißner-Kreises wahrzunehmen, soweit nicht öffentlich-rechtliche Vorschriften dies zwingend ausschließen. Die Gesellschaft soll im Rahmen ihrer Aufgaben dazu beitragen, dass der öffentliche Personennahverkehr im gemeinsamen Interesse der Gesellschafter und im Interesse der Bevölkerung verbessert wird. Sie soll darauf hinwirken, dass eine bedarfsgerechte Erschließung und Bedienung des Werra-Meißner-Kreises gewährleistet wird, und zwar nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Werra-Meißner-Kreis (50 %) kreisangehörige Städte und Gemeinden (50%)
Aufsichtsrat:	Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender) Bürgermeister Wilhelm Gebhard (Stellv. Vorsitzender) Bürgermeister Alexander Heppe Bürgermeisterin a.D. Ilona Rhode-Erfurth Kreistagsabgeordneter Dirk Landau Kreistagsabgeordneter Michael Zimmermann Bürgermeister Thomas Mäurer
Geschäftsführer:	Diplom-Verwaltungswirt Horst Pipper

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	1994
Stammkapital:	28.080 €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 17.05.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG:	ja
Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Vergütungen des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung

Für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats der Gesellschaft erhielten die Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 1.256,10 €.

Unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angaben der Geschäftsführervergütung zu verzichten.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Gemäß § 10 des Gesellschaftervertrages der „Nahverkehr Werra-Meißner Kommunale Organisationsgesellschaft mbH“ werden die Betriebsmittel von den Gesellschaftern nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen, soweit die sachlichen und personellen Kosten nach Ausnutzung aller betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten und staatlichen Zuwendungen nicht durch Einnahmen der Gesellschaft und die Zuführungen Dritter gedeckt sind.

Der Werra-Meißner-Kreis hat der Gesellschaft für 2018 Betriebsmittel in der Höhe von 393.750 € (Vorjahr 2017: 450.000 €) zur Verfügung gestellt.

Im Berichtsjahr wurden der Gesellschaft vom Werra-Meißner-Kreis 164.736,60 € für Personal- und Sachkosten erstattet. 23.346,53 € wurden dem Werra-Meißner-Kreis im Gegenzug für Personalkostenanteile (incl. Umlagen für die Beamtenversorgungskasse) erstattet.

Bilanz

Aktiva	**2018**	**2017**	**2016**
	€	**€**	**€**
Anlagevermögen	4.150	6.730	12.711
Umlaufvermögen	2.236.468	2.018.904	1.651.182
Rechnungsabgrenzungsposten	10.164	0	0
Bilanzsumme	**2.250.782**	**2.025.634**	**1.663.893**
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	28.080	28.080	28.080
Verlustvortrag	0	0	0
Jahresüberschuss	0	0	0
	28.080	28.080	28.080
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
Rückstellungen	541.361	396.589	277.768
Verbindlichkeiten	1.681.341	1.600.966	1.358.045
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**2.250.782**	**2.025.634**	**1.663.893**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Sonstige betriebliche Erträge	5.786.186	5.422.284	5.490.956
Personalaufwand	308.496	286.354	278.918
Abschreibungen	4.693	6.258	6.108
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.472.944	5.129.519	5.205.779
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0
Zinsergebnis	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**53**	**152**	**152**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	53	152	152
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**0**	**0**	**0**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	6	6	6
Anlagenintensität in %	0,18%	0,33%	0,76%
Eigenkapitalquote in %	1,25%	1,39%	1,69%
Verschuldungsgrad (Faktor)	79,16	71,14	58,26

Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gegenstand der Nahverkehrsgesellschaft (NWM) ist es, für die kommunalen Gesellschafter deren Interessen am und deren Aufgaben im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) innerhalb des Werra-Meißner-Kreises wahrzunehmen, soweit nicht öffentlich rechtliche Vorschriften dies zwingend ausschließen.

Die Gesellschaft soll im Rahmen ihrer Aufgaben dazu beitragen, dass der öffentliche Personennahverkehr im gemeinsamen Interesse der Gesellschafter und im Interesse der Bevölkerung verbessert wird. Sie soll darauf hinwirken, dass eine bedarfsgerechte Erschließung und Bedienung des Werra-Meißner-Kreises gewährleistet wird und zwar nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Die besonderen Interessen von Frauen, Behinderten, älteren Menschen und Berufspendlern sind zu wahren.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere tätig in

- der Planung, Koordination und Leistungsbestellung des lokalen öffentlichen Personennahverkehrs, wie insbesondere örtliche und zwischenörtliche Buslinien und Anrufsammelverkehre, im Werra-Meißner-Kreis,

- der Erarbeitung und Abstimmung des ÖPNV-Leistungsumfanges mit dem Kreis sowie den Städten und Gemeinden ,
- der Vereinnahmung von Zuschüssen,
- dem Ausgleich von Defiziten bei Verkehrsunternehmen aufgrund einzelvertraglicher Regelungen,
- Vorgaben an die Verkehrsunternehmen für die Produktion der Beförderungsleistungen,
- der Durchführung von Fahrgastinformation, Marketingaktivitäten, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit,
- der gemeinsamen Interessenwahrung der Gesellschafter im regionalen ÖPNV-Buslinienverkehr und Schienenverkehr,
- der Mitwirkung bei der Planung lokaler ÖPNV-Infrastrukturvorhaben,
- der Mitwirkung bei den Planungen und Maßnahmen des Nordhessischen VerkehrsVerbundes (NVV), insbesondere bei der Gestaltung des Verbundtarifes und der Verwirklichung eines integralen Taktfahrplanes

soweit diese Aufgaben nicht von Dritten mit Zustimmung oder im Auftrag der Gesellschaft wahrgenommen werden.

Die Gesellschaft schließt mit den Verkehrsunternehmen oder deren Zusammenschlüssen und den kommunalen Gebietskörperschaften Verkehrsverträge, Qualitätssicherungsverträge sowie Kooperations-, Leistungs- und Finanzierungsverträge ab.

Die Gesellschaft kann weitere Vereinbarungen oder Verträge mit Verbundgesellschaften, Verkehrsunternehmen, Verkehrs- oder Tarifgemeinschaften oder ähnlichen Institutionen abschließen, in denen eine Aufgabenverteilung zwischen den Gesellschaften und den Verkehrsunternehmen vorgenommen wird.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar dem Gemeinwohl dienende Ziele im Sinne des „Gesetzes zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen“, das den ÖPNV als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge definiert. Die Gesellschaft dient nicht Erwerbszwecken. Etwaige Gewinne dürfen für die vorbezeichneten Zwecke sowie für entstehende Personal- und Sachkosten verwendet werden.

In diesen umfangreichen Themenfeldern war die Nahverkehrsgesellschaft auch im Jahr 2018 intensiv tätig. Details dazu ergeben sich aus dem vorgelegten Geschäftsbericht 2018.

Als **wichtige Themen / Bereiche des Jahres 2018** die mit entsprechenden Aktivitäten und Arbeiten untermauert wurden, sind insbesondere hier zu nennen:

- Änderungen des NWM-Gesellschaftsvertrages
- ÖPNV-Zukunftskonzept Werra-Meißner-Kreis
- Fahrplanwechsel per 10.12.2017, 09.01.2018 sowie 25.03.2018 und Tarifanpassungen zum 01.01.2018 als auch 01.01.2019
- Entwicklung der Schienenfahrpläne in 2018 und 2019
- Modellprojekt „Mobilfalt“ für den Werra-Meißner-Kreis sowie weiterer alternativer ÖPNV-Bedienungsformen, (z. B. Bürgerbusse)
- Bürgerbuskonzepte im Werra-Meißner-Kreis
- Tarifvergünstigungen auf dem StadtBus Eschwege mit der „Familienkarte Plus“ der Stadt Eschwege
- ÖPNV-Landesbediensteten-Ticket in Hessen
- Beschleunigungsmaßnahmen und Finanzierungsfragen der Lossetal-Tram incl. der Fragen um die Erarbeitung eines Schnellbus-Konzeptes

- Einbau und Finanzierung von automatischen Zählgeräten in allen Linienbussen
- Finanzierung der gemischt lokalen und regionalen Verkehrsbündel im Werra-Meißner-Kreis
- Kennzahlen und Ergebnisübersicht 2017 der Linienbündel im Werra-Meißner-Kreis
- Endabrechnung der NWM-Verkehrsleistungen aus der EAV (Einnahmeaufteilungs-verfahren des NVV) für das Jahr 2013 sowie 2014
- Finanzierung und Vertragsgrundlagen der Lossetalstrassenbahn incl. finanzieller Entlastung der Anrainerkommunen durch den NVV
- Sanierung incl. barrierefreier Ausbau des Bahnhof Eichenberg incl. Diskussion um das Bahnsteighöhen-Konzept des Bundes
- ÖPNV-Erschließung eines möglichen Logistikgebietes in Neu Eichenberg-Hebenshausen
- Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofes in Witzenhausen
- Situation Bahnhof/Bahnübergang Wehretal-Reichensachsen
- Barrierefreier Ausbau von ÖPNV-Haltestellen im Werra-Meißner-Kreis bis 2022
- Reform der Verteilung der Infrastrukturkostenhilfe durch den NVV
- Digitalisierungsstrategie des NVV
- Geschäftsführer-Nachfolge beim Nordhessischen VerkehrsVerbund (NVV)
- Beteiligung an der Fortschreibung und Weiterentwicklung der Schienenverkehrs-fahrpläne incl. Zusatzbestellungen im Nord-Ost-Hessen-Netz (NOH) zum Dez. 2018
- Abstimmungen mit dem NVV in organisatorischer, verkehrlicher, betrieblicher und finanzieller Hinsicht im Bereich der ÖPNV- und SPNV-Verkehre
- Wirtschaftsplan der NWM für das Jahr 2019
- Erörterung des Geschäftsberichtes und des Jahresabschlusses der NWM für das Jahr 2017 mit anschließender formaler Feststellung und Entlastung der Geschäftsführung
- Beschluss über die Empfehlung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2017 in der Gesellschafterversammlung
- Wirtschaftsprüfung, Bestellung des Abschlussprüfers für das Jahr 2018
- Reduzierung der Betriebsmittelanforderungen in der 2. Jahreshälfte 2018 um 50%.
    - Beteiligung an der Fortschreibung und Weiterentwicklung der Schienenverkehrsfahrpläne incl. Zusatzbestellungen im Nord-Ost-Hessen-Netz (NOH) zum Dez. 2018
- Arbeiten / Abwicklung im Zusammenhang mit dem „Fifty-Fifty Taxi-Konzept Werra-Meißner“
- Allgemeine Entwicklung der SPNV-Haltepunkte im Werra-Meißner-Kreis
- Begleitung/Durchführung von ÖPNV / SPNV-Marketingmaßnahmen des NVV
- Bearbeitung der Aufgabe „Schülerbeförderung“ für den Werra-Meißner-Kreis.

2. Darstellung der Lage

Die Vermögens- und Finanzsituation der NWM ist weiterhin überwiegend durch die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen lokalen, regionalen und gemischten Verkehrsleistungen und deren ungedeckte Betriebskosten in den Verkehrsbündeln in alleiniger Verantwortung der NWM bzw. bei denen in Zusammenarbeit mit dem NVV geprägt. Hinzu kommen die im Rahmen der Geschäftsbesorgung durchlaufenden Finanzmittel des Werra-Meißner-Kreis im Rahmen der Schülerbeförderung, die einen ebenfalls erheblichen Anteil des Budgets ausmachen.

Die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft durch die kommunalen Gesellschafter ist erfolgt, so dass die entstandenen Aufwendungen/Kosten der NWM im laufenden Jahr gedeckt werden konnten. Einen weiter prägenden und überwiegenden Umfang nimmt dabei die Finanzierung der Verkehrsleistungen ein.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 225,2 auf TEUR 2.250,8 gestiegen, wobei die Erhöhung im Wesentlichen auf den Anstieg der liquiden Mittel zurückzuführen ist.

Das Rohergebnis ist im Berichtsjahr um TEUR 363,9 auf TEUR 5.786,2 gestiegen. Durch die ebenfalls gestiegenen sonstigen Aufwendungen TEUR 5.472,9 (Vorjahr TEUR 5.129,5) ergibt sich ein EBITDA von TEUR 4,7 (i.V. TEUR 6,3). Die Veränderung des Betriebsaufwandes erklärt sich insbesondere durch die gestiegenen Mehraufwendungen für lokale Verkehrsleistungen von rd. TEUR 256,7.

Durch die Betriebsmittelzahlungen, die in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten sind von TEUR 829,2 (im Vorjahr TEUR 816,4), konnten die Aufwendungen ausgeglichen werden, sodass zum 31. Dezember 2018 ein Jahresüberschuss von TEUR 0,0 ausgewiesen wird. Im neutralen Ergebnis werden im Wesentlichen die Betriebsmittelzahlungen der Gesellschafter erfasst.

Als bilanzielles Eigenkapital wird das Stammkapital in Höhe von TEUR 28,1 ausgewiesen.

Liquiditätspolster sind im Zuge der Einnahmeverantwortung bei den im Wettbewerb vergebenen Verkehrsleistungen grundsätzlich erforderlich, um die Liquidität im laufenden Geschäft zu halten, da gesetzliche Ausgleichsbeträge und Einnahmezuscheidungen des NVV erst verzögert rückwirkend erstattet und kassenwirksam werden. Besonders gilt das vorstehend Ausgeführte für Fahrgeldeinnahmen und Einnahmezuscheidungen des NVV über die von der NWM finanziell verantworteten Bündel. Hier sind die Vorläufigkeit von Abrechnungen und ausstehende Endabrechnungen zu berücksichtigen. Derzeit liegen zwischenzeitlich die Endabrechnungen des NVV bis zum **Jahr 2014** – in der Vorausschau auch für 2015 – vollständig vor. Im Zuge der laufenden, vorhergehenden vorläufigen monatlichen bzw. quartalsmäßigen Abrechnungen geht die NWM jedoch weiter davon aus, dass die jeweilige jährliche Endabrechnung - nach abschließender Einnahmeaufteilung durch den NVV – relativ nahe bei – oder sogar über - den vorläufigen Abrechnungen liegt. Dies haben die zuletzt abgerechneten Jahre 2013 und 2014 auch bestätigt. Die daraus für die NWM erzielten Mehr-Fahrgeld-Einnahmen führten insbesondere auch zu den positiven Rechnungsergebnissen. Ein ggf. bei der NWM verbleibendes Restrisiko aus den Endabrechnungen wurde aufgrund von Erfahrungswerten und vorliegenden Abrechnungsgrundlagen geschätzt und in Höhe von insgesamt TEUR 522,0 im Jahresabschluss als Rückstellung berücksichtigt.

Nach Vorlage des jeweiligen Jahresabschlusses entstehende Überschüsse oder Fehlbeträge werden nach den bestehenden Vereinbarungen ins Folgejahr übertragen. Betriebsmittelzuschüsse, die im laufenden Wirtschaftsjahr nicht zur Deckung des Betriebsaufwandes verbraucht sind, werden erfolgsneutral in das folgende Wirtschaftsjahr übertragen und dienen der Liquidität des/r Folgejahre/s. Ein möglicher Rückforderungsanspruch der Gesellschafter bleibt von diesem Beschluss unberührt.

Durchaus beabsichtigt wurde durch die Jahresabschlüsse der letzten Jahre ein höheres Guthaben in Form der liquiden Mittel (Verbindlichkeit gegenüber Gesellschaftern) angesammelt, um damit für spätere Jahre ggf. zu erwarten besondere Kostensteigerungen im Bereich Verkehrsleistungen (höhere Preissteigerungsraten oder sonstige Belastungen) ohne eine übermäßige Steigerung der Betriebsmittelanforderungen von den kommunalen Gesellschaftern in dem/den Folgejahr/en hätten abfangen werden können. Dies ist jedoch erfreulicherweise bisher nicht eingetreten. Darüber hinaus war die Kostenentwicklung auch im Jahr 2018 aufgrund des Kraftstoffkostenverlaufs, der Personalkostenanpassung (auch vor dem Hintergrund des nun anzuwendenden Hessen-Index) und den damit anzusetzenden Preisindex-Anpassungsquoten aus Besteller-Sicht weiter positiv und gut einschätzbar.

Somit kann aufgrund des positiven Jahresergebnisses 2018 wieder ein deutlicher Betrag aus den überschüssigen Betriebsmitteln 2018 zur Abdeckung der Betriebsmittel 2018/2019 eingesetzt werden, was die Belastung der kommunalen Gesellschafter reduziert.

Bereits für das Jahr 2018 wurden die im Wirtschaftsplan veranschlagten Betriebsmittelzuschüsse der Gesellschafter wiederholt nur mit 75% in Anspruch genommen und damit eine durchaus spürbare Entlastung der kommunalen Gesellschafter erreicht.

3. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft und Risiken der künftigen Entwicklung

In wirtschaftlicher Hinsicht bzw. über die Finanzlage der Nahverkehrsgesellschaft ist auszuführen, dass aus Sicht der Geschäftsführung derzeit keine unmittelbaren direkten finanziellen Risiken für die Gesellschafter aufgrund einer in den vergangenen Jahren stets erfolgten Einhaltung der Wirtschaftspläne im Bereich der Verwaltungs- und Betriebskosten im engeren Sinne bestehen. Es ist allerdings bereits seit den Jahren 2007/2008 eine wesentlich stärkere finanzielle Beteiligung der Gesellschafter an der Finanzierung der bestehenden Verkehrsleistungen durch die vollständige Umsetzung des Wettbewerbs im Bereich des ÖPNV nach Neuvergabe durch ein Umlageverfahren auch der zu tragenden Kosten / ungedeckten Betriebskosten der Verkehre im Zuge von ausgeschriebenen Verkehrsleistungen eingetreten. Nach den Ergebnissen der durchgeführten Ausschreibungen von NVV bzw. NWM fallen systembedingt die kommunalen Finanzierungsanteile an den erforderlichen Linienverkehren gegenüber früher deutlich höher aus. Wesentlicher Hauptgrund ist u. E. die entfallene Quersubventionierung von einnahmestarken und einnahmeschwachen Linien - insbesondere bei den größeren Verkehrsunternehmen - und die Kosten- sowie Preisentwicklung im Nahverkehr allgemein. Aber auch eine deutliche qualitative Verbesserung im ÖPNV-angebot. Bei den ausgeschriebenen Verkehrsbündeln erfolgt eine reine Kalkulation der Aufwendungen und Einnahmen der Linien innerhalb des Bündels. Weiter ist die höhere Kostenbelastung der Kommunen auch vor dem Hintergrund der allgemeinen Kostensteigerungen der Verkehre (z. B. Kraftstoffkosten, Lohnkosten, Personalbedarf), stagnierender Ausgleichszahlungen des Bundes und des Landes sowie der Entwicklung im Bereich der Regionalisierungsmittel des Bundes an die Länder und Verbünde zu sehen. Derzeit ist weiterhin eine gewisse Stabilität bis hin zur leichteren Steigerung der Fahrgeldeinnahmen zu beobachten. Allerdings könnte es auch in den kommenden Jahren zu einem spürbarer Rückgang der Fahrgeldeinnahmen durch die demografische Entwicklung und insbesondere den Rückgang der Schülerzahlen und damit Einnahmen aus den Schülerfahrentgelten kommen. Umfassende Finanzierungsgrundlage auf Ebene der Verbünde in Hessen, wie auch dem NVV, bildet die laufende Finanzierungsvereinbarung zwischen den Verbünden und dem Land Hessen über den Zeitraum der Jahre 2017 bis 2021 hinsichtlich der Zuwendungen aus Bundesmitteln nach dem Regionalisierungsgesetz sowie aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs und seit geraumer Zeit auch erstmals aus originären Landesmitteln. Damit besteht zunächst für die Jahre bis 2021 im hessischen ÖPNV eine gesicherte finanzielle Grundlage und zunächst befürchtete erforderliche Abbestellungen von Verkehrsleistungen mussten nicht stattfinden. Im Gegenteil, es konnten finanzielle Spielräume genutzt werden, die eine Ausweitung und Verbesserung im regionalen Bus- und Bahnbereich zuließen. Inwieweit die lokale Ebene, wie die NWM, daran für ihre finanziell verantworteten lokalen Leistungen partizipiert, ist bisher nicht endgültig geklärt und noch in der Prüfung. Hier sind noch Gespräche mit dem NVV im Gang, wie die LNG's als lokale Besteller an der positiven finanziellen Gesamtlage beteiligt werden können (z. B. Steigerung/ Anhebung der Infrastrukturkostenhilfe o. ä.).

Die derzeit abzusehende künftige Kostenentwicklung (u. a. auch durch Leistungs- und Preisanpassungen, Kostensteigerungen bei weiteren Neuausschreibungen durch veränderte Marktverhältnisse etc.) ggf. auch die abzusehende Rückentwicklung von Fahrgeldeinnahmen – z. B. insbesondere aufgrund rückgängiger Schülerzahlen und der demografischen Faktoren - lässt allerdings trotzdem u. a. auch in den kommenden Jahren eine steigende Finanzbelastungen für ÖPNV-Leistungen nicht ausschließen. Allerdings gibt es hier auf lokaler als auch regionaler Ebene verstärkte Konzepte für den bedarfsgesteuerten „On Demand"-Verkehr.

Zuletzt hat sich bis einschl. 2014 im Zuge der Einnahmeaufteilung ein sehr positives Ergebnis für die NWM ergeben. Davon kann aber nicht absolut weiter auch für die Zukunft ausgegangen werden. Somit ist weiter vorsichtig und unter entsprechender Vorsorge bei der NWM für den Bereich der Verkehrsleistungsfinanzierung zu wirtschaften.

Insofern bedarf es bei der Gesellschaft auch weiter eines gewissen Finanzpolsters, um ggf. eintretende Risiken abzufangen.

Es wurde vor den geschilderten Hintergründen kurz- und mittelfristig darauf hin gearbeitet, Verkehrsleistungen im verkehrlich möglichen Rahmen wirtschaftlicher zu gestalten und ggf. durch neue Konzepte auch Kosten zu begrenzen. Dazu bedarf es neuer bzw. weiter entwickelter - noch stärker bedarfsgesteuerter – Angebotskonzepte (z. B. AST, Mobilfalt u.a.m.), die auch das Verhältnis zum Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung unter dem Aspekt der Flexibilität und Nutzung der digitalen Chancen weiter verbessern. Hieran arbeitet die Nahverkehrsgesellschaft derzeit in enger Kooperation mit dem NVV an entsprechenden Konzeptionen. Dies geschieht ganz konkret durch das ÖPNV-Zukunftskonzept Werra-Meißner und die Strategie für den ÖPNV im ländlichen Nordhessen des NVV.

Eine weiter deutliche Finanzierungssteigerung wird im Einzelfall gegenüber den Kommunen als Kostenträgern schwierig darstellbar sein. Daher wird weiterhin an möglichst wirtschaftlichen und kostengünstigen Lösungen im Linienverkehr gearbeitet und weiterentwickelt, wo dies möglich erscheint. Dazu geben die gültigen Nahverkehrspläne (lokale NVP für den Werra-Meißner-Kreis und regionale Nahverkehrsplan des NVV) den Rahmen vor. Bei evtl. Fahrleistungskürzungen müssen allerdings auch Untergrenzen der Wirtschaftlichkeit in Bezug auf mögliche Fahrgeldeinnahmeverluste betrachtet werden.

Für das Geschäftsjahr 2019 wird wiederum mit einem zumindest ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

4. Sonstige Angaben

Über das Forderungsausfallrisiko hinausgehende Risiken bestehen aufgrund der besonderen Eigentümerstruktur nicht.

1.10 Werratal Tourismus Marketing GmbH

Werratal Tourismus Marketing GmbH
Niederhoner Straße 54
37269 Eschwege
Telefon: 05651/99233-0, Telefax: 05651/99233-9
E-Mail: info@naturparkfrauholle.land
Internet: www.naturparkfrauholle.land

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist

- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihr Angebot im Bereich Tourismus und Erholung,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessensgruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung der touristischen Infrastruktur, von Produkten im Bereich Tourismus und Erholung sowie die Angebotskoordination,
- Erstellung jährlicher und mittelfristiger Marketingpläne einschl. Mediaplan,
- die produkt-, themen-, gebiets- und sachbezogene Öffentlichkeitsarbeit und Werbung,
- die Entwicklung einer Dachmarke Werratal.

Gemäß § 121 Abs. 2 HGO übt das Unternehmen keine wirtschaftliche Tätigkeit aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Werra-Meißner-Kreis (100%)
Geschäftsführer:	Marco Lenarduzzi
Beirat:	Nicht eingerichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2007
Stammkapital:	30.000 €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 29.8.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Gemäß § 13 a des Gesellschaftervertrages der „Werratal Tourismus Marketing GmbH“ erfolgt die Finanzierung der Gesellschaft durch Zuschüsse des Gesellschafters, mithin über Leistungen auf der Gesellschafterebene. Die Gesellschafter haben keinen Anspruch auf Gegenleistung. Im Berichtsjahr hat der Werra-Meißner-Kreis einen Betriebskostenzuschuss von 294.825,38 € (Vorjahr: 269.825,38 €) geleistet. Darüber hinaus erhielt die Gesellschaft einen projektbezogenen Zuschuss in Höhe von 0,7 Tsd. €.

Im Berichtsjahr wurden dem Werra-Meißner-Kreis 1,2 Tsd. € für Personal- und Sachkosten erstattet.

Vergütungen des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung

Für die Teilnahme an den Sitzungen der Gesellschafterversammlung erhielten die Kreisausschussmitglieder im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 245,00 €.

Die Bezüge für den Geschäftsführer Herr Marco Lenarduzzi betrugen im Berichtsjahr 4.964,40 €.

Bilanz

Aktiva	**2018**	**2017**	**2016**
	€	**€**	**€**
Anlagevermögen	6.520	7.969	12.576
Umlaufvermögen	229.659	175.659	118.253
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1.400
Bilanzsumme	**236.178**	**183.628**	**132.228**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	30.000	30.000	30.000
Gewinnrücklage	120.261	120.261	120.261
Gewinnvortrag	6.608	0	24.371
Verlustvortrag	0	35.766	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	51.443	42.374	-29.774
	208.312	156.869	114.495
Rückstellungen	13.731	11.190	11.258
Verbindlichkeiten	14.135	15.568	6.475
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**236.178**	**183.628**	**132.228**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Umsatzerlöse	30.156	12.103	8.569
Sonstige betriebliche Erträge	295.735	275.834	227.128
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	140.592	102.894	140.154
Abschreibungen	1.698	5.859	4.917
Sonstige betriebliche Aufwendungen	131.957	136.611	120.324
Zinsergebnis	-1	2	124
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**51.643**	**42.573**	**-29.574**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	200	199	200
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**51.443**	**42.374**	**-29.774**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	6	3	4
Anlagenintensität in %	2,76%	4,34%	9,51%
Eigenkapitalquote in %	88,20%	85,43%	86,59%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,13	0,17	0,15

Lagebericht

A. Überblick über den Geschäftsverlauf

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die Werratal Tourismus Marketing GmbH (WTMG) wurde am 20. Juli 2007, ausgestattet mit einem Stammkapital in Höhe von 30.000 Euro, gegründet. Zweck der Gesellschaft ist die Tourismusförderung im Werra-Meißner-Kreis. Seit dem 8. Dezember 2016 ist der Werra-Meißner-Kreis alleiniger Gesellschafter.

Die Tourismusförderung ist eine kommunale Aufgabe und ein wesentlicher Teil der Wirtschaftsförderung. In der Regel sind weder einzelne touristische Leistungsträger/Anbieter noch die einzelnen Kommunen alleine in der Lage, ein wirksames Marketing mit nachhaltiger Außenwirkung zu betreiben. Alle Leistungsträger, der Landkreis und die Kommunen sind auf die Bündelung von finanziellen Mitteln und Maßnahmen durch Zusammenarbeit bzw. Zusammenschlüsse mit anderen Marketingpartnern angewiesen.

Ende 2016 wurden der damalige Zweckverband Naturpark Meißner-Kaufunger Wald, jetzt Zweckverband Geo-Naturpark Frau-Holle-Land, und die Werratal Tourismus Marketing GmbH organisatorisch zusammengelegt und haben eine gemeinsame Geschäftsführung und eine gemeinsame Geschäftsstelle.

Während dem Zweckverband u.a. die Weiterentwicklung der öffentlichen touristischen Infrastruktur obliegt, nimmt die Tourismusmarketinggesellschaft das komplette Außenmarketing wahr.

II. Wirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die Tourismusstatistik5, die wie immer nur einen Ausschnitt des Tourismus in der Region darstellt, verzeichnet in den meisten Orten leichte Rückläufe. Die wachsende Aufenthaltsdauer in Bad Sooden-Allendorf zeigt, dass sich das Kurwesen dort positiv entwickelt hat. Positive Entwicklungen gab es auch in Nentershausen und Wanfried. In den meisten Kommunen sind jedoch im Jahr nach der documenta in Kassel und dem Deutschen Wandertag in Eisenach und auch in den Bereichen, in denen der Bau der A44 inzwischen abgeschlossen ist, mehr oder weniger starke Rückläufe zu betrachten. Zugleich ist 2018 auch das Angebot an angebotenen Schlafplätzen in gewerblichen Übernachtungsbetrieben weiter gesunken.

Das Frühjahr begann verregnet und mit Sturmschäden an der Wanderinfrastruktur. In Erinnerung an den verregneten Sommer des Vorjahrs fühlten sich sicherlich etliche Menschen veranlasst, rechtzeitig nach einem wettersicheren Sommerurlaubsziel zu suchen. Und auch der übermäßig heiße, wetterstabile Sommer animierte eher zur Suche nach einem ruhigen Plätzchen am Meer als zu Aktivurlaub im Mittelgebirge.

Nichtdestotrotz waren die Planwagenfahrten zur Mohnblüte wieder ausgebucht, klingelte in den Sommerferien das Telefon heiß mit Nachfragen nach den Öffnungszeiten des Barfußpfads – wir hatten subjektiv nicht den Eindruck, dass weniger Gäste in der Region unterwegs waren als in anderen Jahren.

III. Wesentliche Entwicklungen im angelaufenen Geschäftsjahr/Informationen zum Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks der Organisation

Die neue Geo-Naturpark-App, die uns im Jahr 2018 beschäftigt hat und Anfang Dezember in die Stores kam, hat innerhalb kurzer Zeit die ersten 800 Downloads erfahren und bislang nur positive Bewertungen, aber natürlich auch einige konstruktive Hinweise auf mögliche weitere Inhalte erhalten.

Der Ausbau der reiseauslösenden Infrastruktur – vornehmlich durch die Mitarbeitenden des Zweckverbands entwickelt, aber vom Team der Tourismusmarketinggesellschaft immer gleich begleitet, um parallel das dazu gehörende Marketing aufzubauen – prägte ebenfalls die Arbeit des gesamten Teams: Die Inwertsetzung der Kirschblüte in Witzenhausen als reiseauslösendes Thema für die gesamte Region, die Optimierung der Infrastruktur für Rad- und Kanugäste, die Weiterentwicklung der Mohnblüte und neue Themen wie die Frau Holles Blumenwiesen.

Einmal mehr hat sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit der beiden Teams nicht nur harmonisiert sondern die Regionalentwicklung für einen naturverträglichen Tourismus beflügelt.

Gleichwohl zeigt sich, dass sich durch die Neuorganisation unter dem Dach des Geo-Naturparks Kommunikationswege mit den Kommunen und auch zwischen den Kommunen verändert haben. Der Austausch von Informationen ist nicht mehr terminiert, Inhalte des Geo-Naturparks werden noch weniger in die Tourist-Informationen getragen. Die Region zeigt sich weder nach außen noch nach innen geschlossen. Um diese Reibungsverluste zu minimieren und die Region nach außen einheitlich zu gestalten, haben wir – inhaltlich unterstützt durch politische und touristische Akteure der Region - von der BTE Tourismus- und Regionalberatung die derzeitige Situation analysieren und einen Handlungsleitfaden entwickeln lassen. Vielleicht weht dann ab 2019 ein neuer Wind im Tourismusmarketing.

Ganz besonders viel Wind gab es im Januar 2018. Sturmtief Friederike wütete und zerstörte in Stunden die Wegeinfrastruktur vor allem an Premiumwegen und den Werra-Burgen-Steig Hessen – und raubte in der Folge für die Ausweisung von temporären Umwegen und den Wiederaufbau der Wege Zeit und Geld, das eigentlich für den Fortgang anderer Projekte gedacht war. Viel Wind machte auch die Europäische Datenschutzgrundverordnung. Und nicht

[5] Alle regionalen Gästezahlen sind den Berichten des Statistischen Landesamtes Hessen entnommen. Diese berücksichtigen gewerbliche Beherbergungsbetriebe ab 10 Betten (meldepflichtig).

zuletzt sorgten auch wir für Wirbel, in dem wir als größter Beitragszahler bei unserem Dachverband, der Werratal Touristik, unserer Unzufriedenheit Luft machten und damit einen Strategieprozess eröffneten, in dem neben der finanziellen und damit auch personellen Ausstattung des Vereins auch die Aufgabenschwerpunkte diskutiert werden sollen.

B. Darstellung der Lage

I. Darstellung der Vermögenslage

Das Anlagevermögen hat sich aufgrund von Abschreibungen und Abgängen von 8,0 T€ auf 6,5 T€ verringert. Das Umlaufvermögen setzt sich aus dem Bankguthaben/Kassenbestand und Sonstigem Vermögen zusammen. Es werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen i.H.v. 2.109,13 € ausgewiesen.

II. Darstellung der Ertragslage

	2018		2017		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	30,2	9,3	12,1	4,2	18,1
sonstige betriebliche Erträge	295,7	90,7	275,8	95,8	19,9
Gesamtleistung	325,9	100,0	287,9	100,0	38,0
Personalaufwand	140,6	43,1	102,9	35,7	37,7
Planmäßige Abschreibungen	1,7	0,5	5,9	2,0	-4,2
betriebliche Aufwendungen	132,0	40,5	136,5	47,3	-4,5
Erfolgsunabhängige Steuern	0,2	0,1	0,2	0,1	0,0
Betriebsaufwand	274,5	84,2	245,5	85,1	29,0
Betriebsergebnis	51,4	15,8	42,4	14,9	9,0
Finanzerträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Neutrale Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Neutrale Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Neutrales Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtergebnis vor Ertragssteuern	51,4	15,8	42,4	14,9	9,0
Ertragssteuern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	51,4	15,8	42,4	14,9	9,0

(Rundungsdifferenzen in Tabellen werden nicht angepasst.)

Der Personalaufwand von TEUR 140,6 setzt sich aus Löhnen und Gehältern in Höhe von TEUR 109,8 sowie sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung in Höhe von TEUR 30,8 zusammen.

Bei den Abschreibungen auf Sachanlagen (TEUR 1,7) handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen.

Der Erhöhung des Betriebsaufwands liegen vor allem in einem erhöhten Personalaufwand begründet. Im Zuge der Umstrukturierung wurden 2016 Arbeitsverträge gekündigt des betrieblichen Aufwands liegen vor allem die deutlich niedrigeren Kosten für Personal zugrunde, da im Zuge der Umstrukturierung Arbeitsverträge gekündigt wurden bzw. ausliefen.

Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 51,4.

		31.12.2018	31.12.2017
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{Gewinn}}{\text{Umsatzerlöse}}$ X 100	170,59	351,43
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Gewinn}}{\text{Eigenkapital}}$ X 100	24,70	27,09

III. Darstellung der Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen können allein durch die liquiden Mittel erfüllt werden. Die kurzfristigen Verpflichtungen der Gesellschaft werden in vollem Umfang durch das kurzfristige Vermögen gedeckt.

IV. Erläuterungen von Planabweichungen

Statt einem Überschuss von TEUR 51,4 war im Wirtschaftsplan nur ein Gewinn von TEUR 0,1 vorgesehen. Auch 2018 ließ die – erfreulicherweise zunehmende - personelle Ausstattung noch nicht die Umsetzung aller geplanten Projekte zu.

Insbesondere die Entwicklung der Geo-Naturpark-App, aber auch die Umsetzung der DSGVO, nahm außerplanmäßig viel Zeit in Anspruch. Deutlich mehr Zeit als veranlagt, wurde in die Analyse der Zufriedenheit mit sowie die Erwartungen an die Arbeit der WTMG/des Geo-Naturparks durch die Kommunen investiert, um hier zukunftsfähige Arbeitsstrukturen aufzubauen. Zugleich fehlte aber noch die zündende Idee, wie der Bekanntheitsgrad von Frau Holle für die Region aufmerksamkeitsstark im Marketing genutzt werden kann, so dass Marketinggelder nicht im geplanten Maße verwandt wurden. Mit der in der 2. Jahreshälfte 2019 beginnenden Kampagne ist jedoch mit dem Abschmelzen der Gewinnvorträge zu rechnen.

C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Auch für 2019 haben wir wieder viele Pläne. Auf dem Weg zu einer einheitlichen Regionsdarstellung nach außen und innen wollen wir zwar möglichst viele Akteure einbinden oder mitnehmen. Wir hoffen, dass der eine oder die andere den Sprung über den eigenen Schatten – und über den eigenen Tellerrand – wagt. Dabei steht für den Geo-Naturpark die Fragestellung auf dem Plan, in welchem Maße wir den gestalterischen Rahmen der Nationalen Naturlandschaften verlassen, um den Kommunen ein auch durch sie nutzbares Gestaltungsangebot unterbreiten zu können.

In diesem Zuge planen wir eine große Imagekampagne, die den Bekanntheitsgrad von Frau Holle nutzen soll. Hierfür möchten wir angesparte Mittel einsetzen. Es bleibt daher auch 2019 spannend.

2019 wurde erneut der Personalstamm vergrößert. Er liegt jedoch auch weiterhin unter dem vor der Zusammenführung mit dem Geo-Naturpark für die WTMG durchschnittlichen Personalbestand.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit in vielen bewährten und neuen Partnerschaften und danken allen, die unsere Arbeit konstruktiv begleiten und zur Bekanntheit des Geo-Naturparks Frau-Holle-Land beitragen.

II. Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2019

Für 2019 ist ein nahezu ausgeglichener Wirtschaftsplan (-2,1 T€) verabschiedet worden. Darin enthalten ist ein Gesellschafterzuschuss des Kreises sowie ein Kooperationsbeitrag der Gemeinde Nentershausen in Höhe von insgesamt 313,5 TEUR enthalten.

D. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Risiken der Werratal Tourismus Marketing GmbH hinsichtlich der künftigen Entwicklung sind zurzeit nicht erkennbar.

E. Sonstige Angaben

Keine

2 Eigenbetriebe

2.1 Eigenbetrieb „Volkshochschule, Jugend, Freizeit Werra-Meißner"

Eigenbetrieb „Volkshochschule, Jugend, Freizeit
Werra-Meißner"
Steinstr. 23
37213 Witzenhausen
Telefon: 05542/9336-0
Telefax: 05542/9336-26
E-Mail:
info.witzenhausen@vhs-werra-meissner.de
Internet: www.jugendeinrichtungen-wmk.de
www.vhs-werra-meissner.de

Gegenstand des Unternehmens und öffentlicher Zweck

Zweck des Betriebsteiles Jugend- und Freizeiteinrichtungen ist es, insbesondere Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen, die Möglichkeit zu Erholungs-, Erziehungs- und Freizeitaufenthalten zu bieten und dafür auch Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Der Betriebsteil Volkshochschule Werra-Meißner gewährleistet ein gleichmäßig und gleichberechtigt versorgendes Bildungsangebot für die Bevölkerung. Sein Angebot der Erwachsenenbildung und Weiterbildung wird nach den Grundsätzen und Regelungen des Hessischen Weiterbildungsgesetzes gestaltet. Ziel der Volkshochschule Werra-Meißner ist, die Entfaltung der Persönlichkeit zu fördern, die Fähigkeit zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens zu stärken und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen zu helfen. Ihr Bildungsangebot umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen, gesundheitlichen und kulturellen Weiterbildung sowie der Weiterbildung im Zusammenhang mit der Ausübung eines Ehrenamtes. Darüber hinaus erfüllt die Volkshochschule Werra-Meißner im Auftrag Dritter ergänzende Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen, unter anderem Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch. Ihre Arbeit ist überparteilich und überkonfessionell. Die beiden Volkshochschulstandorte Eschwege und Witzenhausen werden erhalten.

Der Eigenbetrieb übt keine wirtschaftliche Tätigkeit gem. § 121 Abs. 2 HGO aus.

Organe des Eigenbetriebs

Betriebskommission:

Kreisausschussmitglieder:

- Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender)
- Friedrich Arnoldt
- Sabine Wilke

Kreistagsabgeordnete:

- Michael Cracium
- Dr. Uwe Heinemann
- Alexander Heppe
- Helena Pfingst
- Dr. Marita Kroneberger
- Lothar Nöding

Vertreterin des Personalrates:

- Uta Fischer
- Jens Hofmeister

Wirtschaftlich erfahrene Personen:

- Claus Hamp
- Jürgen Vogelei

Betriebsleitung:	Matthias Schulze

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Eigenbetrieb
Gründung:	21.03.1991
Gezeichnetes Kapital	50 Tsd. € (100 % Werra-Meißner-Kreis)
Beteiligungen:	EAM Sammel- und Vorschalt 3 GmbH (20,53%)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 27.09.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	ja
Abschlussprüfer:	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Kassel

Vergütungen der Betriebskommission und der Betriebsleitung

Für die Teilnahme an den Sitzungen der Betriebskommission des Eigenbetriebs erhielten die Mitglieder der Betriebskommission im Berichtsjahr insgesamt Aufwandsentschädigungen in Höhe von 1.351,70 €. Der Vorsitzende der Betriebskommission erhielt keine Aufwandsentschädigung.

Unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angaben der Vergütung der Betriebsleitung zu verzichten.

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Der Landkreis hat auf der Grundlage der Ergebnisverwendung des Jahresabschlusses 2017 keine Ausschüttung erhalten.

Darüber hinaus erhielt der Landkreis im Berichtsjahr die folgenden Zahlungen vom Eigenbetrieb:

- Zins- und Tilgung -Darlehen mit WMK (REB, FEZ): 103.560,00 €
- Nutzungspauschale Turnhallen, Rückzahl. Anteil Aufzug 11.255,00 €
- Erstattung für Personalrat und Rechnungsprüfungsamt: 9.873,00 €
- Verrechnung von Gebühren, Umlagen und Versicherungen: 15.978,00 €

Im Berichtsjahr hat der Landkreis die folgenden Zuschüsse an den Eigenbetrieb gezahlt:

- Zuschuss VHS-Arbeit: 390.400,00 €

Im Berichtsjahr hat der Landkreis die folgenden Zuschüsse oder Vergütungen für Projekte an den Eigenbetrieb gezahlt:

- Projekt Landaufschwung 4.200,00 €
- Projekt Schulsozialarbeit: 403.285,00 €
- Projekt Bildungs- und Erziehungsplan 10.761,00 €
- Projekt Schulische Erziehungshilfe: 91.673,00 €
- Projekt Kompetenzagentur: 127.039,00 €
- Projekt Bildungsberatung: 35.000,00 €

- Projekt Ganztagesangebot und Mittagsbetreuung Schulen: 1.223.167,00 €
- Projekt Grundschulen Pakt f. Nachmittag (Übern. Elternbeiträge): 63.119,00 €
- Projekt AbU (Ausbildungsbegleitende Unterstützung): 49.973,00 €
- Diverse Deutsch-Unterrichte (FB 4 Arbeitsmarktbudget): 40.000,00 €
- Projekt Seniorenbetreuung: 6.900,00 €

Bilanz

Aktiva	**2018**	**2017**	**2016**
	€	**€**	**€**
Anlagevermögen	17.974.040	16.942.165	16.366.610
Umlaufvermögen	7.650.534	8.580.478	7.899.767
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	**25.624.573**	**25.522.643**	**24.266.376**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	50.000	50.000	50.000
Rücklagen	22.866.536	21.744.261	21.253.665
Jahresüberschuss	345.131	1.128.215	496.535
	23.261.667	22.922.476	21.800.201
Sonderposten aus Zuwendungen	1.207.849	1.248.825	1.295.794
Rückstellungen	148.900	186.300	130.550
Verbindlichkeiten	1.002.368	1.159.962	1.033.502
Rechnungsabgrenzungsposten	3.790	5.080	6.330
Bilanzsumme	**25.624.573**	**25.522.643**	**24.266.376**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Umsatzerlöse	4.890.931	4.645.125	3.956.664
Sonstige betriebliche Erträge	83.566	746.838	51.428
Materialaufwand	1.067.243	1.124.076	942.826
Personalaufwand	3.182.514	2.805.663	2.333.338
Abschreibungen	217.121	192.317	185.434
Sonstige betriebliche Aufwendungen	639.635	778.810	684.502
Erträge aus Beteiligungen	461.532	461.532	461.532
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
Zinsergebnis	16.170	176.149	173.556
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**345.685**	**1.128.778**	**497.080**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	554	562	545
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**345.131**	**1.128.215**	**496.535**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	92	79	64
Anlagenintensität in %	70,14%	66,38%	67,45%
Eigenkapitalquote in %	90,78%	89,81%	89,84%
Verschuldungsgrad (Faktor)	0,10	0,11	0,11

Lagebericht (Auszug)

Allgemein

Der „Eigenbetrieb Jugend-Freizeit-Bildung“ wurde zum 01. Januar 1991 gegründet. Zum 01. Januar 2014 wurden die beiden Volkshochschulen „Volkshochschule Eschwege e.V.“ und „Volkshochschule Witzenhausen e.V.“ in den Eigenbetrieb integriert. Der Eigenbetrieb besteht aus zwei Betriebsteilen; Zweck des Betriebsteiles „Jugend- und Freizeiteinrichtungen“ ist es, insbesondere Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit zu Erholungs-, Erziehungs- und Freizeitaufenthalten zu bieten und dafür Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Der Betriebsteil „Volkshochschule Werra-Meißner“ hat den Zweck/Aufgabe ein gleichmäßig und gleichberechtigt versorgendes Bildungsangebot im Werra-Meißner-Kreis zu gewährleisten. Sein Angebot der Erwachsenenbildung und Weiterbildung wird nach den Grundsätzen und Regelungen des Hessischen Weiterbildungsgesetzes gestaltet. Das Bildungsangebot umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen, gesundheitlichen und kulturellen Weiterbildung. Darüber hinaus erfüllt die Volkshochschule Werra-Meißner im Auftrag Dritter

ergänzende Aufgaben, der Eigenbetrieb kann alle den Betriebszweck fördernde und ihn wirtschaftlich berührende Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben. Weiterer Betriebszweck ist die Beteiligung an der „EAM“ über die EAM Sammel-und Vorschalt 3 GmbH Kassel.

Der Eigenbetrieb wird durch die Betriebsleitung mit folgenden Leistungsindikatoren geführt: - Jahresergebnis pro Betriebsteil, - Auslastung der Jugendeinrichtungen, - Auslastung der originären Bildungsangebote, - Plan/Ist Vergleiche der befristeten „Drittmittel-Projekte“.

Wirtschaftliche Entwicklung 2018 (Geschäftsverlauf)

Erträge:

Die Erträge resultieren mit T€ 4.924,9 (Vorjahr: T€ 5.345,1) aus Erlösen für die Unterbringung, Verpflegung der Jugend- und Erwachsenengruppen, Pachteinnahmen, Kursgebühren für Volkshochschulkurse, Erlöse für Auftragsmaßnahmen und Zuschüssen für Projekte. Die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten betragen T€ 49,6 (Vorjahr T€ 46,9). Weitere Erträge werden in Höhe von T€ 461,5 aus der Dividende der „EAM“ erzielt; die Zinserträge betragen T€ 114,1.

Die Erlöse in dem Betriebsteil „Jugend-Freizeit“ für die Unterbringung, Verpflegung und Verpachtung der Jugendeinrichtungen sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 61,1 auf T€ 327,6 gesunken. Ursache ist ein Belegungsrückgang in den Jugendeinrichtungen um 14,7%. Die Erträge aus der Dividende der EAM-Sammel- und Vorschalt 3 GmbH, Kassel, sind gegenüber den letzten drei Jahren konstant geblieben (T€ 461,5), die Zinserträge haben sich gegenüber 2017 um T€ 90,8 auf T€ 114,1 vermindert, Ursache sind auslaufende langfristige Festgeldanlagen. In dem Betriebsteil Volkshochschule Werra-Meißner „Originär“ wurden Erlöse und Zuschüsse in Höhe von T€ 1.594,7 (Vorjahr: T€ 1.831,8) erzielt, in dem Betriebsteil „Drittmittel und Auftragsmaßnahmen“ betragen die Erlöse T€ 3.002,7 (Vorjahr T€ 2.424,6). In der Summe haben sich die Erlöse gegenüber dem Vorjahr um T€ 248,8 erhöht, der einmalige Einfluss in 2017 durch den Verkauf der Europa-Akademie (T€ 699,9) wurde nicht berücksichtigt.

Diese Angaben und die folgenden Erläuterungen beziehen sich auf die Gesamtübersichten zu den einzelnen Betriebsteilen dieses Lageberichtes (Seite 3 und 5). Die Daten resultieren aus der Kosten-Leistungsrechnung und orientieren sich an der Gliederung im Wirtschaftsplan 2018.

Jahresüberschuss, Entwicklung der Aufwendungen

Der Jahresgewinn beträgt T€ 345,1 (Vorjahr T€ 1.128,2), er gliedert sich nach den Betriebsteilen wie folgt auf: Jugend-Freizeit + T€ 24,7 (VJ T€ 880,9); VHS-Originär + T€ 139,9 (VJ T€ 160,5) und VHS-Drittmittel + T€ 180,5 (VJ T€ 86,8).

Die Personalaufwendungen betragen insgesamt T€ 3.182,5 und haben sich um T€ 374,8 gegenüber dem Vorjahr erhöht, wesentlicher Grund hierfür ist der Personalaufbau und die Beschäftigung von zusätzlichen Mitarbeitenden im Bereich der Nachmittagsbetreuung an den Grundschulen (Pakt für den Nachmittag). Der Aufwand für Waren und bezogene Leistungen (Honorare, Lehrmittel, Material, Ausstattung) beträgt T€ 1.279,4 (Vj. T€ 1.399,7). Die Aufwendungen für Gebäude (Mieten, Betriebskosten, Reinigung, Instandhaltung) betragen T€ 234,4 (Vj. T€ 322,1), die Aufwendungen für Repräsentation, Verwaltung, Beratung, Sachmittel und Sonstige Aufwendungen betragen T€ 193,7 (Vj. T€ 176,5), die Aufwendungen für Zinsen betragen T€ 97,9 (Vj. T€ 28,9). Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen T€ 217,1 (Vorjahr T€ 192,3).

Das geplante Jahresergebnis für 2018 in Höhe von T€ 52,8 erhöht sich aufgrund der sehr positiven Entwicklung in dem Betriebsteil Volkshochschule (Originär und Drittmittel) auf T€ 345,1 (Vj. T€ 429,2); ein einmaliger Überschuss durch den Verkauf der „Europa-Akademie“ im Vorjahr wird bei diesem Vergleich nicht berücksichtigt. Der Gesamtgewinn 2018 in Höhe von T€ 345,1 kann einer zweckgebundenen Rücklage zugeführt werden. Wie im Vorjahr ist eine Ausschüttung in Höhe von netto T€ 5,0 geplant, die als Art Eigenkapitalverzinsung (10 % von T€ 50,0) an den Werra-Meißner-Kreis gezahlt wird.

In 2018 wurden insgesamt T€ 247,0 investiert. Im Jugenddorf Hoher Meißner wurde der Bau der Pellet-Heizung und die Verlegung der Fernwärmeleitung durchgeführt (T€ 121,2), im Haus der Jugend Reichenbach musste eine Pumpanlage für die Wasserversorgung neu installiert werden (T€ 39,8). An dem Vhs-Standort Witzenhausen wurden T€ 49,3 in die Außenanalgen und das Gebäude investiert. In die Jugendeinrichtungen des Eigenbetriebes wurden T€ 12,1 investiert. Für die Betriebs- und Geschäftsausstattung und die EDV-Ausstattung an allen vier Standorten des Eigenbetriebes wurden T€ 36,7 investiert. Die Beteiligung an der „EAM“ über die Vorschalt-GmbH 3 mit Sitz in Kassel ist mit T€ 11.126,5 bilanziert.

Forderungen bestehen in Höhe von T€ 1.024,8 (Vj. T€ 1.089,6), wesentliche Teile sind Forderungen aus den Ratenkaufverträgen „Freizeitzentrum Meinhardsee“ und „Jugendseeheim Pellworm“ in Höhe von T€ 261,7 (Vj. T€ 409,8). Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 302,9 und die Forderungen aus Kapitalertragsteuer in Höhe von T€ 310,0 wurden im Laufe des Jahres 2019 ausgeglichen. Die Kassen- und Bankbestände betragen T€ 6.625,7 (Vj. T€ 7.490,9); davon sind T€ 2.100,0 zum 31. Dezember 2018 in Festgeldern angelegt, weitere T€ 3.000,0 sind langfristig angelegt und als Wertpapiere des Anlagevermögens bilanziert.

Das Eigenkapital kann um den Gewinn 2018 in Höhe von T€ 345,1 auf insgesamt T€ 23.267,6 erhöht werden, die geplante Ausschüttung beträgt wie in den Vorjahren brutto T€ 5,9. Das Eigenkapital und die Rücklagen haben sich in den letzten fünf Jahren wie folgt entwickelt:

Entwicklung des Eigenkapitals

Jahr	**gez. Kapital**	**Gewinn lfd. Jahr**	**Rücklagen**	**Gesamt**	**Ausschüttung**
	T€	T€	T€	T€	T€
2014	50,0	128,1	20.611,4	20.789,2	-5,9
2015	50,0	243,5	20.733,3	21.026,8	-5,9
2016	Zugang Rücklage aus	Vereinsvermögen vhs	282,8		
2016	50,0	496,5	21.253,6	21.800,2	-5,9
2017	50,0	1.128,2	21.744,3	22.922,5	-5,9
2018	50,0	345,1	22.872,5	23.267,6	-5,9 (geplant 2019)

Investitionszuschüsse wurden in 2018 in Höhe von T€ 8,6 vereinnahmt, die Sonderposten betragen zum 31.12.2018 T€ 1.207,8 (Vj. T€ 1.248,8). Im Zuge der Eingliederung der Steintorschule Witzenhausen in den Eigenbetrieb zu Buchwerten wurden die erhaltenen Investitionszuschüsse für die energetische Sanierung aus 2011 ebenfalls übertragen. Die Auflösung der gesamten Sonderposten beträgt T€ 49,6 (Vj T€ 46,9). Die Verbindlichkeiten betragen insgesamt T€ 1.002,4 (Vj. T€ 1.160,0), davon bestehen gegenüber dem Werra-Meißner Kreis T€ 519,7 (Vj. T€ 626,5), die im Wesentlichen auf Darlehen durch die Übernahme von Anlagevermögen beruhen; sie werden auf Basis bestehender Darlehensverträge planmäßig zurückgezahlt.

Der Eigenbetrieb beschäftigte Ende 2018 insgesamt sechsundneunzig Angestellte und zwei Auszubildende. In dem Betriebsteil Jugend, Freizeit sind 8 Angestellte und 1 Auszubildende, im Betriebsteil VHS-Originär 17 Angestellte und 1 Auszubildender, im Drittmittelbereich 71 Angestellte beschäftigt, insgesamt haben 17 Angestellte eine Vollzeitstelle. Zusätzlich sind 26 Mitarbeitende geringfügig beschäftigt. Die Personalkosten in Höhe von T€ 3.182,5 haben einen Anteil von 61,1% (Vj. 56,9%) der Gesamtaufwendungen in Höhe von T€ 5.205,0 (Vj. T€ 4.930,3). Die Personalaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 342,8 gestiegen,

dies ist im Wesentlichen auf die Tariferhöhung (+3,1 %) und zusätzliche Mitarbeitende im Bereich Nachmittagsbetreuung insbesondere an Grundschulen zurückzuführen. Die Materialaufwendungen und bezogenen Dienstleistungen (T€ 1.067,2) haben einen Anteil von 20,5 %, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, d.h. Mieten, Instandhaltung, Reinigung, Betriebskosten, Verwaltungskosten, Fahrtkosten, Beratung und Marketing (T€ 639,6) haben einen Anteil von 12,3 %, die Abschreibungen (T€ 217,1) einen Anteil von 4,2 %, die Zinsaufwendungen und Abschreibungen auf Finanzanlagen (T€ 97,9) einen Anteil von 1,9 %.

Geschäftsverlauf in den einzelnen Betriebsteilen:

I Betriebsteil Jugend, Freizeit:

Die Belegung ist im Jugenddorf Hoher Meißner und im Haus der Jugend gegenüber dem Vorjahr erheblich gesunken (-14,7 %); die stetige Steigerung der letzten drei Jahre in beiden Einrichtungen hat sich nicht fortgesetzt. Ursache sind fehlende Belegungen in den Sommerferien, Stornierungen und eine geringere Aufenthaltsdauer der Gruppen. Insgesamt bleibt der Trend der vergangenen Jahre erhalten: die Gruppengröße und die Aufenthaltsdauer der Gruppen reduziert sich. Das Ergebnis im Jugenddorf Hoher Meißner hat sich gegenüber der Planung für 2018 um T€ 34,9 verbessert, das Ergebnis im Haus der Jugend hat sich um T€ 11,3 verschlechtert.

Das Gesamtergebnis in dem Betriebsteil Jugend-Freizeit beträgt T€ 24,7 (Vj.T€ 181,9) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 157,2 reduziert. Ursache hierfür sind sinkende Zinserlöse (- T€ 90,8), einmalige Aufwendungen (T€ 73,0) als Anschaffungsnebenkosten für eine langfristige Zinsanlage. Der Jahresüberschuss im Betriebsteil beträgt insgesamt T€ 24,7, der Planansatz für 2018 in Höhe von T€ 30,7 wurde nicht erreicht.

II Betriebsteil Volkshochschule, Drittmittel Projekte:

Zum 01. Januar 2014 wurden die beiden Volkshochschulen Eschwege und Witzenhausen gemäß Kreistagbeschluss vom 27. September 2013 zusammengeführt und in den Eigenbetrieb Jugend-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen integriert. Hierdurch werden einheitliche Strukturen in allen Bereichen geschaffen und Abläufe optimiert. Der neue Betriebsteil gliedert sich in die Sparten „Originärer Bereich“ und „Drittmittelbereich“.

Im Originären Bereich wurden Erlöse in Höhe von T€ 1.617,5 (Vorjahr T€ 1.856,4) erzielt. Die Aufwendungen betragen T€ 1.477,6 (Vorjahr T€ 1.695,8). Das Ergebnis im originären Bereich in Höhe von T€ 139,2 hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 20,6 reduziert. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Erlöse im Bereich der Deutsch-Integrationskurse vermindert, sie betragen in 2018 T€ 777,1 gegenüber T€ 994,9 im Vorjahr. Die Erlöse durch Teilnehmergebühren und Programmheft-Anzeigen betragen T€ 298,1 gegenüber T€ 299,7 im Vorjahr, die Zuschüsse des Werra-Meißner-Kreises und des Landes Hessen für die Erwachsenenbildung betragen T€ 486,8.

	Erfolgsübersicht 2018	**Volkshochschule Werra-Meißner**		
		Gesamt	VHS-Originär	Drittmittel
	Aufwendungen nach Sparten	**€**	€	€
1.	Materialaufwand, Bezug von Fremden	**342.515,46**	42.134,30	300.381,16
2.	Honorare für Kursleiter u. Dozenten	**729.875,09**	260.404,26	469.470,83
3.	Gehälter + Sozialabgaben	**2.872.550,99**	915.805,29	1.956.745,70
4.	Nebenkosten Personal	**32.334,66**	9.932,47	22.402,19
5.	Gebäude-Kosten und Reinigung	**127.775,27**	94.303,84	33.471,43
6.	Marketing, Programmheft	**28.062,25**	28.062,25	0,00
7.	Verwaltung	**51.604,21**	43.440,76	8.163,45
8.	Abschreibungen	**89.721,76**	62.496,20	27.225,56
9.	Zinsen	**0,00**	0,00	0,00
10.	Andere betriebliche Aufwendungen	**37.842,92**	21.029,71	16.813,21
11.	Summe der Aufwendungen	**4.312.282,61**	**1.477.609,08**	**2.834.673,53**
12.	**Betriebserträge**	**4.000.922,30**	1.052.255,24	2.948.667,06
13.	Sonstige Erträge u. Zuschüsse	**596.463,92**	542.400,44	54.063,48
14.	Erträge a. Auflösung SoPo	**35.302,45**	22.873,51	12.428,94
	Summe der Erträge	**4.632.688,67**	**1.617.529,19**	**3.015.159,48**
15.	Betriebsergebnis	**320.406,06**	139.920,11	180.485,95
16.	Zinserträge	**0,29**	0,29	0,00
17.	Jahresergebnis	**320.406,35**	**139.920,40**	**180.485,95**

Die Aufwendungen sind in der Sparte vhs-Originär um T€ 218,2 auf insgesamt T€ 1.477,6 gesunken, wesentliche Ursache sind sinkende Personal- und Honoraraufwendungen im Bereich Deutsch-Integrationskurse und die Reduzierung der Gebäudekosten durch Nutzung der eigenen Immobilie am Standort Witzenhausen.

In der Sparte Drittmittel haben sich die Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. Die Erlöse betragen T€ 3.015,2 gegenüber T€ 2.432,7 im Vorjahr. Es wurden achtzehn Drittmittel-Projekte mit unterschiedlichem Umfang durchgeführt; die Nachmittagsbetreuung an den Schulen des Werra-Meißner-Kreises wurde erheblich ausgebaut, insbesondere im Programm „Pakt für den Nachmittag“. Insgesamt haben sich die Erlöse für die Nachmittagsbetreuung an Schulen des WMK um T€ 369,6 auf T€ 1.320,5 erhöht. Mit besonderen Auftragsmaßnahmen im Bereich „Deutsch- Unterricht für Flüchtlinge“ wurden Erlöse in Höhe von T€ 123,6 erzielt. Die Aufwendungen haben sich aufgrund der zusätzlichen Projekte um T€ 488,7 auf T€ 2.834,7 erhöht; die wesentliche Steigerung ist im Bereich Personal (T€ + 428,3) zu verzeichnen. Zusätzliches Personal wurde insbesondere in der Nachmittagsbetreuung in den Schulen, bei dem Deutsch-Unterricht für Flüchtlinge und der Projektbetreuung „Allgemeine Hilfe zur Arbeit“ eingesetzt. Alle Projekte sind zeitlich befristet und tragen zur Deckung der Fixkosten für Gebäude und Verwaltung in den beiden Volkshochschulstandorten bei.

Das Gesamtergebnis des Betriebsteiles Volkshochschule Werra-Meißner beträgt insgesamt T€ + 320,4 (Vj. T€ +247,3) und liegt deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres. Gegenüber

dem Planansatz (T€ 22,1) wurde eine Verbesserung um T€ 298,3 erzielt. Die Ist-Jahresergebnisse von 2013 bis 2018 haben sich folgendermaßen entwickelt:

2013 = T€ -174,3; 2014 = T€ - 84,4; 2015 = T€ + 21,4; 2016 = T€ +253,5; 2017 = T€ +247,3, 2018 = T€ +320,4. Die Vorgaben aus dem Eckpunktepapier gem. Kreistagbeschluss vom September 2013 zur Zusammenführung der beiden Volkshochschulvereine in den Eigenbetrieb wurden erfüllt.

Die Auslastung der Kurse in der originären Bildungsarbeit ist in 2018 vergleichbar mit dem Vorjahr, die Umsätze haben sich um T€ 0,9 auf T€ 287,5 erhöht.

Die Auslastung in den Deutsch-Integrations- und Alphabetisierungskursen ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Bildungsarbeit wird in den letzten drei Jahren erheblich durch die Integrationskurse geprägt.

Der Schwerpunkt der realisierten Kurse im herkömmlichen Bereich der Erwachsenenbildung liegt weiterhin im Programmbereich (PB) Gesundheit gefolgt vom Programmbereich Sprachen. Gleichauf liegen in diesem Jahr der Programmbereich Gesellschaft-Politik-Umwelt und der Programmbereich Kultur-Gestalten. Der Programmbereich Arbeit-Beruf-EDV ist weiterhin rückläufig, dank einiger Firmenschulungen sind die Einnahmen konstant geblieben. Insgesamt wurden 712 Kurse mit 8.474 Teilnehmern realisiert, in den Kursen wurden den Teilnehmern 21.134 Unterrichtseinheiten angeboten.

Zur Beurteilung der weiteren Entwicklung können für die originäre, herkömmliche Bildungsarbeit der Vhs, ohne die besonderen Einflüsse der Integrationskurse, verschiedene Kennzahlen gebildet werden. Die Erlöse pro Teilnehmer haben sich geringfügig auf 43,33 € vermindert, die Erlöse pro Teilnehmer und Unterrichtseinheit haben sich gegenüber den Vorjahren auf 2,81 € erhöht. Die Kursauslastung liegt wie im Vorjahr bei durchschnittlich 11 Teilnehmern.

Insgesamt sind ohne Berücksichtigung der Integrations- und Alphabetisierungskurse die Anzahl der realisierten Kurse, die Anzahl der Teilnehmer und die Erlöse (T€ 287,5) im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben, die Anzahl der realisierten Unterrichtseinheiten hat sich im Bereich Beruf-EDV und Gesellschaft-Politik-Umwelt vermindert.

Insgesamt wird die Geschäftsentwicklung des Eigenbetriebs als zufriedenstellend beurteilt, die Entwicklung der Jahresüberschüsse ist seit 2015 in allen Betriebsteilen und Sparten positiv.

Weitere Entwicklung / Chancen- und Risikobericht

Der Jahresüberschuss im Betriebsteil Jugend, Freizeit sinkt in den letzten Jahren deutlich. Ursache ist eine Wegfall von Erlösen; - keine Pachteinnahmen aus Verpachtung der Europa-Akademie seit 2017, sinkende Zinserträge verstärkt ab 2018, Abschmelzen der Zinserträge aus den Ratenkaufverträgen „Freizeitzentrum Meinhardsee“ und „Jugendseeheim Pellworm. In den Freizeiteinrichtungen sind die Erlöse aus der Belegung gegenüber dem Vorjahr um T€ 41,6 gesunken. Für das Jahr 2019 zeichnet sich eine wieder steigende Belegung der Jugendeinrichtungen ab, die Zinserträge werden sich auf dem niedrigen Niveau stabilisieren. Die konstanten Beteiligungserträge und die Zinseinnahmen gleichen weiterhin die operativen Verluste aus den Jugendeinrichtungen aus. Weiterhin wird über eine moderate Anpassung der Übernachtungs-Preise mit einhergehendem Ausbau der Qualität in beiden Einrichtungen das Ziel verfolgt, die bestehende Auslastung zu festigen und auszubauen. Eine steigende Belegung bzw. Auslastung führt aufgrund der moderaten Preisgestaltung im Jugenddorf Meißner und im Haus der Jugend in Reichenbach nur bedingt zu einer nachhaltigen Verbesserung des jeweiligen Betriebsergebnisses. Im Wirtschaftsplan 2019 werden die Zinserträge (T€ 112,0) auf das niedrigere Zinsniveau bei Festgeldanlagen angepasst. Das positive Jahresergebnis in dem Betriebsteil „Volkshochschule Werra-Meißner“ mit den beiden Sparten „Vhs-Originär“ und „Drittmittel“ in Höhe von T€ 320,4 (Vj: T€ 247,3) basiert im Wesentlichen auf der Durchführung der Deutsch-Integrationskurse, der Realisierung zusätzlicher Drittmittelprojekte und der damit verbundenen Verbesserung der Erlös-Situation sowie der Reduzierung von Kosten in beiden Sparten. Der Umfang der Erlöse in 2017 und 2018 hat zum Teil einmaligen Charakter und ist von der Neuzuwanderung von Flüchtlingen im Werra-Meißner-Kreis geprägt. In 2019 wird der Umfang der Deutsch-Integrationskurse weiter zurückgehen, zusätzliche Projekte im Bereich der Qualifizierung von Flüchtlingen zeichnen sich ab und können die Ergebnis-Entwicklung für

2019 positiv beeinflussen. Ob dieser Trend in 2020 anhält, ist zurzeit nicht sicher. Weiterhin besteht die Aufgabe darin, den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Angebotes im Originären Vhs-Bereich fort zu führen und zusätzliche kostendeckende Drittmittel-Projekte zu akquirieren. Generelle Voraussetzung sind kostendeckende Kursangebote und Projekte, die die bestehenden Fixkosten zusätzlich mindern. Die bisher erreichten Kosteneinsparungen durch Synergien bei der Zusammenführung beider Volkshochschulen wurden verstetigt, die Nutzung der ehemaligen Steintorschule als neuer Vhs-Standort in Witzenhausen trägt seit Mai 2017 mit dazu bei.

In dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 ist ein Gesamtergebnis von + T€ 5,2 geplant, für den Betriebsteil Jugend, Freizeit ein Überschuss in Höhe von T€ 36,5 für den Betriebsteil Volkshochschule Werra-Meißner ein Verlust in Höhe von T€ 31,3, der aus geplanten einmaligen hohen Instandhaltungsaufwendungen resultiert.

Aufgrund der vom Werra-Meißner-Kreis übertragenen Aufgabenstellung des Eigenbetriebs ergeben sich im Grunde keine bestandsgefährdenden Risiken. Als Frühwarnsignale wurden die Belegungszahlen der Einrichtungen, die Auslastung der Volkshochschulkurse sowie der Umfang der Auftragsmaßnahmen/Projekte definiert, die auch laufend überwacht werden. Des Weiteren erfolgen Kontrollen im Rahmen der Erstellung des Wirtschaftsplans.

Für mögliche Schadensfälle und Haftungsrisiken wurden Versicherungen abgeschlossen, die sicherstellen, dass sich mögliche finanzielle Folgen eintretender Risiken in Grenzen halten bzw. ganz ausgeschlossen werden. Darüber hinaus sind auch aufgrund der vorliegenden Planung (Wirtschaftsplan 2019) keine Risiken zu erkennen, über die zu berichten wäre.

3 Zweckverbände

3.1 Zweckverband Geo-Naturpark Frau-Holle-Land

Zweckverband Geo-Naturpark
Frau-Holle-Land
Niederhoner Str. 54
37269 Eschwege
Telefon: 05651-99233-0
Telefax: 05651-99233-9
E-Mail: info@naturparkfrauholle.land
Internet: www.naturparkfrauholle.land

Geo-Naturpark Frau-Holle-Land
Werratal.Meißner.Kaufunger Wald

Gegenstand des Zweckverbands und öffentlicher Zweck

Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der allgemeinen Landesplanung den Geo-Naturpark Frau-Holle-Land mit dem Ziele zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raume die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen und durch geeignete Maßnahmen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen.

Zweck des Verbandes sind demnach die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder sowie des Umweltschutzes (§ 52 Abs. 2 Nr. 8 AO), die Förderung der Erziehung-, Volks- und Berufsbildung (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 AO), sowie die Förderung von Heimatpflege und Heimatkunde (§ 52 Abs. 2 Nr. 22 AO). Schließlich fördert der Verband auch Kunst und Kultur (§ 52 Abs. 2 Nr. 5 AO).

Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an. Der Zweckverband übt keine wirtschaftliche Tätigkeit gem. § 121 Abs. 2 HGO aus.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:
(12 Mitglieder)

4 Vertreter des Landkreises Kassel:

- Edgar Paul (Vorsitzender)
- Doris Bischoff
- Marianne Freitag-Thiele
- Frank Williges

8 Vertreter des Werra-Meißner-Kreises:

- Karina Fissmann (2. Stellvertretende Vorsitzende)
- Martina Oehl (1. Stellvertretende Vorsitzende)
- Ulrike Zindel
- Helena Pfingst
- Jürgen Vogelei
- Dirk Landau
- Dieter Kirschner
- Michael Stein

Verbandsvorstand:

- Landrat Stefan Reuß (Verbandsvorsitzender)
- Landrat Uwe Schmidt (1. stellvertretender Verbandsvorsitzender)
- Erster Kreisbeigeordneter Dr. Rainer Wallmann (2. stellvertretender Verbandsvorsitzender)

Beirat:	Fachkundige Personen entsandt von verschiedenen Organisationen und Behörden

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Zweckverband
Gründungsjahr:	1961
Mitglieder/ Beteiligungsquote:	Landkreis Kassel 33,33 % Werra-Meißner-Kreis 66,67 %
geprüfter Jahresabschluss:	vom 10.10.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker . Berger + Partner, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

Der Zweckverband Naturpark Meißner-Kaufunger Wald hat zum 01.01.2009 auf die doppelte Buchführung umgestellt. Folgende wesentliche wirtschaftliche Daten haben sich ergeben:

	2018 €	2017 €	2016 €
Gesamterträge	692.428	673.807	584.716
Gesamtaufwendungen	651.124	656.668	576.142
Aufwendungen Vermögensplan	78.063	67.004	8.168
Jahresergebnis	**+41.304**	**+17.139**	**+8.573**
Eigenkapital	246.623	205.319	188.180
Zahlung durch Werra-Meißner-Kreis (Zweckverbandsumlage):	125.000	110.000	80.000

Lagebericht (Auszug)

Allgemein

Der Zweckverband Naturpark Meißner-Kaufunger Wald wurde 1961 gegründet mit einer Fläche von 42.058 ha. 2017 wurde der Naturpark auf eine Größe von 113.942 ha erweitert (StANZ. 6/2017, S. 216) und in Geo-Naturpark Frau-Holle-Land umbenannt.

Die satzungsgemäßen Aufgaben und Ziele des Geo-Naturparks sind nach § 3 der aktuellen Satzung:

(1) Der Zweckverband ist Planungsgemeinschaft und Träger aller Maßnahmen zur Gestaltung des Geo-Naturpark Frau-Holle-Land.

(2) Der Verband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (AO).

(3) Der Verband hat den Zweck, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der allgemeinen Landesplanung den Geo-Naturpark Frau-Holle-Land mit dem Ziele zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raume die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen und durch geeignete Maßnahmen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen.
Zweck des Verbandes sind demnach die Förderung des Naturschutzes und der

Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder sowie des Umweltschutzes (§ 52 Abs. 2 Nr. 8 AO), die Förderung der Erziehung-, Volks- und Berufsbildung (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 AO), sowie die Förderung von Heimatpflege und Heimatkunde (§ 52 Abs. 2 Nr. 22 AO). Schließlich fördert der Verband auch Kunst und Kultur (§ 52 Abs. 2 Nr. 5 AO).

(4) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

- Erhalt und Pflege der Landschaft und der landeskulturellen Besonderheiten
- Erhalt, Schutz und Pflege der heimischen Tier- und Pflanzenwelt sowie ihrer Lebensräume und Lebensgrundlagen
- Einrichtung und Erhaltung von naturverträglichen Wander-, Rad-, Reit-, und Lernwegen und Wasserwanderwegen, Loipen und dazugehöriger Infrastruktur im Naturpark
- Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde durch Zusammenarbeit mit Historikern im Bereich der Landesforschung und Erschließung der Besonderheiten der Landschaft für die Besucher
- Umweltbildung für Menschen jeden Alters in Sinne einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung durch angebotene Programme mit Bezug zu Naturerlebnis und Naturverständnis und der Nutzung regenerativer Energiequellen
- Förderung von Kunst in Zusammenhang mit naturverträglicher Erholung durch Verbindung von Kunstwerken mit der Natur an Rad- und Wanderwegen

Wirtschaftliche Entwicklung 2018 (Geschäftsverlauf)

Einnahmen (Beträge gerundet)

Die Erträge beliefen sich in 2018 auf 692.428 Euro und sind im Vergleich zu 2017 um 18.621 Euro gestiegen.

Bei den Umsatzerlösen konnten 301.836 Euro erzielt werden. Hauptposten bei den Umsatzerlösen sind das Umsetzen von Arbeiten in Naturschutzgebieten sowie die Herstellung und Einrichtung von touristischer Infrastruktur für Gemeinden.

Zuschüsse wurden in 2018 insgesamt rund 182.156 Euro eingenommen.

Die Umlagen der Mitgliedskreise lagen bei 160.000 Euro, wobei der Werra-Meißner-Kreis mit dem größeren Flächenanteil am Geo-Naturpark den größeren Betrag für die Verbandsarbeit leistet.

Die Personalkostenerstattungen beliefen sich in 2018 auf rund 10.949 Euro. Diese Kostenerstattungen resultieren aus Zahlungen des Jobcenters Werra-Meißner für die Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Programmen (2018 FAV nach §16e SGBII).

Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge umfassen in 2018 37.485 Euro. Hauptanteil bilden hier die Spenden für die Arbeit des Geo-Naturparks in Höhe von 33.079 Euro. Die Spenden stammen zum größten Teil von den Nutzern der Langlaufloipe und des Barfußpfades Hoher Meißner.

Aufwendungen (Beträge gerundet)

Die Aufwendungen beliefen sich in 2018 auf 654.119 Euro und sind im Vergleich zu 2017 um rund 2549 Euro gesunken.

Die unter 68600 gebuchten Materialaufwendungen in Höhe von rund 51.550 Euro sind Materialien und Dienstleistungen, welche im Rahmen der Erstellung von zum Beispiel Premiumwanderwegen und Infotafeln für öffentliche Institutionen aufgewendet und in Form von Produkten (Ertragseite: 45002) mit den Kunden abgerechnet wurden.

Die Kosten für Personalaufwendungen beliefen sich in 2018 auf 404.699 Euro. Dieser betrifft Löhne und Gehälter inklusive Sozialabgaben.

Abschreibungen mindern 2018 in Höhe von 31.068 Euro das Sachanlagenvermögen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in 2018 beliefen sich auf rund 119.670 Euro. Hauptposten bei den betrieblichen Aufwendungen waren mit 28.909 Euro die Öffentlichkeitsarbeit und der Verwaltungs- und Geschäftsbedarf mit 23.268 Euro (6900) Euro.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für 2018 einen Gewinn von 41.304 Euro (2017: 17.139 Euro) aus.

Stellenübersicht Geo-Naturpark Frau-Holle-Land 2018

Funktionsbereich	**Entgeltgruppen gemäß neuem TVöD**															**450 Euro-Basis**	**Sonstige Arbeiter Angestellte**	**Bürgerarbeitsplätze**
	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1			
Angestellte			0,5			0,5				0,5						4*		
Arbeiter														4*			5*	4
Stellen 2018 insgesamt			**0,5**			**0,5**				**0,5**				**4**		**4**	**5**	**4**

* Stellen befristet

Einsatzbereiche Angestellte: 0,5 Stelle (13) Planungsleistungen und Anleitung Arbeitsgruppe, Bindestelle im Bereich Naturschutz und FFH, Vertretung Geschäftsführung.

0,5 Stelle (10) Planungsleistungen und Anleitung Arbeitsgruppe, Umweltbildung.

0,5 Stelle Bürotätigkeiten, Organisation und Betreuung Naturpark-Mobil.

Einsatzbereich geringfügig Beschäftigte: 450 Euro Jobs Naturpark-Mobil und Umweltbildung/Öffentlichkeitsarbeit.

Einsatzbereiche Arbeiterstellen/Angestellte: Unterhaltung und Neubau Naturparkeinrichtungen, Natur- und Landschaftspflege. Befristet beschäftigte Angestellte im Planungsbereich.

Bürgerarbeitsplätze: Arbeiter aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Jobcenters.

Entwicklung der liquiden Mittel (Beträge gerundet)

Die Höhe der liquiden Mittel zum 31.12.2018 beträgt 167.591 Euro ohne Berücksichtigung der Forderungen aus Lieferung und Leistung und der Verbindlichkeiten (2018 = 129.121 Euro).

Übersicht über ausgewählte Projekte und Entwicklungen im Naturpark 2018

1. Premiumwanderwege: In 2018 konnte der Premiumweg P24 Söhrewald fertiggestellt werden. Es haben Planungsarbeiten für den P22 stattgefunden. In 2018 wurden mit Hilfe des Programms Land(auf)Schwung ein analoges und digitales Informationssystem rund um die Premiumwanderwege zu den Bereichen Geologie, Natur und Kultur aufgebaut. Das digitale Informationssystem beinhaltet eine App mit umfangreichen Möglichkeiten.
2. Barfußpfad Hoher Meißner: Die Besucherzahlen auf dem Barfußpfad liegen weiterhin bei über 20.000/Jahr. Die Mittel zur Unterhaltung des Pfades stammen aus der Spendensammelbüchse am Start des Pfades.
3. Mohnblüte: 2018 wurden im Rahmen des Projekts in Germerode und Grandenborn rund 30 ha Mohn angebaut (2011, 1 ha). Die Besucherzahlen auf den Mohnrundwegen lagen bei etwa 20.000, in 2018 waren rund 130 Busgruppen in Grandenborn (1/3 Anteil) oder Germerode (2/3 Anteil) zu Gast. Das Projekt entwickelt sich überdurchschnittlich erfolgreich und wird 2019 bereits ins 10. Jahr gehen. Der besondere Wert der Mohnblüte liegt in der überregionalen Werbewirksamkeit für die gesamte GeoNaturpark-Region. Es hat sich ein Alleinstellungsmerkmal entwickelt, das noch vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten birgt.
4. Kirschblüte: Die Kirschblüte ist als reiseauslösendes Produkt im Bereich Naturtourismus sehr interessant. 2017 haben wir gemeinsam mit anderen Akteuren begonnen das Thema zu beleuchten und Fördermittel aus dem Programm Land(auf)Schwung beantragt. 2018 konnten wir bereits erste Maßnahmen zur Inwertsetzung umsetzen (Kirschwanderweg, Internetseite, etc.).
5. Rad- und Kanu: Rad- und Kanutourismus bilden zwei wichtige Säulen im Aktivtourismus. Beide Segmente sind im Geo-Naturpark nicht hinreichend entwickelt und können in der bestehenden Form nicht erfolgreich angeboten werden. In 2017 haben wir mit Planungsarbeiten zur Verbesserung der Infrastruktur begonnen.
6. Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktagentur (ARGE): Der Geo-Naturpark arbeitet seit Jahren mit der ARGE zusammen. Die ARGE vermittelt Arbeitskräfte im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen Programmen an den Geo-Naturpark. Dadurch stehen dem Geo-Naturpark kostengünstige Arbeitskräfte für zusätzliche, öffentliche Aufträge zur Verfügung. Gleichzeitig dient der GeoNaturpark der ARGE zur Qualifizierung der Maßnahmenteilnehmer für den ersten Arbeitsmarkt. In 2010 hat sich allerdings bereits abgezeichnet, dass die Arbeitsmarktprogramme auf Grund der besseren Konjunktur heruntergefahren werden. Gleichzeitig ist bei den Teilnehmern ein abfallendes Niveau bezüglich Ausbildung und Motivation feststellbar. Die rückläufigen Zuweisungen haben sich in der Folge weiter verschärft, die Konjunkturlage führt zu einer weiteren erfreulichen Belebung des Arbeitsmarktes, dadurch werden immer weniger Arbeitskräfte dem Geo-Naturpark zugewiesen. In 2018 verfügte der Geo-Naturpark über drei geförderte Arbeitsplätze.
7. Geführte Wanderungen: Bei den in Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb angebotenen geführten Wanderungen/Angeboten des Geo-Naturparks waren die Teilnehmerzahlen leicht rückläufig und erreichten in 2018 19.772 Teilnehmer. Davon waren 5862 Teilnehmer Kinder, was eine enorme Steigerung zum Vorjahr ausmacht. Wir führen das auf eine veränderte Öffentlichkeitsarbeit zurück, die junge Familien besser erreicht.
8. Naturpark-Mobil mit Rangerinnen: Im Jahr 2018 fuhr das Mobil zu 163 Einsätzen (2017: 86) überwiegend im Werra-Meißner-Kreis. Dabei gab es 56 Einsätze an Schulen, 23

Einsätze an Kindergärten. Des Weiteren gab es 44 Einsätze zur Klimabildung, 14 Einsätze in einer Mutter-Kind-Kur-Einrichtung, sowie 26 Einsätze bei Ferienspielen, Klassenausflügen und in Intensivklassen (Flüchtlinge). Teilnehmerzahlen Naturpark-Mobil 2018: 3.463 (2017: 2451). Betreut wird das Naturpark-Mobil von 7 RangerInnen in befristeten Mini-Jobs. Darüber hinaus wurden weitere 8 Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit besucht (Tage der Erde in Kassel, Open Flair, usw.). Um auf aktuelle Bedürfnisse und gesellschaftliche Entwicklungen einzugehen, wurden bereits 2017 gezielt zwei neue Themenkreise in das Naturparkmobil-Angebot aufgenommen:
a) Angebote für Flüchtlinge: Vielfältige naturpädagogische Angebote für Intensivklassen an Grundschulen und weiterführenden Schulen; finanziell unterstützt aus dem Programm "Region hat Zukunft" des WMK. In diesem Rahmen wurden 2018 152 Kinder in 12 Einsätzen betreut.
b) Lernwerkstatt Klimawandel in Hessen: Bau von zwei vollständigen Kistensätzen mit dem Materialien der Lernwerkstatt und Durchführung des Projekttages zum Klimawandel/Klimaschutz an Grundschulen und weiterf. Schulen; finanziell unterstützt mit Leadermitteln. Diese Maßnahme wurde 2017 umgesetzt und 2018 in die Praxis überführt.

9. Ausweitung der Naturparkfläche: In 2017 wurde der Naturpark auf eine Größe von 113.942 ha erweitert (StANZ. 6/2017, S. 216) und, durch Beschluss der Verbandsversammlung im Januar 2017, in Geo-Naturpark Frau-Holle-Land umbenannt.

10. Zusammenführung von Geo-Naturpark und Werratal Tourismus Marketing GmbH (WTMG): Zur Verbesserung der touristischen Produktenwicklung und Vermarktung wurden der Geo-Naturpark Frau-Holle-Land und die WTMG organisatorisch und räumlich zusammengeführt. Der Umbau hat im Dezember 2016 stattgefunden und die neue Struktur hat in 2017 die Arbeit aufgenommen. Die neue Struktur wurde in 2017 mit dem Hessischen Tourismuspreis ausgezeichnet. In 2018 wurde die Arbeit der beiden Verbände unter einem Dach weiter konsolidiert.

11. Naturschutz und Landschaftspflege: Pflege und Entwicklung von Naturschutz- und FFH-Gebieten: Der Geo-Naturpark ist seit vielen Jahren im Naturschutz- und der Landschaftspflege tätig, dies insbesondere im Auftrag des RP Kassel/Hessen-Forst bei der Pflege und Entwicklung von Naturschutz- und FFH-Gebieten. Biodiversitätsstrategie des Landes Hessen: Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie des Landes wurden dem Geo-Naturpark zwei Nachzucht- und Wiederansiedlungsprojekte zur Frauenschuh-Orchidee und zur Arnika übertragen. Aufbau eines Landschaftspflegeverbandes: Das Land Hessen möchte 2020 in allen Landkreisen in Hessen Landschaftspflegeverbände installieren. Das Land ist auf den Geo-Naturpark, mit der Bitte um Prüfung einer möglichen Integration eines Landschaftspflegeverbandes in den Zweckverband zu prüfen, um Synergien zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden, zugekommen. 2018 wurden dem Zweckverband in diesem Rahmen Mittel für Naturschutzprojekte im Geo-Naturpark zur Verfügung gestellt. Der Geo-Naturpark hat mit den zur Verfügung gestellten Mitteln in 2018 eine Renaturierungsmaßnahme für den Dohlsbach bei Bad Sooden-Allendorf beplant. Die Maßnahme wird in 2019 mit Mitteln aus dem Klimaschutzfond umgesetzt. BfN-Projekt „Schaf schafft Landschaft“: Die Verbundpartner Universität Kassel, Geo-Naturpark und Werra-Meißner-Kreis haben in 2018 intensiv an einem Antrag beim Bundesamt für Naturschutz gearbeitet. Unter dem Arbeitstitel „Schaf schafft Landschaft“ sollen Fördermittel zum Erhalt und der Verbesserung der bestehenden Schäfereibetriebe im Hotspot 17 der Bundesamtes, der überwiegend im Geo-Naturpark liegt, beantragt werden. Der Schafhaltung kommt eine wichtige Rolle beim Erhalt der Magerrasen im Geo-Naturpark zu. Das Projekt wird voraussichtlich Ende 2019 bewilligt.

Weitere Entwicklung/Chancen und Risikobericht

Die in Netzwerken gefestigte Aufbauarbeit des Geo-Naturparks zeigt gute bis sehr gute Erfolge. Ziel ist die Fortführung der erfolgreichen Arbeit im Bereich Wandertourismus, Mohnblüte, Umweltbildung, Schaffung von regionalen Wertschöpfungsketten sowie die Verknüpfung von

Zielen des Naturschutzes und des Tourismus sowie die Erweiterung bzw. Ergänzung der Aufgaben um die Bereiche Kirschblüte, Kanu- und Radtourismus und Aspekten des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Der Geo-Naturpark festigt seine Rolle im Naturschutz- und der Landschaftspflege durch bereits erfolgreich laufende Projekte und die Übernahme weiterer Aufgabengebiete in diesem Bereich. Die Möglichkeit der Integration eines Landschaftspflegeverbandes schafft zusätzliche Perspektiven. Das Zusammenspiel der verschiedenen Aufgaben des Geo-Naturparks macht die Arbeit sehr effektiv und zielführend.

Die Nutzung der Chancen ist abhängig von:

a. Der ausreichenden Ausstattung des Geo-Naturparks mit Personal- und Finanzmitteln. Der Anwerbung und Qualifizierung von geeignetem Personal in den verschiedenen Bereichen
b. Der Einrichtung einer geeigneten Geschäftsstelle in Hinblick auf Größe, Lage und Funktionalität.
c. Der weiteren Entwicklung der Arbeiten in Netzwerken.

Risiken:

Zu a: Bei den Arbeitern führt der Wegfall arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen unterschiedliche Förderpraxis zu einem Verlust an kostengünstigen Arbeitskräften. Die geschlossenen Arbeitsverträge wurden bereits mehrfach verlängert und bedürfen einer Entfristung. Die nachhaltige Pflege der Premiumwanderwege durch die Gemeinden ist nicht durchgehend gesichert. Die wachsenden Aufgaben bedürfen einer steigenden Zahl von geeignetem Personal in den verschiedenen Bereichen, der am Arbeitsmarkt nicht ohne weiteres zu decken ist. Die Umsatzerlöse des Geo-Naturparks + Spenden (2018: rund 334.915 Euro) haben einen hohen Anteil am Budget und nähern sich in 2018 der Summe der Zuschüsse, Umlagen und Personalkostenerstattungen (2018: rund 353.106 Euro). Bei Rückgang der Aufträge und Rückgang der Spenden besteht ein Risiko für den Verband.

Zu b: Die jetzige Geschäftsstelle des Geo-Naturparks in Eschwege ist nicht als Informationspunkt für Geo-Naturpark-Besucher geeignet. Die mögliche Anzahl an Arbeitsplätzen ist ausgeschöpft und genügt nicht für die wachsenden Aufgaben des Zweckverbandes.

Zu c: Die Vernetzung der Arbeit des Geo-Naturparks ist gut vorangeschritten, es entstehen zunehmend Synergien. Begrenzender Faktor für weitere Verknüpfungen ist das Erreichen der Kapazitätsgrenzen beim Personal.

3.2 Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Nord

Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Nord
Parkstraße 6
34576 Homberg
Telefon: 0 56 81- 775-205
Telefax: 0 56 81- 775-207

Gegenstand des Zweckverbands und öffentlicher Zweck

Aufgabe des Zweckverbandes ist die unschädliche Beseitigung der im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse gemäß den Bestimmungen des TierNebG und den dazu ergangenen Vorschriften sowie die Erfüllung der den Landkreisen gem. § 8 Abs. 2 Hess. Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz obliegenden Zahlungspflicht (Drittellösung). Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann sich der Zweckverband eines privaten Unternehmers bedienen.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:
(18 Mitglieder)
Die Stellvertreter der Mitglieder sind in eckigen Klammern aufgeführt.

Schwalm-Eder-Kreis

- Gerd Höfer [Hermann Häusling]
- Willi Werner (Vorsitzender) [Lothar Kothe]
- Reinhard Otto [Stefan Völker]

Landkreis Waldeck-Frankenberg

- Dr. Hendrik Sommer [Dr. Harald Schaaf]
- Ulrike Tönepöhl [Tobias Scherf]
- Dieter Schütz [Friedrich Wilke]

Landkreis Hersfeld-Rotenburg

- Helmut Opfer [Petra Wiesenberg]
- Horst Taube [Markus Becker]
- Stefan Wild [Ina Uhlig]

Werra–Meißner-Kreis

- Peter Hieronimus [Lothar Nöding]
- Friedel Lenze sen. [Friedel Lenze jun.]
- Peter Freiherr von Diersburg [Michael Stein]

Stadt Kassel

- Petra Ullrich [Johannes Geerken]
- Stefan Kortmann [Valentino Lipardi]
- Steffen Müller [Dorothee Köpp]

Landkreis Kassel

- Jürgen Noll [Walter Brück]
- Erich Schaumburg (Stellvertretender Vorsitzender) [Frank Hellwig]
- Thorsten Krohne [Helga Pfleger]

Verbandsvorstand: (6 Mitglieder)	• Jürgen Kaufmann (Vorsitzender) • Dr. Rainer Wallmann (Stellv. Vorsitzender) • Karl-Friedrich Frese • Jürgen Schäfer • Burghard Schneider von Lepel • Dirk Stochla
Geschäftsführer:	Robert Hollstein

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Zweckverband
Gründungsjahr:	1979
Mitglieder/Beteiligungsquote:	• Schwalm-Eder-Kreis 16,67 % • Landkreis Waldeck-Frankenberg 16,67 % • Werra-Meißner-Kreis 16,67 % • Landkreis Hersfeld-Rotenburg 16,67 % • Stadt Kassel 16,67 % • Landkreis Kassel 16,67 %
geprüfter Jahresabschluss:	Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 wurde erstellt, die Prüfung wurde noch nicht abgeschlossen.
Abschlussprüfer:	Fachdienst Rechnungsprüfung des Landkreises Hersfeld-Rotenburg

Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Nord hat zum 01.01.2009 auf die doppelte Buchführung umgestellt. Folgende wesentliche wirtschaftliche Daten haben sich ergeben:

	2018 €	2017 €	2016 €
ordentliche Erträge + Finanzerträge	624.000	684.000	614.000
ordentliche Aufwendungen	624.000	684.000	614.000
Jahresergebnis	**0**	**0**	**0**
Eigenkapital	0	0	0
Forderungen gegenüber Mitgliedern	6	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedern	231.912	205.523	58.095
Zahlung durch Werra-Meißner-Kreis (Zweckverbandsumlage):	66.500	71.000	65.000

3.3 Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Sontra - Herleshausen - Nentershausen

Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Sontra
- Herleshausen - Nentershausen
Markplatz 6
36205 Sontra

Gegenstand des Zweckverbands und öffentlicher Zweck

Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit sollen verschiedene Teilbereiche (u. a. Entwicklung, Erschließung und Unterhaltung eines interkommunalen Gewerbegebiets) gemeinsam umgesetzt werden.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung (15 Vertreter):	7 Vertreter Stadt Sontra, 3 Vertreter Gemeinde Herleshausen, 3 Vertreter Gemeinde Nentershausen, 2 Vertreter Werra-Meißner-Kreis
Verbandsvorstand:	3 Bürgermeister/in der Mitgliedsstädte und -gemeinden, Landrat Werra-Meißner-Kreis
Geschäftsführung:	Frau Ermisch-Huj

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Zweckverband
Gründungsjahr:	2006
Mitglieder/Beteiligungsquote:	Stadt Sontra (46,67 %), Gemeinde Herleshausen (20,00 %), Gemeinde Nentershausen (20,00 %) und Werra-Meißner-Kreis (13,33 %)
geprüfter Jahresabschluss:	Jahresabschluss 2018 erstellt, Prüfung noch nicht abgeschlossen
Abschlussprüfer:	Revision des Werra-Meißner-Kreises

Der Zweckverband Interkommunale Zusammenarbeit Sontra - Herleshausen - Nentershausen hat zum 01.01.2009 auf die doppelte Buchführung umgestellt. Folgende wesentliche wirtschaftliche Daten (Plandaten) haben sich ergeben:

	2018 Plan €	2017 Plan €	2016 €
Ordentliche Gesamterträge	370.852	330.600	304.686
Ordentliche Gesamtaufwendungen	- 370.719	- 330.600	- 204.641
Saldo im ordentlichen Ergebnis	**133**	**0**	**100.045**
Saldo im außerordentliches Ergebnis	**41.383**	**0**	**0**
Saldo aus Investitionstätigkeit	**- 55.240**	**- 369.000**	**- 292.126**
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	**-47.540**	**265.200**	**- 51.390**
Zahlung durch Werra-Meißner-Kreis (Zweckverbandsumlage):	43.650	0	32.680

3.4 Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis

Zweckverband Abfallwirtschaft
Werra-Meißner-Kreis
Am Breitenberg 1
37290 Meißner-Weidenhausen
Tel.: 05657/9892-0
www.zva-wmk.de

Gegenstand des Zweckverbands und öffentlicher Zweck

Einsammlung von Abfällen (Aufgabe durch die 13 Mitgliedsstädte und -gemeinden übertragen) sowie der Abfalltransport und die Verwertung von Bioabfall und Altpapier (durch den Werra-Meißner-Kreis übertragene Aufgabe).

Der Zweckverband Abfallwirtschaft ist ausschließlich hoheitlich tätig und übt keine wirtschaftliche Tätigkeit aus (§ 121 Abs. 2 Nr. 2HGO). Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe dauert weiterhin an.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:
(26 Mitglieder)
Die Stellvertreter der Mitglieder sind in eckigen Klammern aufgeführt.

Werra–Meissner-Kreis

- Peter Freiherr Roeder von Diersburg [Uwe Brückmann]
- Dieter Franz [Ludger Arnold]
- Andreas Heine [Heidi Rettberg]
- Armin Jung [Corinna Bartholomäus]
- Dieter Kirschner [Andreas Hölzel]
- Dirk Landau [Frank Fiedler]
- Friedel Lenze sen. [Peter Hieronimus]
- Ute Lorenz-Roth [Jürgen Vogelei]
- Jutta Niklass [Michael Dölle]
- Lothar Nöding [Elisabeth Mangold]
- Stefan Schneider [Michael Craciun]
- Frank Susebach [Heike Nölke]
- Peter Wennemuth [Michael Zimmermann]

Bad Sooden-Allendorf

- Mario Babacz [Monika Dewath-Timmerberg]

Berkatal

- Matthias Dix [Elfi Schreiber]

Großalmerode

- Uwe Range [Uwe Fischer]

Herleshausen

- Helmut Wetterau [Udo Helmerich]

Hessisch Lichtenau

- Birgit Osigus-Koch [Ralf Pfaffenbach]

Meinhard

- Gerhard Pippert [Bernd Appel]

Meißner

- Matthias Schulze [Matthias Bodenstein]

	Neu Eichenberg • Klaus Hildebrand [Elisabeth Haag-Wollers] Ringgau • Thomas Schmidt [Manfred Ebeling] Waldkappel • Thomas Leutebrand [Heinz-Otto Brandau] Wanfried • Ilse von Scharfenberg [Gisbert Wandt] Wehretal • Sabine Schomerus [Hartmut Henkelmann] Weißenborn • Michael Hartmann [Reiner Dietrich]
Verbandsvorstand: (14 Mitglieder)	Landrat sowie Bürgermeister der Städte und Gemeinden bzw. von ihnen bestimmte Vertreter
Geschäftsführer:	Herr Wenderoth

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Zweckverband
Gründungsjahr:	1992
Beteiligungen	Keine
geprüfter Jahresabschluss:	Die Jahresabschlüsse 2013, 2014 und 2015 wurde erstellt, die Prüfung wurde aber noch nicht abgeschlossen. Die Jahresabschlüsse 2016 und 2017 sind vorbereitet.
Mitglieder/ Beteiligungsquote:	Werra-Meißner-Kreis 50,00 % Städte und Gemeinden 50,00 %
Abschlussprüfer:	Revision des Werra-Meißner-Kreises

Der Zweckverband hat zum 01.01.2008 auf die doppelte Buchführung umgestellt. Die Eröffnungsbilanz wurde geprüft und festgestellt. Folgende wirtschaftliche Daten (Plandaten) haben sich ergeben:

	2018 Plan €	2017 Plan €	2016 Plan €
Ordentliche Gesamterträge	4.558.300	4.655.700	4.847.850
Ordentliche Gesamtaufwendungen	4.723.210	5.201.370	5.430.740
Saldo im ordentlichen Ergebnis	**- 164.910**	**- 545.670**	**- 575.690**
Zahlung durch Werra-Meißner-Kreis (Zweckverbandsumlage):	0	0	0

Lagebericht

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis hat sein Rechnungswesen zum 01.01.2008 auf die Doppik umgestellt. Die Eröffnungsbilanz ist geprüft und mit dem Prüfungsbericht durch die Verbandsversammlung beschlossen worden.

Die Jahresabschlüsse 2008 bis 2012 sind geprüft, die Jahresabschlüsse 2013, 2014 und 2015 liegen der Revision vor. Die Abschlüsse 2016 und 2017 sind in der Vorbereitung und werden der Verbandsversammlung nach Fertigstellung und Prüfung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan – Doppik – für 2018 wurde von der Verbandsversammlung am 18. Dezember 2017 beschlossen. Folgendes Haushaltsvolumen wird ausgewiesen:

Ergebnishaushalt

ordentliches Ergebnis

Erträge:	4.558.300 EUR
Aufwendungen:	4.723.210 EUR

Außerordentliches Ergebnis

Erträge	0 EUR
Aufwendungen	0 EUR

Fehlbedarf 164.910 EUR

Der Fehlbedarf wird planmäßig aus der Gebührenausgleichsrücklage gedeckt.

Finanzhaushalt aus laufender Verwaltungstätigkeit

1) Saldo der Ein- und Auszahlungen: 4.090 EUR

Finanzhaushalt aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit

Saldo aus Investitionstätigkeit:	- 24.700 EUR
Saldo aus Finanzierungstätigkeit:	0 EUR
Finanzmittelfehlbedarf 2018:	- 20.610 EUR

Kredite

Eine Kreditaufnahme für das Jahr 2018 ist nicht veranschlagt.

Stellenplan

Mit dem Stellenplan für das Jahr 2018 wurde die zunächst auf zwei Jahre befristete Stelle für den Außendienst in eine unbefristete Stelle umgewandelt.

Neben einem Carport für einen Dienst-PKW am angemieteten Verwaltungscontainer in Meißner-Weidenhausen verfügte der Zweckverband im Jahr 2018 ausschließlich über bewegliche Sachen des Anlagevermögens (EDV, Büro- und Geschäftsausstattung). Die größte Position bildet dabei der Bestand der Abfallbehälter, die sich seit dem 01.01.2016 vollständig im Eigentum des Zweckverbandes befinden.

Zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben der Abfallentsorgung bedient sich der Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis privater Dritter. Die Verträge über die Einsammlung und den Transport von Restmüll und Bioabfall sowie die Verträge über die Einsammlung von Sperrmüll und Elektroaltgeräten und über Altpapier wurden 2015 EU-weit öffentlich ausgeschrieben und zum 01.01.2016 neu vergeben. Die Aufträge wurde an die Firma Johannes Fehr GmbH & Co. KG vergeben.

Über die Verwertung von Bioabfällen hat der Zweckverband Abfallwirtschaft mit Zustimmung des Werra-Meißner-Kreises zum 01.04.2015 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis Kassel geschlossen. Danach werden seit 01.04.2015 alle Bioabfälle aus dem Werra-Meißner-Kreis in der Vergärungs- und Kompostierungsanlage des Landkreises Kassel in Lohfelden verwertet.

Im September 2017 hat der Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis ein kommunales Abfallwirtschaftskonzept erstellt, das gleichzeitig als Tätigkeitsbericht nach § 11 Abs. 4 der Verbandssatzung an alle Mitglieder der Vertretungskörperschaften der Mitgliedskommunen verteilt wurde. Der Bericht ist auf der Internetseite des Zweckverbandes abrufbar.

Risikobewertung 2018

Eine Verbandsumlage oder sonstige finanzielle Belastungen für den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises oder anderer Verbandsmitglieder sind 2018 nicht erhoben und sind auch für die Folgejahre nicht geplant. Der Zweckverband Abfallwirtschaft Werra-Meißner-Kreis bewirtschaftet seinen gesamten Haushalt nach den Vorgaben des Kommunalabgabenrechtes und seiner Satzung als Gebührenhaushalt. Deshalb kann es keine Überschüsse o.ä. geben, die an den Werra-Meißner-Kreis oder andere Verbandsmitglieder ausgezahlt werden können.

Der Stand der Gebührenausgleichsrücklage zeigt anhand der vorläufigen Ergebnisrechnungen folgende Entwicklung:

Haushaltsjahr	**Stand zu Beginn des Jahres** **EUR**	**Zuführungen** **EUR**	**Entnahmen** **EUR**	**Stand am Ende des Jahres** **EUR**
2008	1.129.618	116.594		1.246.212
2009	1.246.212		87.444	1.158.768
2010	1.158.768	86.475		1.245.243
2011	1.245.243	316.684		1.561.927
2012	1.561.927	365.032		1.926.959
2013	1.926.959	314.211		2.241.170
2014	2.241.170		539.239 *	1.701.931
2015	1.701.931		618.470 *	1.083.461
2016	1.083.461		18.923	1.064.538
2017	1.064.538	165.274		1.229.812
2018	1.229.812	210.339		1.440.151

Hinweis zu den Tabellen:

Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 und die Jahresrechnungen 2008 bis 2012 sind geprüft. Die Jahresrechnungen für die Jahre 2013 bis 2015 liegen der Revision vor. Für die Jahre 2016 bis 2018 handelt es sich um vorläufige Ergebnisse aus der Finanzbuchhaltung.

** In der Entnahme für 2014 sind 400.000 € und für 2015 sind 500.000 € für anteilige Investitionen (Behälterbeschaffung) enthalten. Die endgültigen Beträge werden mit den jeweiligen Jahresabschlüssen festgestellt.*

Neben der Gebührenausgleichsrücklage hat sich die Rücklage aus den außerordentlichen Ergebnissen wie folgt entwickelt:

Haushaltsjahr	**Stand zu Beginn des Jahres EUR**	**Überschuss EUR**	**Fehlbetrag EUR**	**Stand am Ende des Jahres EUR**
2010	0	87.638		87.638
2011	87.638	43.199		130.837
2012	130.837	2.926		133.763
2013	133.763	2.733		136.496
2014	136.496	930		137.426
2015	137.426	3.735		141.161
2016	141.161	1.211		142.372
2017	142.372	2.269		144.641
2018	144.641	657		145.298

Die Rücklage aus ordentlichen und außerordentlichen Überschüssen beläuft sich zum 31.12.2018 auf insgesamt voraussichtlich **1.585.449 Euro**.

Unabhängig von diesen Rücklagen sind **Rückstellungen** gebildet worden, die sich zum 31.12.2018 wie folgt darstellen:

Pensionen	413.981 Euro
Beihilfen	83.941 Euro
Leistungsentgelt und Altersteilzeit	7.686 Euro
Prüfungsleistungen	80.470 Euro
Gesamt	**586.078 Euro**

Der Bestand auf den Bankkonten der Verbandskasse belief sich am 31.12.2018 auf **2.190.146 Euro.**

Im Jahr 2018 galten die Gebühren gemäß der von der Verbandsversammlung am 18.12.2017 beschlossenen Änderungssatzung der Abfall- und Gebührensatzung zum 01.01.2018.

3.5 ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (KGRZ)

ekom21 - Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Carlo-Mierendorff-Straße 11
35398 Gießen
Tel.: 0641-9830-0
Internet: www.ekom21.de

Gegenstand des Zweckverbands und öffentlicher Zweck

Bereitstellung von informations- und kommunikationstechnischen Anlagen und Sicherstellung von landeseinheitlichen Verfahren sowie Programmentwicklungen

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:	Vertreter von Gemeinden, Gemeindeverbänden und juristischen Personen des öffentlichen Rechts
Verbandsvorstand (15 Mitglieder):	5 Mitglieder des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, 3 Mitglieder des Hessischen Städtetages, 3 Mitglieder des Hessischen Landkreistages, 1 Mitglied des Landes Hessen, 3 Mitglieder der Personalvertretung der ekom21
Geschäftsführung:	Bertram Huke Ulrich Künkel

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsjahr:	2008
Stammkapital:	11.600.000 €
Beteiligungen:	ekom21 GmbH (100%) KIV Thüringen GmbH (48,8%) KOPIT eG (25%) ProVitako eG
Mitglieder:	Landkreise, Städte und Gemeinden des Landes Hessen sowie sonstige Mitglieder (Zweckverbände u.a.)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 07.05.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG	Ja
Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH, Kassel Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Bilanz

Aktiva	2018	2017	2016
	€	€	€
Anlagevermögen	23.364.716	19.642.277	18.390.301
Umlaufvermögen	76.465.629	69.103.616	64.973.068
Rechnungsabgrenzungsposten	1.802.140	1.640.553	1.287.075
Bilanzsumme	**101.632.485**	**90.386.446**	**84.650.444**
Passiva			
Eigenkapital	36.987.312	36.549.502	36.235.350
Rückstellungen	43.794.129	38.784.944	35.710.812
Verbindlichkeiten	20.849.474	15.046.626	12.700.432
Rechnungsabgrenzungsposten	1.569	5.374	3.850
Bilanzsumme	**101.632.485**	**90.386.446**	**84.650.444**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Rohergebnis	56.075.673	52.305.321	50.835.789
Personalaufwand	43.037.710	39.222.558	36.654.897
Abschreibungen	3.801.533	3.623.962	3.610.248
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.388.124	8.857.026	9.981.329
Ergebnis aus Finanzanlagen	26.717	41.252	25.727
Zinsergebnis	-410.359	-312.644	-324.595
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**464.664**	**330.382**	**290.446**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	26.854	16.229	40.038
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**437.810**	**314.152**	**250.408**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	465	459	425
Anlagenintensität in %	22,99%	21,73%	21,72%
Eigenkapitalquote in %	36,39%	40,44%	42,81%
Verschuldungsgrad (Faktor)	1,75	1,47	1,34

4 Stiftungen

4.1 Naturparkstiftung des Werra-Meißner-Kreises

Naturparkstiftung
des Werra-Meißner-Kreises
Schloßplatz 1
37269 Eschwege
Telefon 05651 / 302-0
Telefax 05651 / 302-1999
Internet: http://www.werra-meissner-kreis.de/naturparkstiftung

Naturparkstiftung
des Werra-Meißner-Kreises
- rechtsfähige Stiftung des
bürgerlichen Rechts -

Gegenstand und Zweck der Stiftung

Zweck der Stiftung ist

- die Ermöglichung naturnaher Erholung im Bereich des Naturparks Meißner-Kaufunger Wald,
- die Besucherlenkung im Naturpark Meißner-Kaufunger Wald,
- die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Natur und Umweltbildung,
- die Natur- und Landschaftspflege,
- die Unterstützung der Regionalentwicklung.

Grundstockvermögen

Stiftungskapital: 1.000 Tsd. €

Organe der Stiftung

Stiftungsvorstand:	13 Mitglieder des Kreisausschusses, davon kraft Amtes der Landrat und der Erste Kreisbeigeordnete
Vorsitzender des Vorstands:	Landrat Stefan G. Reuß

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts
Errichtung:	04.06.2008
Beteiligungen:	Keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 19.03.2019 zum 31.12.2018
Abschlussprüfer:	Revision des Werra-Meißner-Kreises

	2018	2017	2016
	€	€	€
Stiftungskapital	1.024.824	1.024.824	1.024.824
Ergebnisvortrag und Rücklage	52.771	85.174	99.957
Ausgaben für Stiftungszweck	32.400	54.780	32.400

4.2 Sozial- und Familienstiftung des Werra-Meißner-Kreises

Sozial- und Familienstiftung des Werra-Meißner-Kreises
Schloßplatz 1
37269 Eschwege
Telefon 05651 / 302-0
Telefax 05651 / 302-1999
Internet: http://www.werra-meissner-kreis.de/sozialstiftung

Sozial- und Familienstiftung des Werra-Meißner-Kreises
- rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts -

Gegenstand und Zweck der Stiftung

Zweck der Stiftung ist

- die soziale Unterstützung benachteiligter Gruppen und Einzelpersonen im Werra-Meißner-Kreis,
- die Familienarbeit im Rahmen des Lokalen Bündnisses für Familie im Werra-Meißner-Kreis,
- die Bildungsarbeit für alle Altersgruppen im Werra-Meißner-Kreis,
- die kulturelle Arbeit im Werra-Meißner-Kreis,
- das ehrenamtliche Bürgerengagement im Werra-Meißner-Kreis.

Grundstockvermögen

Stiftungskapital: 1.000 Tsd. €

Organe der Stiftung

Stiftungsvorstand:	13 Mitglieder des Kreisausschusses, davon kraft Amtes der Landrat und der Erste Kreisbeigeordnete
Vorsitzender des Vorstands:	Landrat Stefan G. Reuß

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts
Errichtung:	04.06.2008
Beteiligungen:	Keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 19.03.2019 zum 31.12.2018
Abschlussprüfer:	Revision des Werra-Meißner-Kreises

	2018	2017	2016
	€	€	€
Stiftungskapital	1.039.296	1.039.296	1.039.296
Ergebnisvortrag und Rücklage	94.733	94.736	97.873
Ausgaben für Stiftungszweck	0	43.137	47.800

5 Sonstige Beteiligungen

5.1 NVV Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH

Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH
Rainer-Dierichs-Platz 1 (Hauptbahnhof)
34117 Kassel
E-Mail: info@nvv.de
Internet: www.nvv.de

Gegenstand der Gesellschaft und öffentlicher Zweck

Im Geschäftsbereich Verkehrsverbund dient die Gesellschaft dem Zwecke der gemeinsamen Erfüllung der Aufgabe öffentlicher Personennahverkehr im Gebiet der kommunalen Gesellschafter.

Im Geschäftsbereich Fördergesellschaft fördert die Gesellschaft alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen

Die Gesellschaft übt keine wirtschaftliche Tätigkeit gem. § 121 Abs. 2 HGO aus.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:	Werra-Meißner-Kreis (14,29 %)
	Landkreis Hersfeld-Rotenburg (14,29 %)
	Schwalm-Eder-Kreis (14,29 %)
	Landkreis Waldeck-Frankenberg (14,29 %)
	Landkreis Kassel (14,29 %)
	Stadt Kassel (14,29 %)
	Land Hessen (14,29 %)
Aufsichtsrat:	Landrat Uwe Schmidt (Vorsitzender)
	Staatssekretär Matthias Samson
	Staatssekretär Dr. Martin Worms
	Oberbürgermeister Christian Geselle
	Landrat Dr. Michael Koch
	Landrat Winfried Becker
	Landrat Dr. Reinhart Kubat
	Landrat Stefan G. Reuß
Beirat:	Im Beirat sollen die für Nordhessen zuständigen Organisationen und Institutionen der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Wissenschaft, der Fahrgäste und Verkehrsverbände vertreten sein. Der Beirat soll die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat unterstützen und beraten.
	Der Beirat ruht zurzeit.
Geschäftsführer:	Wolfgang Rausch
	Dirk Stochla

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	29.4.1992
Stammkapital:	35.790,43 € (entspricht 70 Tsd. DM)
Beteiligungen:	Regionalmanagement Nordhessen GmbH (50%)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 03.07.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG:	ja
Abschlussprüfer:	Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kassel

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

	2018	2017	2016
	€	€	€
Zahlungen durch den Werra-Meißner-Kreis:	252.383	244.849	244.547
Davon für den Geschäftsbereich:			
Fördergesellschaft	82.383	74.849	74.547
Verkehrsverbund	170.000	170.000	170.000

Bilanz

Aktiva	2018	2017	2016
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Anlagevermögen	0,7	0,8	0,9
Umlaufvermögen	63,5	57,3	49,7
Rechnungsabgrenzungsposten	5,9	5,1	0,1
Bilanzsumme	**70,0**	**63,2**	**50,7**
Passiva			
Eigenkapital	0,1	0,1	0,1
Sonderposten	41,9	34,7	18,0
Rückstellungen	12,7	16,1	16,9
Verbindlichkeiten	15,3	12,2	15,6
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	**70,0**	**63,2**	**50,7**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Rohergebnis	5.825,1	5.492,2	5.531,4
Personalaufwand	4.378,5	4.110,1	3.924,6
Abschreibungen	220,8	183,4	198,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.003,0	807,6	724,4
Aufwand aus Verlustübernahmen	440,3	534,8	781,2
Erträge aus der Auflösung des Sonderposten	220,8	183,4	198,4
Zinsergebnis	-3,3	-39,8	-101,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**0,0**	**-0,0**	**-0,0**
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0
Steuern	0,0	-0,0	-0,0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**0,0**	**0,0**	**-0,0**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	87	87	84
Anlagenintensität in %	1,00%	1,22%	1,76%
Eigenkapitalquote in %	0,17%	0,18%	0,23%
Verschuldungsgrad (Faktor)	599,19	540,31	433,47

5.2 Regionalmanagement Nordhessen GmbH

Regionalmanagement Nordhessen GmbH
Ständeplatz 13
34117 Kassel
Tel.: 0561/9706200
Fax: 05651/9706222
E-Mail: info@regionnordhessen.de
Internet: www.regionnordhessen.de

Gegenstand der Gesellschaft und öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft koordiniert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der nordhessischen Region dienen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter/-versammlung:
Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (50,00 %)
Industrie- und Handelskammer Kassel (30,00 %)
Handwerkskammer Kassel (15,00 %)
Pro Nordhessen e.V. (5,00 %)

Aufsichtsrat:
Stimmberechtigte Mitglieder:

- Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender)
- Heinrich Gringel
- Winfried Becker
- Jürgen Müller
- Christian Geselle
- Dr. Michael Koch
- Dr. Reinhart Kubat
- Stefan Lange
- Landrat Uwe Schmidt
- Georg von Meibom
- Sybille von Obernitz
- Jörg Ludwig Jordan

Nicht stimmberechtigte Mitglieder:

- Tarek Al-Wazir
- Dr. Thorsten Ebert
- Martin Schmitt
- Prof. Dr. Karim Khakzar
- Prof. Dr. Katharina Krause
- Dr. Walter Lübcke
- Frank Nickel
- Prof. Dr. Reiner Finkeldey
- Dirk Stochla
- Dr. Stefan Kreher (ab 01.04.2018)
- Dr. Michael Ritter (bis 31.03.2018)

- Jürgen Kümpel
- Rainer Geisel
- Jenny Hanschke
- Detlef Hesse
- Dr. Lars Kleeberg

Geschäftsführer: Holger Schach

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2002
Stammkapital:	50.000,- €
Beteiligungen:	keine
geprüfter Jahresabschluss:	vom 28.02.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Prüfung nach § 53 HGrG:	ja
Abschlussprüfer:	sb+p Strecker . Berger + Partner, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

Bilanz

Aktiva	**2018**	**2017**	**2016**
	€	**€**	**€**
Anlagevermögen	28.857	45.792	57.969
Umlaufvermögen	1.206.277	1.079.772	833.874
Rechnungsabgrenzungsposten	851	21.636	27.549
Bilanzsumme	**1.235.984**	**1.147.200**	**919.392**
Passiva			
Eigenkapital	50.000	50.000	50.000
Rückstellungen	55.194	44.650	81.000
Verbindlichkeiten	1.076.790	1.051.760	766.367
Rechnungsabgrenzungsposten	54.000	790	22.026
Bilanzsumme	**1.235.984**	**1.147.200**	**919.392**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Rohergebnis	2.742.099	2.564.633	2.171.428
Personalaufwand	1.409.057	1.520.307	1.753.299
Abschreibungen	22.587	23.160	20.071
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.885.631	1.847.747	1.854.860
Zinsergebnis	-12.327	-15.310	-11.730
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-587.503**	**-841.891**	**-1.468.533**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	395	345	345
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**-587.898**	**-842.236**	**-1.468.878**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	38	47	52
Anlagenintensität in %	2,33%	3,99%	6,31%
Eigenkapitalquote in %	4,05%	4,36%	5,44%
Verschuldungsgrad (Faktor)	23,72	21,94	17,39

5.3 KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH

Monteverdistraße 2
34131 Kassel

Gegenstand der Gesellschaft und öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Energie (Strom und Gas) an kommunale Gesellschafter zur Versorgung der Liegenschaften der kommunalen Gesellschafter. Gegenstand ist zudem der Vertrieb weiterer energiewirtschaftlicher Produkte und energienaher Dienstleistungen an die kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft dient der Bündelung der Interessen ihrer kommunalen Gesellschafter im Rahmen der Energiebeschaffung.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter: (Stand: 31.12.2018)	• EAM Beteiligungen GmbH (44,75 %) • Werra-Meißner-Kreis (1,50 %) • weitere kommunale Gesellschafter (53,75%) Im Gesellschaftsvertrag wurden von der Beteiligungsquote abweichende Stimmrechte zulasten der EAM Beteiligungen GmbH vereinbart.
Geschäftsführer**:**	Hans-Hinrich Schriever Andre Stenda

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	2017
geprüfter Jahresabschluss:	vom 26.05.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Abschlussprüfer:	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Kassel

Bilanz

Aktiva	2018 Tsd. €	2017 Tsd. €
Anlagevermögen	0,0	0,0
Umlaufvermögen	842,0	395,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0
Bilanzsumme	**842,0**	**395,0**
Passiva		
Eigenkapital		
Stammkapital	100,0	100,0
Gewinnrücklage	200,0	200,0
Verlustvortrag	-226,0	0,0
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	44,0	-226,0
	118,0	74,0
Rückstellungen	26,0	15,0
Verbindlichkeiten	698,0	306,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0
Bilanzsumme	**842,0**	**395,0**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018 Tsd. €	2017 Tsd. €
Rohergebnis	338	9
Personalaufwand	0	0
Abschreibungen	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	294	235
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0
Zinsergebnis	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**44**	**-226**
Außerordentliches Ergebnis	0	0
Steuern	0	0
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**44**	**-226**

Kennzahlen

	2018	2017
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	-	-
Anlagenintensität in %	0,00%	0,00%
Eigenkapitalquote in %	14,01%	18,73%
Verschuldungsgrad (Faktor)	6,14	4,34

5.3 Hessische Landgesellschaft mbH

Hessische Landgesellschaft mbH
Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung
Wilhelmshöher Allee 157 - 159
34121 Kassel
E-Mail: info@hlg.org
Internet: www.hlg.org

Hessische Landgesellschaft mbH
Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung

Gegenstand der Gesellschaft und öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung von Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafter:	• Land Hessen (61,92 %) • Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (37,11 %) • Werra-Meißner-Kreis (0,05 %) • Weitere 14 Gesellschafter
Aufsichtsrat: (8 Mitglieder)	• Staatssekretär Mathias Samson (Vorsitzender) • Gisela Kemper (Stellvertretende Vorsitzende) • Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser • Ministerialdirigent Elmar Damm • Landrätin Kirsten Fründt • Stellvertretender Generalsekretär Dr. Hans Herman Harpain • Geschäftsleiter Eckhard Hassebrock (bis 31.10.2018) • Sprecher der Geschäftsleitung Gottfried Milde (ab 01.11.2018) • Abteilungsleiter Dr. Harald Schlee
Geschäftsführer**:**	Prof. Dr. Martina Klärle

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	GmbH
Gründungsjahr:	1971
geprüfter Jahresabschluss:	vom 05.07.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
Abschlussprüfer:	AKR Akzent Revisions GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kassel

Bilanz

Aktiva	2018	2017	2016
	€	€	€
Anlagevermögen	1.495.944	1.363.183	1.324.498
Umlaufvermögen	252.558.790	261.536.015	249.228.159
Rechnungsabgrenzungsposten	51.012	53.822	32.457
Bilanzsumme	**254.105.747**	**262.953.019**	**250.585.114**
Passiva			
Eigenkapital			
Stammkapital	3.604.608	3.544.148	3.544.148
Gewinnrücklage	73.492.962	66.562.180	61.411.680
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	4.061.977	6.991.241	5.150.500
	81.159.546	77.097.569	70.106.328
Rückstellungen	38.783.567	34.602.777	28.310.577
Verbindlichkeiten	133.772.536	150.902.773	151.804.908
Rechnungsabgrenzungsposten	390.098	349.899	363.302
Bilanzsumme	**254.105.747**	**262.953.019**	**250.585.114**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Umsatzerlöse	100.493.970	93.911.612	66.708.748
Bestandsveränderungen	-8.536.517	11.216.192	7.208.545
Sonstige betriebliche Erträge	93.088	1.219.840	152.378
Materialaufwand	73.972.060	87.078.582	56.036.251
Personalaufwand	8.611.494	8.019.264	7.294.041
Abschreibungen	293.725	200.934	247.020
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.043.342	2.457.171	2.202.227
Ergebnis aus Beteiligungen	665	647	502
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlage-vermögens	8	8	8
Zinsergebnis	-2.042.450	-1.914.274	-3.164.486
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**4.088.143**	**6.678.074**	**5.126.154**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	26.166	-313.168	-24.346
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**4.061.977**	**6.991.241**	**5.150.500**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	144	134	123
Anlagenintensität in %	0,59%	0,52%	0,53%
Eigenkapitalquote in %	31,94%	29,32%	27,98%
Verschuldungsgrad (Faktor)	2,13	2,41	2,57

5.4 Sparkasse Werra-Meißner

Sparkasse Werra-Meißner
Friedrich-Wilhelm-Str. 40-42
37269 Eschwege
Telefon 05651 / 306-0 Telefax 05651 / 306-50000
Internet: www.sparkasse-werra-meissner.de

Gegenstand der Anstalt und öffentlicher Zweck

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat:

- Landrat Stefan G. Reuß (Vorsitzender)

Sachkundige Mitglieder:

- Lothar Quanz (Stellvertretender Vorsitzender)
- Uwe Brückmann
- Dieter Franz
- Hans-Jürgen Germerodt
- Claus Hamp
- Patricia Hölzel
- Uwe Liedebrand
- Ilona Rohde-Erfurt
- Andrea Stöber

Bedienstete der Sparkasse:

- Susanne Achterling
- Martina Brunow
- Wolfgang Huth
- Helfried Reinemann
- Volker Troll

Vorstand:

- Frank Nickel (Vorsitzender)
- Marc Semmel

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform:	Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts
Gründungsjahr:	1844
Träger:	Werra-Meißner-Kreis
Beteiligungen (nur Anteilsbesitz von 20% oder mehr):	• S-WM Finanzberatungs GmbH (100%) • Erneuerbare Energien Eschwege Komplementär GmbH (33,3%) • F & W Projektgesellschaft mbH i.L. (50%)
geprüfter Jahresabschluss:	vom 22.05.2019 zum 31.12.2018 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk

Abschlussprüfer:	Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen

Auswirkungen auf den Haushalt des Werra-Meißner-Kreises

Im Berichtsjahr wurde aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2017 eine Ausschüttung in Höhe von 350 Tsd. € (netto) an den Werra-Meißner-Kreis als Träger vorgenommen.

Bilanz

Aktiva	2018	2017	2016
	€	€	€
Barreserve	24.346.080	21.731.779	20.095.744
Forderungen an Kreditinstitute	123.532.155	98.810.088	119.398.968
Forderungen an Kunden	991.100.662	1.001.237.931	1.016.354.449
Finanzanlagen	622.814.417	594.268.564	581.551.161
Immaterielle Anlagewerte	93.425	70.643	41.739
Sachanlagen	26.235.914	24.957.624	25.974.188
Sonstige Aktiva	11.143.425	16.956.724	13.387.785
Bilanzsumme	**1.799.266.079**	**1.758.033.352**	**1.776.804.033**
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	390.564.905	417.981.759	464.780.664
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.113.479.121	1.034.576.924	1.021.625.727
Verbriefte Verbindlichkeiten	30.512.887	40.347.848	38.844.018
Rückstellungen	13.952.267	12.551.206	12.926.634
Sonstige Passiva	11.423.826	12.082.083	12.633.210
Nachrangige Verbindlichkeiten	32.903.491	41.584.378	36.075.297
Genussrechtskapital	0	0	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken	96.000.000	90.500.000	84.000.000
Eigenkapital	110.429.583	108.409.155	105.918.483
Bilanzsumme	**1.799.266.079**	**1.758.033.352**	**1.776.804.033**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2018	2017	2016
	€	€	€
Zinsüberschuss	24.566.090	24.017.758	23.533.530
Laufende Erträge	11.815.189	10.424.133	11.428.047
Provisionsüberschuss	9.817.004	9.382.361	9.397.495
Restliche betriebliche Erträge	1.939.770	1.951.108	1.782.420
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-30.303.081	-30.150.914	-30.152.729
Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-1.801.280	-1.722.666	-1.887.907
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.827.059	-1.127.378	-997.434
Bewertungsergebnis von Forderungen und bestimmten Wertpapieren	-4.457.231	382.403	7.750.784
Bewertungsergebnis von Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und Wertpapieren des Anlagevermögens	1.285.000	-25.059	-135.409
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-5.500.000	-6.500.000	-14.500.000
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**5.534.403**	**6.631.745**	**6.218.796**
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Steuern	-3.098.174	-3.665.873	-3.081.497
Jahresüberschuss (+) / -fehlbetrag (-)	**2.436.229**	**2.965.871**	**3.137.299**

Kennzahlen

	2018	2017	2016
Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter	331	344	362
Eigenkapitalquote in % (im engeren Sinne)	6,14%	6,17%	5,96%
Verschuldungsgrad (Faktor)	15,29	15,22	15,78
Eigenmittel gemäß Art. 72 CRR	223,0 Mio. €	214,9 Mio. €	196,7 Mio. €

6 Gewährte Bürgschaften des Werra-Meißner-Kreises

6.1 EAM GmbH & Co. KG

Gläubiger:	Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Landesbank Baden-Württemberg, Deutsche Kreditbank AG, WIBank, Kasseler Sparkasse, Stadtsparkasse Borken, Sparkasse Battenberg, Sparkasse Laubach-Hungen, Sparkasse Dillenburg, Sparkasse Fulda, Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg, Sparkasse Werra-Meißner, Sparkasse Wetzlar, Sparkasse Marburg-Biedenkopf, Kreissparkasse Schwalm-Eder, Sparkasse Hanau, Kreissparkasse Gelnhausen, Kreissparkasse Schlüchtern, Sparkasse Einbeck, Kreis-Sparkasse Northeim, Sparkasse Göttingen, Kreis- und Stadtsparkasse Münden, Sparkasse Duderstadt, Sparkasse Osterode am Harz, Kreissparkasse Altenkirchen (Stadt Wissen), Kreissparkasse Eichsfeld, Leinefelde-Worbis
Zweck:	Finanzierung des Erwerbs sämtlicher Anteile an der E.ON Mitte AG (nun: EAM Beteiligungen GmbH) von der E.ON Beteiligungen GmbH mittels Aktienkaufs
Bürgschaftserklärung:	27.11.2015
Höhe der Bürgschaft:	Hauptforderung: 7.589.428,88 € (Stand per 31.12.2018: 5.553.094,02 €) Nebenforderungen: 1.442.726,34 € (Stand per 31.12.2018: 1.442.726,34 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 8.12.2015 mit folgenden Auflagen: • Bedingungen der Bürgschaftserklärung vom 27.11.2015, • Änderungen der Bürgschaftserklärung bedürfen der Genehmigung des Regierungspräsidiums, • es gelten die Bedingungen des Darlehensvertrages vom 13.12.2013.

6.2 Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH

Gläubiger:	Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel
Zweck:	Die Bürgschaft erstreckt sich auf alle künftigen, auch bedingten Forderungen der Zusatzversorgungskasse gegen die Gesundheitsholding Werra-Meißner GmbH aus der Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse.
Bürgschaftserklärung:	03.01.2011
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 mit folgenden Auflagen: • Bedingungen der Bürgschaftserklärung vom 03.01.2011, • Beschränkung auf den tatsächlichen Anteil des Landkreises an der Gesellschaft, • Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

6.3 Klinikum Werra-Meißner GmbH

a)

Gläubiger:	Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel
Zweck:	Die Bürgschaft erstreckt sich auf alle künftigen, auch bedingten Forderungen der Zusatzversorgungskasse gegen das Klinikum Werra-Meißner GmbH aus der Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse.
Bürgschaftserklärung:	03.01.2011
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 mit folgenden Auflagen:

- Bedingungen der Bürgschaftserklärung vom 03.01.2011,
- Beschränkung auf den tatsächlichen Anteil des Landkreises an der Gesellschaft,
- Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

b)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner (Nr. 61070098)
Zweck:	Anteilsfinanzierung des Erweiterungsbaus
Bürgschaftserklärung:	23.12.2010
Höhe der Bürgschaft:	1.915.569,20 € (Stand per 31.12.2018: 1.247.131,14 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen des Darlehensvertrags:

- Darlehenszinssatz: 4,57 % p. a.,
- Zinsfestschreibung für den Zeitraum vom 30.04.2004 bis 30.12.2028,
- vierteljährliche Tilgungsraten,
- Rückzahlung mit 1,58 % p. a. des urspr. Darlehens von 2.556.459,40 € zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen (Annuitätendarlehen),
- Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

c)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner (Nr. 610014680)
Zweck:	Anteilsfinanzierung zur Sanierung des Altbaus/Pflegetraktes
Bürgschaftserklärung:	23.12.2010
Höhe der Bürgschaft:	1.800.341,86 € (Stand per 31.12.2018: 1.081.039,53 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen des Darlehens:

- Darlehenszinssatz: 0,990 % p. a.,
- Zinsfestschreibung bis 30.09.2027,
- vierteljährliche Tilgungsraten,
- Rückzahlung mit 1,00 % p. a. des urspr. Darlehens von 3.300.000,00 € zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen (Annuitätendarlehen),
- Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

d)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner (Nr. 610024085)
Zweck:	Refinanzierung von nicht geförderten Investitionsmaßnahmen
Bürgschaftserklärung:	23.12.2010
Höhe der Bürgschaft:	1.785.219,50 € (Stand per 31.12.2018: 851.537,74 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen des Darlehensvertrags:

- Darlehenszinssatz: 1,15 % p. a.,
- Zinsfestschreibung bis zum 28.2.2025,
- Zinszahlung in Teilbeträgen jeweils am Monatsende,
- monatliche Leistungsraten (Zinsen und Tilgung) von 12.000,00 €, erstmalig am 30.01.2011,
- Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

e)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner (Nr. 610026619)
Zweck:	temporäre Liquiditätssicherung und perspektivische Investitionsförderung
Bürgschaftserklärung:	23.12.2010
Höhe der Bürgschaft:	610.258,20 € (Stand per 31.12.2018: 0,00 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen des Darlehensvertrags:

- Darlehenszinssatz: 4,37 % p. a.,
- Zinsfestschreibung bis zum 30.06.2016,
- Vierteljährliche Leistungsraten (Zinsen und Tilgung) von 31.629,99 €,
- Zins- und Tilgungsbeträge erstmalig am 30.12.2006,
- Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

f)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner (Nr. 610026627)
Zweck:	temporäre Liquiditätssicherung und perspektivische Investitionsförderung
Bürgschaftserklärung:	23.12.2010
Höhe der Bürgschaft:	610.258,20 € (Stand per 31.12.2018: 0,00 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 07.02.2011 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen des Darlehensvertrags:

- Darlehenszinssatz: 4,37 % p. a.,
- Zinsfestschreibung bis zum 30.03.2016,
- Vierteljährliche Leistungsraten (Zinsen und Tilgung) von 31.629,99 €,
- Zins- und Tilgungsbeträge erstmalig am 30.03.2011,
- Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

g)

Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner
Zweck:	Verschiedene Investitionskredite (siehe Aufstellung unten)
Bürgschaftserklärung:	19.10.2015
Höhe der Bürgschaft:	4.500.000,00 € (Stand per 31.12.2018: 4.500.000,00 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 5.11.2015 unter Beachtung der folgenden wesentlichen Bedingungen der Darlehensverträge. Änderungen zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedürfen der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

Darlehen 1:	Nr. 610094328
Zweck:	Finanzierung Blockheizkraftwerke
Darlehenshöhe:	1.000.000,00 € (Stand per 31.12.2018: 374.202,05 €)
Darlehensbedingungen:	• Darlehenszinssatz: 1,30 % p. a., • Zinsfestschreibung bis zum 30.10.2020 • Monatliche Leistungsraten (Zins und Tilgung) von 17.223,00 € • Zins- und Tilgungsbeträge erstmals am 30.11.2015

Darlehen 2:	Nr. 610094336
Zweck:	Finanzierung Eigenanteil Neubau Küche
Darlehenshöhe:	1.400.000,00 € (Stand per 31.12.2018: 523.890,63 €)
Darlehensbedingungen:	• Darlehenszinssatz: 1,30 % p. a., • Zinsfestschreibung bis zum 30.10.2020 • Monatliche Leistungsraten (Zins und Tilgung) von 24.112,00 € • Zins- und Tilgungsbeträge erstmals am 30.11.2015

Darlehen 3:	Nr. 610094351
Zweck:	Eigenanteil Umbau Krankenhaus Witzenhausen
Darlehenshöhe:	2.200.000,00 € (Stand per 31.12.2018: 1.651.894,88 €)
Darlehensbedingungen:	• Darlehenszinssatz: 1,690 % p. a., • Zinsfestschreibung bis zum 30.10.2022 • Monatliche Leistungsraten (Zins und Tilgung) von 17.147,00 € • Zins- und Tilgungsbeträge erstmals am 30.11.2015

Darlehen 4:	Nr. 610094377
Zweck:	Eigenanteil Neubau Funktionstrakt Krankenhaus Eschwege
Darlehenshöhe:	4.500.000,00 € (Stand per 31.12.2018: 4.170.520,58 €)
Darlehensbedingungen:	• Darlehenszinssatz: 1,500 % p. a., • Zinsfestschreibung bis zum 30.03.2026 • Monatliche Leistungsraten (Zins und Tilgung) von 21.951,00 € • Zins- und Tilgungsbeträge erstmals am 30.04.2017

h)

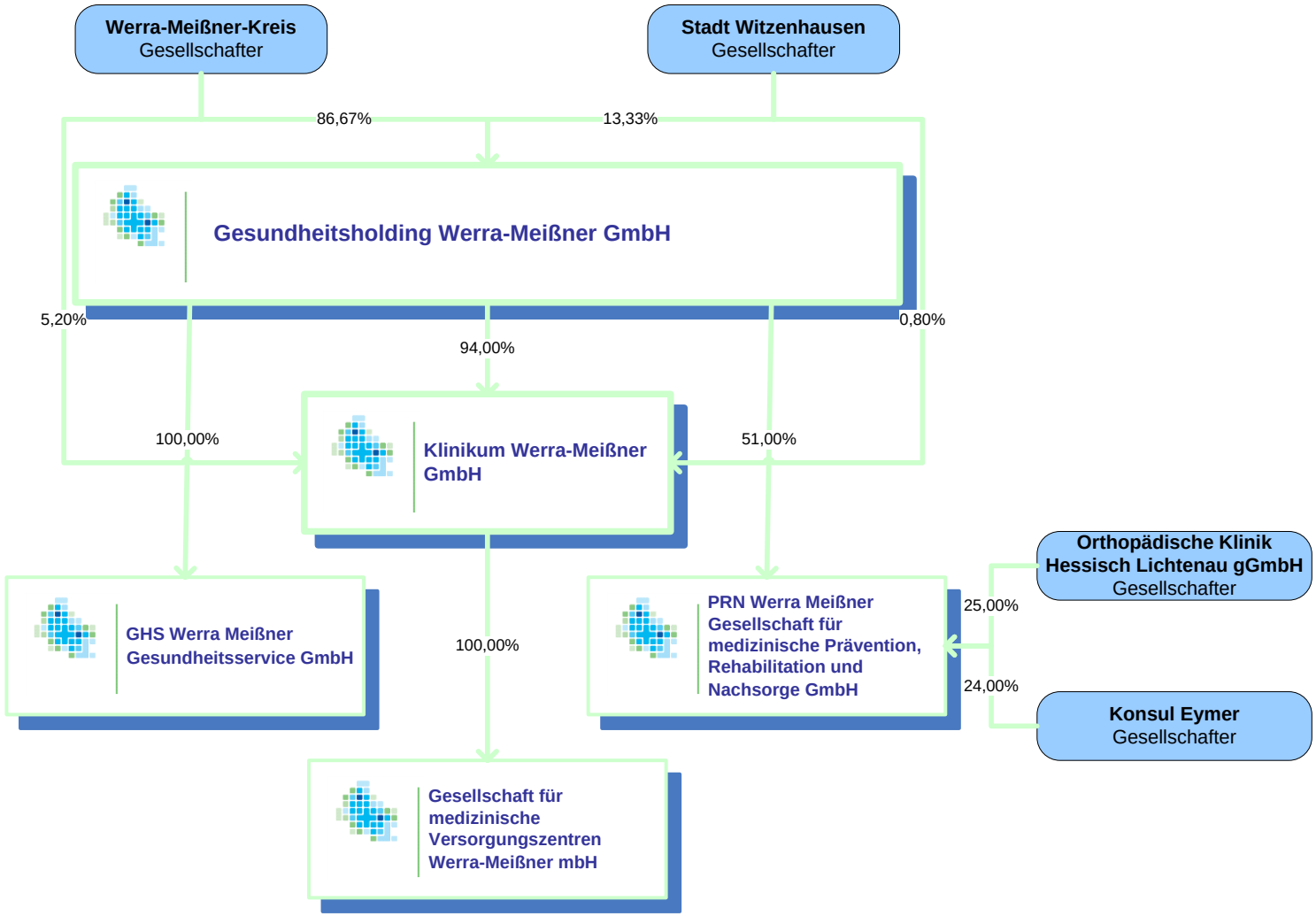
Gläubiger:	Sparkasse Werra-Meißner
Zweck:	Sicherstellung der Liquidität laut Wirtschaftsplan (Kontokorrentkredit)
Bürgschaftserklärung:	19.10.2015
Höhe der Bürgschaft:	3.500.000,00 € (Stand per 31.12.2018: 3.000.000,00 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 05.11.2015 mit folgenden Bedingungen des Darlehensvertrags: • Darlehenszinssatz: 1,21% • Änderung zum Nachteil des Werra-Meißner-Kreises bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidiums.

6.4 Regionalbahn Kassel GmbH

Gläubiger:	Bremer Landesbank, Kreditanstalt Oldenburg
Zweck:	Bürgschaft vom 11.03.2004 zur Finanzierung von 28 Regio-Tram-Fahrzeugen über ein Annuitätendarlehen (Laufzeit: 30.04.2006 bis 31.01.2025)
Bürgschaftserklärung:	30.04.2004
Höhe der Bürgschaft:	3.579.000,00 € (Stand per 31.12.2018: 1.088.612,50 €)
Genehmigung:	Regierungspräsidium Kassel vom 26.03.2004 mit folgenden Bedingungen: • Darlehenszinssatz: 4,45 % p. a. (Änderung ab 01.05.2014: 1,90 % bis 31.10.2022), • Zinsfestschreibung für den Zeitraum vom 30.04.2004 bis 30.04.2014, • nachschüssige Tilgungsbeträge von 14.912,50 € pro Monat beginnend ab dem 28.02.2005.
Sicherungsübereignung:	Die Risiken der Bürgschaftsübernahme sind durch eine Sicherungsübereignung von zwei Regio-Tram-Fahrzeugen vermindert.

Anlage 1: Mittelbare und unmittelbare Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises

Stand: 31.12.2018

Anlage 2: Übersicht der mittelbaren und unmittelbaren Beteiligungen des Werra-Meißner-Kreises für den Bereich der Gesundheitsversorgung

Stand: 31.12.2018